



GESCHLECHTERPOLITIK
MACHT EINEN UNTERSCHIED

ERFAHRUNGEN DER
HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG
IN VIELER HERREN LÄNDER

Impressum

GESCHLECHTERPOLITIK
MACHT EINEN UNTERSCHIED

ERFAHRUNGEN DER
HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG
IN VIELER HERREN LÄNDER

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Texte: Renate Wilke-Launer

(mit Unterstützung der Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung)

Umschlagfoto: Asif Hassan/Stringer

Fotos: Archiv der Heinrich-Böll-Stiftung und Axel Harneit-Sievers (14), Cyril Koky (16), Damon Lynch (17), TLO (18, 20), WCLRF (19, 21), Ursula Meissner/laif (24), Amos Schliack/laif (27 o), Debbie Hill/UPI/laif (27 u), Marcos Aragão (34 o), Paula de Andrade (34 u), CRIOLA (35), KRONA (36), Equipo Consultor Desarrollo y Género (38), Liz Frank (41), REA/laif (54), Michael Wolf/laif (55), Michael Ende (56), dpa (63) und Jonkmann/laif (64).

Leider konnten nicht alle Rechteinhaber ermittelt werden;
gegebenenfalls mögen sie sich bei der Heinrich-Böll-Stiftung melden.

Gestaltung: blotto, Berlin

Illustrationen: Matthieu David

Druck: agit-Druck, Berlin

Redaktion: Babara Unmüßig, Claudia Rolf, Susanne Dittrich,
Bernd Rheinberg

Stand: 1. Mai 2009

Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

www.boell.de

GESCHLECHTERPOLITIK
MACHT EINEN UNTERSCHIED

ERFAHRUNGEN DER
HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG
IN VIELER HERREN LÄNDER

Inhalt

VORWORT	3
LEITBILD	4
EINLEITUNG	5
{ PORTRÄT: Ludmila Kabanowa }	8
I. MACHT GEWINNEN	10
___ Politische Partizipation stärken	11
___ Rechte durchsetzen	16
___ Schutz gegen sexuelle Diskriminierung	23
{ PORTRÄT: Rukshanda Naz }	28
II. GESELLSCHAFT GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN	30
___ Gesellschaft umgestalten	31
___ Mein Bild gehört mir	40
___ Wider die Gewalt gegen Frauen	42
{ PORTRÄT: Ana Paula Assubuji }	50
III. WIRTSCHAFT GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN	52
{ PORTRÄT: Romy Schapira }	60
IV. FRIEDEN STIFTEN UND SICHERN	62
___ Frauen an den Verhandlungstisch!	63
___ Vergangenheitsbewältigung	66
{ PORTRÄT: Saima Jasam }	68
GUNDA-WERNER-INSTITUT	70
ADRESSEN DER AUSLANDSBÜROS	72

Vorwort

«FRAUEN SIND WELTWEIT BESONDERER DISKRIMINIERUNG UND GEWALT- ERFAHRUNGEN AUSGESETZT.»

Geschlechterpolitik, feministische Analysen und Diskurse haben in der Heinrich-Böll-Stiftung seit ihrer Gründung einen festen Platz. Sie sind – neben Ökologie- und Demokratiepoltik – Schwerpunkt unserer In- und Auslandsarbeit sowie Leitprinzip bei der Studienförderung und in der eigenen Organisationsstruktur.

Unsere Arbeit im Ausland ist noch mehr als in der Bundesrepublik dadurch geprägt, sich mit einer Vielfalt von Lebens- und Arbeitsformen und einer Pluralität politischer Kulturen und Strategien auseinanderzusetzen. Selten jedoch präsentieren wir unsere Arbeit im Ausland in solch komprimierter Form wie mit dieser Broschüre. Wir wollen Einblicke in diese Vielfalt geben und zeigen, wie wir mit unseren Partnerinnen und Partnern und Netzwerken an einer geschlechtergerechten Welt arbeiten. Einzigartig ist, dass alle Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung – insgesamt 28 weltweit –, das Thema Geschlechterpolitik bearbeiten. Das «Wie» fällt allerdings sehr unterschiedlich aus (siehe dazu auch den Text «28 Auslandsbüros – und 28 Antworten ...» auf der Seite 7). Welche Themenfelder wir vorrangig bearbeiten, belegen die Erfahrungsberichte und Kurzanalysen in dieser Publikation. Über alle Regionen hinweg geht es darum, besonders in Geschlechterfragen die Kritik und vor allem den Kampf gegen patriarchale und gewaltsame Herrschafts- und Machtstrukturen – auf allen Ebenen, ob in sozialen Beziehungen, ob in Politik und Wirtschaft, ob in Kultur oder Öffentlichkeit – zu befördern und zu unterstützen.

Frauen sind weltweit besonderer Diskriminierung und Gewalterfahrungen ausgesetzt. Gleiches gilt für alle, die nicht in die heterosexuelle Norm passen. Lesben, Schwule, Transgender, Bisexuelle – sie alle werden in den meisten Ländern geächtet, vielfach brutal verfolgt und getötet.

Gegen soziale und politische Exklusion, gegen die Prekariisierung ihrer Lebenswelt, gegen den Raubbau an der Umwelt, gegen Unterdrückung und Gewalt wehren sich Frauen und Männer auf der Welt. Sexuelle Minderheiten suchen Verbündete in ihren Ländern, transnational bilden sie Allianzen und Netzwerke und suchen die Öffentlichkeit. Hier setzt das Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung an, sie sucht Verbündete und Partnerinnen und Partner.

In dieser Veröffentlichung beschreiben wir Erfahrungen, Rückschläge und Erfolge. Sie sind lediglich ein Ausschnitt unserer Arbeit in «aller Herren Länder». Eine Vielzahl unserer

Partnerinnen und Partner bzw. deren Projekte werden nicht ausschließlich durch die Heinrich-Böll-Stiftung, sondern auch aus anderen Geldquellen und politischen Zusammenhängen heraus unterstützt. Wenn wir unsere Rolle aufzeigen, dann ist dies auch ein Verweis darauf, dass wir mit unseren politischen und finanziellen Beiträgen häufig Teil eines größeren Netzwerks sind, aber wissen, dass sie einen Unterschied machen – für mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Recherchiert und geschrieben hat diese Texte Renate Wilke-Launer. Sie hat die vielen einzelnen Informationen zusammengetragen, mit unseren Büros korrespondiert, mit Partnerinnen und Partnern Kontakt aufgenommen und viele Gespräche geführt. Das alles zu bündeln war nur mit redaktionellem Geschick, viel geschlechterpolitischer Erfahrung und Sensibilität möglich. Entstanden ist am Ende eine Mischung aus Analyse, Reflexion, Bericht und Erzählung, ganz ähnlich dem, was auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Büros bewegt. Ihr gilt mein ganz besonderer Dank. Ebenso ein großes Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Auslandsbüros.

In der Heinrich-Böll-Stiftung waren – ungewöhnlich genug – Konzeption und Organisation dieser Zusammenschau in meinem Vorstandsbüro angesiedelt. Claudia Rolf, wissenschaftliche Mitarbeiterin, hat die Fäden zusammengehalten und das Projekt in all seinen Facetten koordiniert. Ihr danke ich sehr herzlich für ihren Rat, ihre Übersicht und Geduld. ■

Berlin, im Juni 2009

Barbara Unmüßig

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Leitbild

DAS GESCHLECHTER- DEMOKRATISCHE LEITBILD DER HEINRICH-BÖLL- STIFTUNG

Das Leitbild Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung – verabschiedet bei deren Neugründung – ist so aktuell wie eh und je.

Es hat zum Ziel, dass

- eine Vielzahl von Leitbildern und Lebensentwürfen anerkannt und als gleichwertig betrachtet werden;
- die Zuweisung von sozialen Positionen, Arbeit, Einkommen und Macht nicht über das Geschlecht vermittelt erfolgt;
- patriarchalische Strukturen und Machtverhältnisse im privaten wie im öffentlichen Raum überwunden sind;
- die Vielfalt von Geschlechteridentitäten, geschlechtlichen Ausdrucksformen und sexueller Orientierung rechtlich und gesellschaftlich anerkannt werden.

Dieses Leitbild ist als gesellschaftspolitische Vision und als Organisationsprinzip gleichermaßen zu verstehen. Geschlechterdemokratie ist ein normativer Begriff, der gleiche Rechte, gleiche Chancen, gleiche Zugänge von Männern und Frauen zu wirtschaftlichen Ressourcen und politischer Macht postuliert. Teilhabe ist die Voraussetzung für Veränderung und Transformation (geschlechter-)ungerechter Verhältnisse.

Geschlechterdemokratische und feministische Politik will alle Politikfelder nach ihren Wirkungen auf das Geschlechterverhältnis befragen und bearbeiten. Sie will nicht weniger als die Umgestaltung all derjenigen gesellschaftlichen Strukturen, die die Ungerechtigkeiten und stereotypen Leitbilder zwischen den Geschlechtern reproduzieren. Geschlechterdemokratie mit Leben zu erfüllen ist deshalb in der Heinrich-Böll-Stiftung eine Gemeinschaftsaufgabe.

Einleitung

GESCHLECHTER- POLITIK MACHT EINEN UNTERSCHIED

Von Babara Ummüßig

Die Geschlechterverhältnisse sind weltweit in Bewegung geraten. Die ökonomischen und kulturellen Umwälzungen bringen immer neue Lebens- und Arbeitsformen hervor. Die Situation könnte kaum unübersichtlicher sein: Geschlechterverhältnisse, Geschlechterpolitik und Feminismen sind stets im Fluss. Politik, Öffentlichkeit und Ökonomie beeinflussen und verändern die Beziehungen zwischen den Geschlechtern ständig – in allen Gesellschaften. Ob zum Positiven oder Negativen – das ist regional sehr unterschiedlich.

GESCHLECHTERPOLITIK IST RELEVANT WIE EH UND JE

Ökonomische und kulturelle Umbrüche haben vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Frauen aus dem Haus und in die Wirtschaft und das öffentliche Leben geführt. 40 Prozent aller Erwerbstätigen weltweit sind heute weiblich. Noch vor 30 Jahren war der Prozentsatz nur halb so hoch. Bedeutend mehr Mädchen haben Zugang zu Bildung und erzielen – im Vergleich mit Jungen – sehr gute Ergebnisse. Frauen in hohen Führungsämtern sind immer noch selten, aber die Welt hat sich daran gewöhnt, dass es auch Direktorinnen, Ministerinnen und Regierungschefinnen gibt.

Die Weltfrauenkonferenzen der Vereinten Nationen (1975, 1980, 1985, 1995) haben eine bedeutende Rolle für mehr Geschlechtergerechtigkeit gespielt. International verabschiedete Resolutionen und zwischenstaatliche Vereinbarungen haben in den letzten drei Jahrzehnten globale Standards gesetzt. Nationalstaatliche «Frauenpolitik» hat mit einer Fülle von Gesetzen, Verordnungen und Fördermaßnahmen reagiert. Die vierte Weltfrauenkonferenz in Peking bündelte den feministischen Aufbruch und staatliche Reforminitiativen in einer «Aktionsplattform», die als Meilenstein angesehen wird. Mit ihr wurde die Kategorie «Gender» erstmals in die internationale Politik eingeführt und damit anerkannt, dass Geschlechterrollen gesellschaftlich bestimmt und damit auch veränderbar sind. Die Dynamik der Geschlechterverhältnisse rückte auch männliche Identitäten ins Blickfeld.

Die Pekinger Aktionsplattform hat einen Schub politischer Initiativen in vielen Ländern der Welt ausgelöst, der die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen verbessert hat. Die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterpolitik, die schon lange im Zentrum politischer Forderungen der internationalen Frauenbewegungen und Netzwerke stand, hat durch die Aktionsplattform Rückenwind bekommen, da sie von den Regierungen genau das verlangt: die erforderlichen institutionellen, finanziellen und personellen Ressourcen zur Umset-

zung von Gender Mainstreaming bereitzustellen. Politische und ökonomische Entscheidungsprozesse aus Geschlechterperspektive zu durchleuchten – das wäre die radikale Umsetzung von Gender Mainstreaming. Dafür das Richtige zu tun, damit es so weit kommt, wurde aber in vielen Ländern schlicht vergessen, bewusst ignoriert, oder man hat es in technokratischer Manier seines politischen Gehaltes beraubt.

Dennoch: Verglichen mit der Situation der Frauen vor 100 Jahren sind große Fortschritte zu verzeichnen. Die neue Geschlechterdynamik hat aber auch Gegenkräfte mobilisiert, die alte Rollenzuweisungen und Privilegien verteidigen, zum Teil unter Berufung auf Tradition und Religion. An der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung hat sich wenig geändert: Frauen verbringen immer noch doppelt so viel Zeit wie Männer mit unbezahlter Sorge- und Reproduktionsarbeit in Haushalten und Gemeinschaften. Frauen sind überproportional von Gewalt betroffen: In 95 Prozent der Fälle häuslicher Gewalt weltweit sind die Opfer weiblich. Amnesty International formuliert es deutlich: «Frauenmorde in Mexiko, Genitalverstümmelungen in Afrika, Vergewaltigungen im eigenen Wohnzimmer – auf der ganzen Welt werden Frauen Opfer männlicher Gewalt. [...] Menschenrechtsverletzungen an Frauen basieren auf einem Machtungleichgewicht zwischen den Geschlechtern, auf einer Tradition, die Frauen nicht die gleichen Rechte zugesteht wie Männern und sie als deren Besitz betrachtet.»¹

Frauen- und Geschlechterpolitik ist deshalb so relevant und notwendig wie ehedem. Sie kann jedoch nicht länger von einer schlichten Zweiteilung in mächtige Männer und ohnmächtige Frauen ausgehen, sondern muss Konzepte entwickeln, die den gesellschaftlichen Differenzierungen Rechnung tragen. Denn die Machtasymmetrien zwischen und innerhalb der jeweiligen Geschlechtergruppen sind brüchig geworden. Dies sowie die Vielfalt politischer Kulturen und Strategien anzuerkennen heißt jedoch nicht, auf Werte und Prioritäten in der Geschlechterpolitik zu verzichten: Die zentrale Achse der geschlechterpolitischen Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung im In- und Ausland ist die Kritik an Machtstrukturen auf allen Ebenen, ob in sozialen Beziehungen, ob in Politik und Wirtschaft, ob in Kultur und Öffentlichkeit.

GESCHLECHTERPOLITIK BRAUCHT GENDER-WISSEN

Strategien und Politiken für Geschlechterdemokratie und Geschlechtergerechtigkeit müssen zum Einen die komplizierten Wechselbeziehungen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft immer wieder neu in Bezug zu den Geschlechterverhältnissen setzen. Geschlechterverhältnisse und -politiken lassen sich zum Anderen schon lange nicht mehr aus der Betroffenenperspektive und aus einheitlichen Interessen heraus alleine verstehen und entwickeln. Emanzipative Geschlechterpolitik und Feminismus bedeuten, über Geschlechterdualitäten und geschlechtstypische Zuschreibungen hinauszugehen. Trotz gleicher Strukturmerkmale (z. B. patriarchale Unterdrückung) sind Kategorien wie soziale oder ethnische Herkunft, Religion oder sexuelle Orientierung zentral für geschlechtergerechte und feministische Interessens- und Identitätspolitiken. Die Verwobenheit von Geschlecht sowie sozialer und kultureller Diversität müssen in die Strategiefindung emanzipativer Politik für ganz unterschiedliche Politikfelder ein-

¹

Amnesty International 2009: Die Rechte von Frauen und Mädchen stärken! www.amnesty.de/themenbericht/die-rechte-von-frauen-und-maedchen-staerken (16.06.2009)

bezogen werden. Das ist per se ein ambitionierter Ansatz, dem wir in unserer Arbeit versuchen, gerecht zu werden.

Außerdem stellt uns der Anspruch, das Prinzip Gender Mainstreaming in der Wirtschafts- und Klimapolitik, in der Wissens- oder der Außen- und Sicherheitspolitik umzusetzen und sich in diese Politikfelder mit einer konkreten Geschlechterperspektive einzumischen, vor immense Herausforderungen. Es fehlt an allen Ecken und Enden an nach Geschlechtern aufgeschlüsselten Daten und Statistiken. Methodisch-analytische Zugänge, die nach Geschlechterverhältnissen fragen, sind rar gesät. Hier fällt uns die Geschlechterblindheit von Forschung ebenso auf die Füße wie die generelle Ignoranz, Wirkungen politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen nach Geschlechtern differenziert zu erfassen. Die Forderung nach geschlechtersensiblen Analysen wird zu Recht gestellt. Wir unterstützen sie. Studien spielen deshalb im geschlechterpolitischen Repertoire der Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung eine nicht unerhebliche Rolle. Sie beschäftigen sich zum Beispiel mit der Unterrepräsentanz von Frauen in Politik und Wirtschaft, decken die Nicht-Umsetzung verabschiedeter Politiken auf oder analysieren die Auswirkungen von internationaler Handelspolitik auf die Geschlechterverhältnisse und auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eines Landes. Häufig betreten wir dabei mit unseren Partnerinnen und Netzwerken methodisches und politisches Neuland. Die Herausforderung ist immens, die praktische Umsetzung ist aufwändig und fordert einen hohen Ressourceneinsatz. Es bedeutet nicht mehr und nicht weniger als das Themenfeld – zum Beispiel globale Handels- oder Agrarpolitik – gut zu kennen und zu verstehen und gleichzeitig die geschlechterpolitischen Dimensionen zu begreifen und mitzudenken und daraus Strategien abzuleiten. Das ist doppelte Arbeit.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist kein Forschungsinstitut, sondern eine politische Stiftung, die sich geschlechterpolitisch einmischen will. Einmischung jedoch ist sehr voraussetzungsreich. Sie funktioniert nicht ohne Kenntnis und Wissen der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Kontexte und der Akteurinnen und Akteure vor Ort. Ein Beispiel dafür ist unser Engagement im Themenfeld Religion, Politik und Gender. Religion ist in vielen Ländern, in denen wir aktiv sind, ein politischer Faktor, den wir nicht ignorieren können. Uns interessiert, wie Religion, Politik und Geschlechtergerechtigkeit miteinander verwoben sind. Mit insgesamt elf Länderstudien werden diese Wechselbeziehungen untersucht; sie liefern uns damit auch wichtige Hintergründe und Hinweise, für unsere (geschlechter)politische Arbeit vor Ort.

Ein weiteres sehr aktuelles Beispiel für Pionierinnenarbeit ist die Geschlechterdimension in der Klimapolitik. Trotz großer offizieller Forschungsaufwendungen gibt es kaum bis keine Analysen, wie sich der Klimawandel künftig gesellschaftspolitisch und sozial und damit auch geschlechterpolitisch auswirkt. Außerdem werden weltweit neue Gelder auch in Anpassungsprogrammen an den Klimawandel in Entwicklungs- und Schwellenländern bereitgestellt. Die Nachfrage nach gendersensiblen Wissen ist groß, aber kaum existent. Deshalb hat die Stiftung in einigen Ländern Studien in Auftrag gegeben, um Geschlechterperspektiven in Klimaanpassungsstrategien zu integrieren. Sie lagen im Juni 2009 noch nicht vor, weshalb sie in dieser Publikation noch keine Rolle spielen können. Doch so viel sei gesagt: Auch hier betreten wir Neuland mit vielfältigen Lernprozessen und Rückschlägen. Aber wir wissen aus Erfahrung: Gender-Wissen macht einen Unterschied!

GESCHLECHTERDEMOKRATIE IST PROGRAMM

Es gehört zum Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung, klar gegen Ausbeutung, Ausgrenzung und Machtmissbrauch Stellung

zu beziehen, sich dagegen öffentlich und politisch einzumischen. Deshalb ergreifen wir gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern Partei und unterstützen Initiativen zugunsten benachteiligter Gruppen. Das kann bedeuten, ausschließlich Frauen in ihrer Selbstorganisation zu stärken oder sich für die Rechte Homosexueller einzusetzen.

Die von den Vereinten Nationen im Konsens verabschiedeten oder von den Mitgliedstaaten unterzeichneten und ratifizierten Dokumente für die Gleichberechtigung der Geschlechter, insbesondere die Pekinger Aktionsplattform und Konventionen wie dem Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung (CEDAW, 1979), als auch die Resolution 1325 (2000) des UN-Sicherheitsrates sind wichtige Referenzpunkte, auf die sich die Heinrich-Böll-Stiftung mit ihren Partnerinnen und Partnern in ihren Netzwerken bezieht.

Geschlechterpolitik ist ein zentrales Demokratie- und Gerechtigkeitsthema der Auslandsarbeit unserer Stiftung. Alle Auslandsbüros setzen sie – in unterschiedlicher Gewichtung und Ausrichtung – um. Systematische Planungsprozesse sorgen dafür, dass frauen- und geschlechterpolitische Projekte mit Partnerinnen und Partnern umgesetzt werden. Für die Programmplanung und -durchführung hat die Heinrich-Böll-Stiftung den Leitfaden für die gender-orientierte Projekt- und Programmplanung (GOPP) in einem Handbuch zusammengefasst. Dieses Instrument verlangt Indikatoren zur Messung der politischen Wirkung, umfasst das Monitoring der laufenden Instrumente und erfordert Selbst- und externe Evaluierungen. Die geschlechterpolitische Strategie der Heinrich-Böll-Stiftung wird somit stets reflektiert und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.

GESCHLECHTERPOLITIK BRAUCHT GENDER-KOMPETENZ

Für die Heinrich-Böll-Stiftung ist Geschlechterdemokratie aber nicht nur ein gesellschaftspolitisches Leitbild, sie ist auch ein Organisationsprinzip. Die Einführung von Geschlechterdemokratie in einer Organisation ist ähnlich wie bei Gender Mainstreaming ein weitreichender Veränderungsprozess, der Ängste und Widerstände bei Führungskräften und Mitarbeitern auslösen können. Eine gender-kompetente Beratung kann dabei helfen, Fehlentwicklungen und Konflikte zu vermeiden. Daher unterstützt das Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Trainer/innen-Netz durch Gender-Beratung und Gender-Training die Entwicklungen von Gender-Kompetenz. In zahlreichen Gender-Trainings und Beratungen im In- und Ausland wurde das Konzept seit 1997 eingesetzt und kontinuierlich verbessert. Die Heinrich-Böll-Stiftung bietet außerdem regelmäßig Fortbildungen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema Gender und Diversity an.

AUFGABEN UND AKTEURE FÜR GESCHLECHTERDEMOKRATIE

Zum geschlechterpolitischen Grundverständnis der Heinrich-Böll-Stiftung in der In- und Auslandsarbeit gehört, dass wir mehrere und parallele Ansätze verfolgen: klassische Empowerment-Strategien sind in allen Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas, Osteuropas und im Nahen Osten dringlich. Frauen und Frauenrechte stärken, gegen traditionelle und patriarchale Strukturen kämpfen – das ist und bleibt das Gebot der Stunde.

Ab und an lassen sich für solche Ziele auch Männer gewinnen. Dass dies allerdings eine äußerst schwierige Gratwanderung ist, zeigen zum Beispiel die Erfahrungen in Afghanistan, wo wir versucht haben, mit Stammesältesten ansatzweise auch zu Frauenrechten zu arbeiten. Ohne eine Vielfalt an Strategien und

Versuchen geht es jedenfalls nicht, wenn wir auch in äußerst patriarchalen Gesellschaften einen Beitrag zu mehr Geschlechtergleichheit leisten wollen. Unser geschlechterdemokratischer Ansatz zielt explizit darauf ab, beide Geschlechter in den Fokus der politischen Bearbeitung von Geschlechterverhältnissen in verschiedenen Themenfeldern zu nehmen. Hier ist noch viel zu tun.

Parallel zum Empowerment-Ansatz ist für uns Geschlechterpolitik Querschnittspolitik. Die Herausforderungen, das entsprechende Wissen dazu zu beschaffen, wurden bereits beschrieben. Wann immer Geschlechterpolitik als Querschnittsaufgabe verstanden wird, ist es ungleich schwieriger, die eingesetzten Ressourcen zu beziffern und nachzuverfolgen. Wie viel Geld fließt in die Gender-Komponente? Stärkt sie auch wirklich Frauen im Geschlechterverhältnis? Sind die Partnerorganisationen auf Gender Mainstreaming eingestellt? Denn es besteht durchaus Grund zur Sorge, dass Gender Mainstreaming konterkariert wird, indem es dazu genutzt wird, vor allem die Förderung und die Finanzierung von frauenpolitischen Initiativen abzubauen. Gender Mainstreaming erfordert also ein intensives Monitoring und regelmäßige Evaluierung. Auch hier lernt die Stiftung – trotz und wegen gender-orientierter Programmplanung – stetig dazu und entwickelt sich weiter.

NICHT OHNE NETZWERK

Partnerinnen und Partner sind entscheidend für die geschlechterdemokratische Arbeit im In-, vor allem aber auch im Ausland. Die Stiftung versteht sich nicht als «Geberin», sondern ihrerseits als Partnerin und politisches Gegenüber. Die Stiftung organisiert in vielen Ländern Plattformen für geschlechterpolitische Debatten, publiziert Bücher und Studien selbst. Kernstück ist jedoch die Unterstützung und Kooperation von und mit Partnerinnen und Partnern aus der Zivilgesellschaft, aber auch mit Wissenschaft und Politik. Strategien und Programme werden deshalb vielfach mit Partnerinnen und Partnern gemeinsam diskutiert und entwickelt. Verschiedene Sichtweisen und Spannungen bleiben da nicht aus. Ihr fairer Austrag gehört zu den Prinzipien der Stiftung.

Allianzen und Netzwerke überschreiten seit Jahrzehnten verstärkt Ländergrenzen. Der Pflege des transnationalen Strategie- und Erfahrungsaustausches, unter anderem zu Rechtsfragen, zu Globalisierung oder zur Bedeutung von Religion und Frauenrechten, widmet sich die Heinrich-Böll-Stiftung in besonderem Maße. Aus der guten und langjährigen Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partnern in aller Welt ist ein eigenes großes Netzwerk gewachsen – ein Netzwerk für die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie. ■

28 Auslandsbüros – und 28 Antworten. Wie Geschlechterdemokratie international befördert werden kann.

Jedes Auslandsbüro der Heinrich-Böll-Stiftung hat den Auftrag, Geschlechterdemokratie als Gemeinschaftsaufgabe umzusetzen. Das ist einmalig unter den deutschen politischen Stiftungen und ein Markenzeichen der Heinrich-Böll-Stiftung. Wie die Auslandsbüroleitungen dieser Verantwortung gerecht werden, wird unterschiedlich beantwortet. Das entspricht auch den sehr verschiedenen politischen, sozialen und kulturellen Kontexten und regionalen Schwerpunkten.

Geschlechterpolitik braucht Ansprechpartnerinnen und Netzwerkerinnen in der eigenen Organisation, die das Thema vorantreiben. In 16 der 28 Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung sind insgesamt 16 Personen als

Gender-Koordinatorinnen beschäftigt. Davon sind fünf Gender-Koordinatorinnen Vollzeit tätig, elf weitere Gender-Koordinatorinnen verwenden in der Regel zwischen 50 bis 60 Prozent ihrer Arbeitszeit für geschlechter- und frauenpolitische Themen. Sie sind federführend für die Umsetzung der Konzepte und Programme verantwortlich, pflegen die Kontakte zu den Partnerinnen und Partnern und führen auch eigene Projekte durch.

Geschlechterdemokratie kann auch ausschließlich als Querschnittsaufgabe verstanden werden. In zwölf Auslandsbüros ist Gender als Querschnittsthema verankert und wird von allen Programmkoordinatorinnen und -koordinatoren gleichermaßen mitgetragen. In der Regel mit einem Aufwand von 25 bis 30 Prozent der Arbeitszeit. Im Regionalbüro Südafrika zum Beispiel variiert das anteilige Arbeitszeitvolumen der Mitarbeiter/innen zum Thema Geschlechterdemokratie von 20 Prozent im Programmbereich «Dialog und Internationale Politik» bis zu 60 Prozent im Programmbereich «Politische Rechte und Menschenrechte».

Geschlechterpolitik muss finanziert werden. Wie relevant ein Thema in einer Organisation ist, zeigt sich – wenn auch nicht ausschließlich – im Ressourceneinsatz. Dieser variiert von Büro zu Büro. Die Fachmittel, die in klassische Frauen- und Genderprogramme fließen, sind problemlos zu beziffern.

2007 investierte zum Beispiel das Regionalbüro Pakistan/Afghanistan 53 Prozent der Fachmittel in das Frauen- und Genderprogramm – ein Spitzensatz. Vom Büro Moskau flossen 33 Prozent und vom Büro Ramallah 14 Prozent der Fachmittel in frauen- und geschlechterpolitische Projekte. Alle Auslandsbüros betrachtet, lag der Durchschnitt 2007 bei 29 Prozent.

Wann immer aber Gender als Querschnitt im Thema verankert ist und außerdem strukturelle Kosten (Infrastruktur, Personalkosten) zugeordnet werden sollen, wird es schwieriger, konkrete Summen zu beziffern. An einem verlässlichen Verfahren, diese Daten zu erheben, arbeitet die Heinrich-Böll-Stiftung noch. Erste Betrachtungen legen aber nahe, dass die Auslandsbüros 2007 ca. 19 Prozent ihrer Ausgaben, inklusive struktureller Ausgaben, für die gesamte geschlechterpolitische Arbeit aufwendeten. Während in Afrika die Gesamtausgaben bei ca. 35 Prozent lagen, waren es in Asien ca. 13 Prozent. In vielen Ländern fördert die Heinrich-Böll-Stiftung Initiativen zum Gender-Budgeting. In der Stiftung selbst ist es nicht verankert. Eine ausstehende Aufgabe, die wir in Angriff nehmen wollen.

Feste Vorgaben oder Quoten gibt es bislang nicht. Angestrebt wird, dass mindestens 30 Prozent der Ressourcen – ob für Gender als Querschnittsthema oder als explizites Frauenprojekt, ob als Fachmittel oder als strukturelle Ausgaben angelegt – in die internationale geschlechterpolitische Arbeit fließen.



«ES GIBT KEIN ALTER, IN DEM FRAUEN WIRKLICH GEFRAGT SIND. HABEN SIE KINDER, GELTEN SIE ALS UNZUVERLÄSSIGE ARBEIT-NEHMERINNEN. NEHMEN SIE IHREN ERZIEHUNGSURLAUB IN ANSPRUCH, GIBT ES KEINE QUALIFIZIERUNG, DIE IHNEN DIE RÜCKKEHR IN DEN BERUF ERMÖGLICHT. UND AB 50 WIRD IHNEN DIE FRÜHRENTE ANGEBOTEN.»

Ludmila Kabanowa

Wenn sie spricht, bleibt nichts an ihr still. Ihre dunklen Augen zwingen zum Hinsehen, die Hände gestikulieren. Immer geht von Ludmila Kabanowa eine intensive Zuwendung aus. Wenn sie die Situation von Frauen im heutigen Russland schildert, schwingt in ihrer Stimme allerdings ein ungehaltenes, zorniger Ton mit.

Ludmila Kabanowa, gelernte Kinderlogopädin, gründete Anfang der 1990er Jahre in Moskau einen Verein, der versuchte, arbeitslosen Frauen bei einem neuen Start ins Berufsleben zu helfen. Und trotz der schweren Wirtschaftskrise hat sie durchaus Erfolg: Nach einem Jahr Weiterbildung sind immerhin 48 der 80 Frauen wieder berufstätig. Der Verein macht seine Sache so gut, dass sie von der Stadt Moskau nach zwei Jahren die Erlaubnis erhält, eine eigens eingerichtete Abteilung im Arbeitsamt zu leiten: «Soziale Rehabilitation für Frauen» hieß das. Doch die vor allem männlichen bürokratischen Hürden kosten mehr Kraft, als Ludmila glaubte, dort Nutzen bringen zu können.

Zu Beginn des politischen Wechsels 1990 erwartete Ludmila ihr zweites Kind und blieb zu Hause. Es hieß, Schlange stehen für Milch – Reis und Mehl gibt es auf Lebensmittelkarten. Drei Jahre lang tauchte Ludmila ab in die Mühen des Alltags, sah, wie alles auseinander fiel und wie zuerst die Frauen auf die Straße gesetzt wurden. «Es gibt kein Alter, in dem Frauen wirklich gefragt sind. Haben sie Kinder, gelten sie als unzuverlässige Arbeitnehmerinnen. Nehmen sie ihren Erziehungsurlaub in Anspruch, gibt es keine Qualifizierung, die ihnen die Rückkehr in den Beruf ermöglicht. Und ab 50 wird ihnen die Frührente angeboten.» Und gleichzeitig sind es die Frauen, die einen Großteil des alltäglichen russischen Chaos schulterten und noch immer schultern.

Ludmila Kabanowa ist keine Feministin. Natürlich hat sie frauenpolitische Literatur gelesen. Aber ihr Streben nach Gleichberechtigung ist nicht nur ein Ergebnis dieser Lektüre, sondern entspricht schlicht ihrem Bedürfnis nach «Gerechtigkeit und Freiräumen».

Seit 2001 ist Ludmila Kabanowa Programmkoordinatorin für Frauenpolitik und Geschlechterdemokratie im Länderbüro Russland der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie hat aus den bis dahin eher einzeln nebeneinander stehenden Projekten ein Programm geformt, das große Anerkennung erfährt, und versucht, die wenigen und disparaten Enden von Frauenpolitik, Frauen in Politik, feministischen Debatten und Selbsthilfegruppen zusammen zu führen. Denn nur gemeinsam, da ist sie sicher, werden sie dem Ziel näher kommen, dass auch in Russland «Frauenfragen als das wahrgenommen werden, was sie sind: knallharte Politik». ■

Kapitel I.

MACHT GEWINNEN

Die Idee, dass Menschen Rechte haben, die ihnen niemand nehmen darf, geht in der Geschichte einher mit der Erfahrung, dass man sie ihnen genommen hatte. Nach dem Ende des brutalen Naziregimes hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. Menschen aus allen Kontinenten hatten daran mitgewirkt und unterschiedliche Rechtskulturen eingebracht. Als Vorsitzende der UN-Menschenrechtskommission war eine starke Frau, Eleanor Roosevelt, maßgeblich an der Ausarbeitung der Erklärung beteiligt.

Artikel 2 legt ausdrücklich fest, dass niemand diskriminiert werden darf: nicht aufgrund seiner Herkunft, seiner Hautfarbe oder seines Geschlechts. Damit waren Frauen erstmals auf völkerrechtlicher Ebene gleichgestellt. Frauen müssen angehört werden, sie gestalten und entscheiden mit, wie und wohin sich ihr Land entwickelt.

In den Parlamenten musste man sie 1948 mit der Lupe suchen. Zu traditionell war die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, nach der die Frau ins Haus und zu den Kindern gehört, zu selbstverständlich wurde der öffentliche Raum fast allein von den Männern in Anspruch genommen. Ein paar Pionierinnen, beeindruckende Frauen, waren die Ausnahme, die die Regel bestätigten.

Erst der gesellschaftliche Aufbruch der 68er Bewegung und die 2. Welle der Frauenbewegung stellte das allmählich in den Industrieländern in Frage. Feministinnen hatten keine Lust mehr auf dekorative Quoten («eine Frau muss dabei sein») und gaben sich mit der Frauennische in einzelnen Parteien (für soziale Belange) nicht mehr zufrieden. Sie stritten für Selbstbestimmung, und von Mitbestimmung, im öffentlichen Raum konnte keine Rede sein.

Die Vereinten Nationen nahmen die feministische Herausforderung an, erklärten 1975 zum Jahr der Frau und luden zu einer Weltkonferenz nach Mexiko City ein. Das wurde von manchem Mann noch müde belächelt. Gönnerhaft hieß es gelegentlich, Frauenfragen seien doch ein Luxusproblem reicher Länder. Aus der teilweise revolutionär gestimmten Dritten Welt kam spiegelverkehrt zurück, dass der Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus wichtiger sei. Und die offiziellen Vertreterinnen des Ostblocks – nur sie durften anreisen – verwiesen einfach auf ihre «sozialistischen Errungenschaften».

Heute kommen feministische Stimmen aus aller Welt, und Frauen aus allen Lagern nehmen zunehmend in den Parlamenten Platz. Weltweit sind es in allen Kammern im Durchschnitt 18,3 Prozent. Im Vergleich zu 1995, dem Jahr der bisher letzten Weltfrauenkonferenz, ist das ein Zuwachs von 60 Prozent. Doch

es ist kein linearer Fortschritt; bei 40 Prozent der Wahlen in den letzten fünf Jahren stagnierte die Zahl oder sie verringerte sich gar, zum Beispiel in Georgien.

Hinter dem Durchschnittswert, dass fast jeder fünfte Parlamentarier heute weiblich ist, verbirgt sich eine unterschiedliche Entwicklung in den Weltregionen. Während es in Afrika spektakuläre Entwicklungen gibt – Ruanda setzte sich mit 56 Prozent Frauen an die Weltspitze, Angola wählte in der ersten Postkonflikt-Wahl 37 Prozent Frauen ins Parlament –, geht es in den asiatischen Ländern nur langsam voran. Weit zurück liegen die arabischen Staaten und ganz am Ende die pazifischen Nationen.

Qualifizierte Frauen gehen zu recht davon aus, dass ihre Fähigkeiten und ihr Engagement Grund genug sind, sie zu wählen. Doch zum Erfahrungsschatz der Frauenbewegungen aller Länder gehört auch, dass es ohne Quote nicht geht oder noch länger dauert. Länder, die 2008 mit gezielten Maßnahmen die politische Repräsentanz von Frauen förderten, haben einen Anteil von 24 Prozent erreicht, die anderen nur 18 Prozent.

Quoten machen einen Unterschied – ob in der Verfassung verankert, im Wahlgesetz festgelegt oder von Parteien mehr oder weniger freiwillig befolgt. Doch, das wissen die Partnerorganisationen in aller Welt: sie müssen erst einmal erstritten werden. Dazu tragen politische Kampagnen, Lobbying, Trainingskurse und Netzwerke bei. Unterstützung aus dem Ausland kann dabei hilfreich sein. ■

I.1

POLITISCHE PARTIZIPATION STÄRKEN

In Somaliland, in der Türkei, in Kambodscha – hinter erfolgreichen Frauen steht meist kein Mann, aber ein Frauennetzwerk. Oder eine gezielte Kampagne, um Frauen zum Wählen zu befähigen und zu ermuntern wie in Pakistan. Hinter diesen Kampagnen stehen kreative und mutige Organisationen und Bewegungen, die zum Wählen und Gewähltwerden animieren. Sie brauchen Unterstützung und Solidarität.

Quoten sorgen für eine gewisse Präsenz, aber noch nicht für eine die Geschlechtergerechtigkeit fördernde Politik. Es sind immer noch zu wenige Frauen aktiv, und Männer(bünde) haben gelernt, Frauen vorzuschieben, die ihren Vorstellungen entsprechen. Oftmals verweigern sich Frauen einer Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg. Andere Frauen vertreten aus eigenem Antrieb partikularistische Positionen oder eine konservative Familienpolitik.

Doch auch Zahlen zählen: Wenn sich wirklich etwas ändern soll, muss eine kritische Masse erreicht werden. Die Weltfrauenkonferenz in Peking hat als Minimum dafür 30 Prozent genannt. Noch 1998 war das nur in Europa der Fall, doch seither hat sich das Erfolgsbild wesentlich diversifiziert. 15 Prozent aller Parlamente haben weltweit die so wichtige Marke erreicht.

Auch das allein ist wiederum noch keine Garantie für eine geschlechtergerechte Politik: Man muss sie nicht nur wollen, sondern auch gezielt organisieren. Frauen müssen die Regeln kennen, sie nutzen und zugunsten von Frauen verändern. Am besten gelingt das, wenn das Wahlrecht so angelegt wird, dass es Frauen nicht benachteiligt, und wenn es zusätzlich eine verbindliche Quote gibt.

Doch noch etwas muss gezielt gesucht und genutzt werden: Um in Richtung Geschlechtergerechtigkeit voranzukommen, müssen Politikerinnen mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten: Nur wer den Sachverstand der Bürgergesellschaft nutzt und die Partizipation von Basisbewegungen ermöglicht, kann wirklich nachhaltig etwas verändern.

Deshalb arbeitet die Heinrich-Böll-Stiftung auf sehr verschiedene Weise an der politischen Beteiligung von Frauen. Die Wahl der Kooperationspartner, Instrumente und Handlungsebenen ist natürlich von den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, von den politischen Handlungsspielräumen vor Ort abhängig. Für den in manchen Gesellschaften so sensiblen Bereich der Geschlechterpolitik braucht es manchmal noch mehr Fingerspitzengefühl als in manch anderen Bereichen der Demokratieförderung.

Denn neue Geschlechterdynamiken mobilisieren auch Gegenkräfte, die alte Rollenzuweisungen und Privilegien verteidigen. Manchmal bis aufs Messer. Sie berufen sich dabei gern auf Tradition und Religion – und nicht nur in verunsicherten Bevölkerungen mit Erfolg. ■

KENIA

Politische Partizipation in einer patriarchalischen Kultur

In einem Kontinent voller patriarchalischer Gesellschaften stellt Kenia keine Ausnahme dar: Obwohl das wirtschaftlich stärkste Land Ostafrikas sich gern als Führungsmacht der Region betrachtet und über moderne, international vernetzte Institutionen verfügt, bleibt die kenianische Politik durch Männer – und zwar vor allem durch alte Männer – geprägt. Sie mobilisieren in Wahlkämpfen lokale oder ethnische Loyalitäten, sie schmieden Netzwerke und politische Allianzen zur Eroberung der Macht. Erst einmal in Regierungsämtern, nutzen sie ihre Kontrolle über staatliche Institutionen und Entscheidungen zu Selbstbereicherung und weiterer Stärkung ihrer Position. Bislang haben sie es immer wieder vermocht, Initiativen zur rechtlichen Besserstellung von Frauen – etwa eine Modernisierung der noch aus der Kolonialzeit stammenden Familiengesetzgebung – zu blockieren.

Weder das Ende der Herrschaft der ehemaligen Staatspartei KANU (Kenya African National Union) und der Regierungsantritt der National Rainbow Coalition (NARC) Ende 2002 noch die Verwerfungen, die aus der Krise nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 27. Dezember 2007 resultierten, haben an dieser politischen Kultur etwas Entscheidendes geändert. Die im April 2008 gebildete «Große Koalition» unter Präsident Mwai Kibaki und Premierminister Raila Odinga beendete zwar die Gewalteskalation, doch haben seither – nach mehreren Korruptionsskandalen und zahllosen internen Querelen – viele wananchi («einfache Leute») das Vertrauen in die Fähigkeit der politischen Klasse verloren, die anstehenden Reformen zu bewältigen.



Wangari Maathai

Die Dominanz patriarchalischer Strukturen in Kenias Politik und Gesellschaft wird an der geringen Zahl der Frauen unter den Abgeordneten des Parlaments deutlich. 2002 gab es unter den 210 gewählten Abgeordneten nur acht Frauen; zehn weitere wurden von den Parteien nominiert. Unter den Gewählten waren starke, auch international bekannte Persönlichkeiten, die Prominenteste unter ihnen Wangari Maathai, Gründerin des Green Belt Movement (GBM) und Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 2004. Im Gesamtbild aber fiel Kenia weit hinter die Standards der Nachbarländer zurück, die im Parlament rund 30 Prozent Frauen haben – ganz zu schweigen von Ruanda, wo sie heute sogar die Mehrheit bilden.

«Die auch im regionalen Vergleich so geringe Zahl von Frauen in Kenias Parlament zeigt das Fortbestehen patriarchalischer Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft besonders dras-

tisch auf», sagt Axel Harneit-Sievers, Leiter des Regionalbüros für Ostafrika und das Horn von Afrika mit Sitz in Nairobi. Zugleich jedoch, so betont er, gibt es zahlreiche Kräfte in Kenia, insbesondere die gut organisierten Frauenrechts- und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, die diesen Verhältnissen entgegenarbeiten. «Frauenrechtlerinnen in Kenia haben in den letzten Jahren beachtliche Erfolge darin gehabt, das öffentliche Bewusstsein für Gender-Fragen zu schärfen, und die kenianische Politik hat begonnen, die Forderung nach Gender-Gerechtigkeit zumindest rhetorisch ernst zu nehmen. Jetzt gilt es, diesen eher diskursiven Fortschritt in realen politischen Machtzuwachs zu verwandeln: durch verstärkte weibliche Repräsentation in den Institutionen ebenso wie durch verbesserte Einbeziehung von Gender-Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse.»

Jeden Monat von der Heinrich-Böll-Stiftung organisierte Diskussionsveranstaltungen zielen – in einem Mix aus Schwerpunktthemen und aktuellen Debatten – darauf ab, das Bewusstsein für die Gender-Dimension in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu wecken. 2007 standen diese «Gender-Foren» ganz im Zeichen der anstehenden Wahlen und konzentrierten sich auf die spezifischen Probleme, mit denen Frauen beim Einstieg in die Politik konfrontiert sind: nicht allein Gender-Stereotypen und Mangel an Mitteln für den Wahlkampf, sondern auch Drohungen mit Gewalt.



Gender-Forum am 25. Juli 2006 in Nairobi



Jacintha Muteshi, National Gender Commission in Kenia

Das Engagement zahlreicher Organisationen zeigte in den Wahlen Ende 2007 begrenzten Erfolg: 15 Frauen zogen als Vertreterinnen ins Parlament (mit insgesamt 210 gewählten Abgeordneten) ein. Weitere sechs wurden von den Parteien ernannt (von insgesamt zwölf Nominierungen), so dass die Frauenquote im kenianischen Parlament 9,5 Prozent erreicht.

Um die rechtliche Stellung von Frauen in Kenia zu verbessern wird also weiter beharrlicher Druck aus der Zivilgesellschaft und speziell der Frauenrechtsorganisationen nötig sein. Eine Reihe legislativer Reformprojekte ist seit Jahren in der Diskussion, doch bisher ist allein die Sexual Offences Bill (2006) verabschiedet worden, die Frauen besseren Schutz und vor allem auch

eine verbesserte rechtliche Position im Falle von Übergriffen bietet. Die Heinrich-Böll-Stiftung förderte Sensibilisierungs- und Trainingsmaßnahmen für Polizei und Strafverfolger, damit diese das neue Gesetz besser umsetzen können.

Dazu trugen auch zwei Partnerorganisationen bei: Das African Women's Development and Communication Network (FEMNET) und die Coalition on Violence Against Women (COVAW) leisten den Opfern von geschlechtsspezifischer Gewalt Hilfe und kämpfen für verbesserten rechtlichen und praktischen Schutz. Nach der Wahl vom Dezember 2007 war es im Rahmen der Unruhen zu zahlreichen gewalttätigen Übergriffen gegen Frauen gekommen: von sexueller Nötigung bis hin zu Gruppenvergewaltigungen. FEMNET und COVAW sowie andere Partner der Stiftung haben das der Waki-Kommission zur Untersuchung der Gewalt mit dem nötigen Nachdruck vorgetragen. Der Bericht der Kommission widmete dem Problem daraufhin ein eigenes Kapitel – diese in der Vergangenheit meist unter den Tisch gekehrte Seite von politischen Auseinandersetzungen wird nun öffentlich diskutiert.

Parallel dazu hat die Stiftung in Kenia begonnen, ihre Arbeit im Gender-Bereich verstärkt auf einzelne staatliche Akteure und Regierungsinstitutionen zu richten, die sich für die Integration von Gender-Perspektiven in ihre Arbeit offen zeigen. So ließ das Büro eine Studie erarbeiten, die Perspektiven zur konzeptionellen Weiterentwicklung des Constituency Development Fund (einer dezentralen Institution zur Finanzierung lokaler Entwicklung auf Wahlkreisebene) vorstellt, um die Belange von Frauen und benachteiligten Gruppen besser zu berücksichtigen. Parallel dazu wurden Studien und Beratungsaktivitäten zur Berücksichtigung der Gender-Dimension in der Zuteilung öffentlicher Finanzmittel («gender budgeting») in spezifischen Sektoren (z. B. Wasser) und in Planungsprozessen initiiert. Eine moderne Gender-Politik findet im heutigen Kenia auch im Regierungsapparat ihre Alliierten. Sie brauchen allerdings die Unterstützung der Zivilgesellschaft, um im patriarchalisch und bürokratisch geprägten institutionellen Umfeld Fortschritte zu erzielen.

www.hbfha.com/web/105-175.html

«IN THE SHADOW OF DEATH: MY TRAUMA, MY EXPERIENCE. VOICES OF KENYAN WOMEN FROM POST-ELECTION VIOLENCE.» Nairobi 2008

www.hbfha.com/downloads/In_the_Shadow_of_Death.pdf

www.femnet.or.ke

www.covaw.or.ke

SOMALIA

Mit List zur Quote

«Somalia ist seit 1991 im Krieg, es gab in den letzten 17 Jahren 14 Friedensabkommen, die alle gescheitert sind. Kein Wunder, dass man Somalia einen gescheiterten Staat nennt. Aber ich gehe davon aus, dass das nicht das letzte Wort für mein Land ist.» Asha Hagi, Mitglied des somalischen Parlaments, hat diesen Ausblick im September 2008 gewagt. Das in Djibouti ausgehandelte 15. Friedensabkommen versprach zunächst Hoffnung, doch bereits kurz danach brachen erneut Kämpfe aus.

Asha Hagi hat für dieses Friedensabkommen gekämpft. Als sie im Dezember 2008 mit dem «Right Livelihood Award» (oft «Alternativer Nobelpreis» genannt) ausgezeichnet wurde, würdigte der UN-Sonderbeauftragte Ould-Abdallah ihr unermüdetes Engagement für Frieden und Stabilität: «Sie hat es mit all ihrer Energie getan.»

Und sie hat es über all die Jahre getan. 1992 hat sie zusammen mit anderen Frauen «Save Somalia Women and Children» (SSWC) gegründet. Wie sie selbst waren auch ihre Mitstreiterin-

nen gut ausgebildet, viele saßen aber zwischen zwei Stühlen, weil sie Männer aus anderen Clans geheiratet hatten. Das war zum Höhepunkt der Feindlichkeiten eine extrem ungemütliche Position, weil die Herkunftsfamilie sie nun den Feinden zurechnete und die Schwiegerfamilie ihnen nicht traute. Asha Hagi bekennt freimütig, wie sehr sie darunter gelitten habe. Aber dann hat sie sich darauf besonnen, dass die einzige Identität, die ihr niemand absprechen kann, die ist, eine Frau zu sein.



Asha Hagi

Auf dieser Basis hat sie den Mangel an eindeutiger Clan-Zugehörigkeit einfach positiv gewendet und daraus einen Vorteil – den einer Botschafterin zwischen den Clans – gemacht. Später entstand daraus die Idee eines «sechsten Clans», dem Clan der Frauen. Und dieser Clan machte Beteiligung an den Friedensverhandlungen geltend. 92 Somalierinnen versammelten sich am 2. Mai 2000 vor dem riesigen Militärzelt im djiboutischen Arta: «Wir wussten, dass Frieden nur dann entsteht, wenn wir uns über die Clan-Grenzen hinweg versöhnen», sagte eine Delegierte später, «wenn Warlords und Milizienführer hier nur offiziell miteinander verhandeln, kann das nichts werden».

Die Frauen wollten eine Quote, doch für viele Männer war es schlicht unvorstellbar, sich von einer Frau repräsentieren zu lassen. Nach zähem Ringen konnten die Frauen schließlich eine Mindestzahl von 25 Frauen in der 245-köpfigen Übergangsnationalversammlung durchsetzen. Der «sechste Clan» versteht sich keineswegs nur als Vertretung der Frauen, sondern auch als Repräsentantin gemeinsamer somalischer Interessen und als Mittlerin zwischen den verfeindeten, von Männern geprägten Gruppen.

Bei der nächsten Runde der Friedensverhandlungen gehörte Asha Hagi als Vertreterin des sechsten Clans zu den Unterzeichnern des Abkommens. Die Übergangsverfassung von 2004 sieht vor, dass mindestens 12 Prozent der Parlamentarier Frauen sein sollen, tatsächlich waren es im August 2008 nur acht Prozent. Asha Hagi hat die Erfahrung machen müssen, dass sich manche Frauen von den Männern benutzen ließen. «Es kommt eben nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität an» – wieder hat sie eine strategische Lehre gezogen.

Das Regionalbüro Nairobi der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt Asha Hagi Arbeit seit 2002, begleitet auch ihren Kampf gegen die in Somalia weit verbreitete Beschneidung von Frauen. Save Somalia Women and Children ist in Somalia eine der wichtigsten NGOs und arbeitet dort seit Jahren unter schwierigen, oft extremen Bedingungen. SSWC leistet humanitäre Arbeit, bildet aber auch aus: Die Organisation hat ein Computertrai-

ningszentrum eingerichtet, «um Somali-Frauen zu ermöglichen, die neueste Technologie zu nutzen».

Vor allen Dingen aber hat SSWC in den letzten Jahren Grundlagen dafür geschaffen, dass Frauen mitreden können, wenn – wie im Februar 2009 erfolgt – Parlament und Regierung nach Mogadischu zurückkehren. Ende Juli 2006 hat SSWC einen Women's Political Caucus ins Leben gerufen, um Konflikte zu entschärfen und Frauen eine Stimme zu geben. Ihm gehören eine Reihe prominenter Somalierinnen an, und er hat es schnell

IRGENDWANN ENTSTAND
DIE IDEE EINES «SECHSTEN
CLANS», DEM CLAN DER
FRAUEN. UND DIESER CLAN
MACHTE EINE BETEILIGUNG
AN DEN FRIEDENSVERHAND-
LUNGEN GELTEND.

geschafft, als Interessensvertretung der Frauen und Stimme in nationalen Belangen in Südzentral-Somalia anerkannt zu werden. Der Caucus hat sich seither jeden Monat getroffen, nur ein einziges Mal, im April 2007, musste die Sitzung aus Sicherheitsgründen ausfallen.



Eine Veranstaltung des SSWC

«Der Caucus hat das Verständnis für Gender-Fragen und die Probleme auf dem Weg zum Frieden verbessert», urteilt Abdulkadir Hassan Shirwa, der die Arbeit von SSWC im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung untersucht hat. «Wenn man bedenkt, unter welcher extrem schwierigen Bedingungen SSWC arbeitet und was einige der Mitarbeiterinnen und viele der Frauen des Caucus an lebensbedrohlichen Erfahrungen gemacht haben, staunt man einfach nur, wie dieses Projekt überhaupt gelingen konnte.»

SOMALILAND
Von Null auf Zwei

«Wir sind gekommen, um nach einer Zeit der Entbehrungen und Schwierigkeiten in Frieden zu leben» – so lässt sich das somalische Wort NAGAAD umschreiben. Und genau das wollen die Frauen des Dachverbandes NAGAAD in Somaliland errei-

chen. Der von keinem Land der Welt bisher anerkannte Staat, bis 1960 Britisch-Somiland, hatte 1991 einseitig seine Unabhängigkeit vom krisengeschüttelten Somalia erklärt.

Ein Informations- und Begegnungszentrum für Frauen auf dem Land war das erste Projekt. NAGAAD veranstaltet aber auch Kurse, 2008 gab es einen Gender-Workshop für Männer und ein Treffen mit Clanältesten, Sultans und Religionsführern, bei dem es um die aus der Clanstruktur resultierenden Hindernisse für die politische Beteiligung von Frauen ging. Seit 2002 lädt NAGAAD auch zu öffentlichen Gender-Foren ein. Mal geht es um Frauen in den Medien, dann um zu frühe Verheiratung, die Rolle von Frauen in der Politik oder die Auswirkungen von Khat, einer weit verbreiteten, vor allem von Männern, doch vereinzelt auch von Frauen gekauten lokalen Droge. Die Foren sind in der Regel gut besucht, als es 2008 um die komplementären Bemühungen von Frauen und Männern bei der Verbesserung der Lebensbedingungen in ihrer näheren Umgebung ging, kamen durchschnittlich sogar 75 Personen.



Nachbarschaftskomitee, organisiert von NAGAAD

NAGAAD unterstützt Frauen bei der Kandidatur für politische Ämter und arbeitet darauf hin, den Anteil der Frauen in Regierungsinstitutionen zu erhöhen. An der unter Federführung des Familienministeriums mit zivilgesellschaftlichen Organisationen erarbeiteten nationalen Gender-Politik hat NAGAAD wesentlichen Anteil. Sie ist Ende 2008 vom Kabinett beschlossen worden, doch steht die Diskussion in Parlament und Ältestenrat erst noch bevor.

Der Versuch, eine Frauenquote für Wahlen auf lokaler Ebene ins Wahlrecht einzufügen, wurde zwar zunächst vom Repräsentantenhaus angenommen, scheiterte aber später am Ältestenrat. Damit wird es vorerst keine Quote geben.

Mit der politischen Repräsentation von Frauen in Somaliland geht es ohne eine solche Mindestanforderung nur sehr langsam voran. Bei einer Konferenz im Dezember 2007 zum 10-jährigen Bestehen von NAGAAD mit 110 Teilnehmerinnen wurde deutlich ausgesprochen, dass der Übergang zu demokratischen Wahlen die erhofften Erwartungen nicht erfüllt hat. Nach den Lokalwahlen 2002 waren gerade zwei von 320 gewählten Personen weiblich. Und bei den Parlamentswahlen im September 2005 wurden von sieben Kandidatinnen nur zwei gewählt. Während die einen froh über die Steigerung von null auf zwei im 82-köpfigen Repräsentantenhaus sind, beklagen andere die mangelnde Solidarität von Frauen bei der Stimmabgabe.

Doch 2009 will eine Frau Bürgermeisterin werden. Khadija Hassan Hussein, Mitarbeiterin des Ministeriums für lokale Entwicklung, Mitglied der Regierungspartei UDUB und von NAGAAD, will sich um ein Mandat bewerben. «Ich sage den Leuten, dass ich als Frau zu keinem Clan gehöre und deshalb auch nicht darauf aus bin, die Bedürfnisse bestimmter Leute auf Kosten von anderen zu perpetuieren.»

Literatur

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.):

«SOMALIA AM HORN VON AFRIKA. ALTE KONFLIKTE UND NEUE CHANCEN ZUR STAATSBILDUNG»

Berlin, April 2008

In diesem Sammelband beschreiben Expertinnen und Experten die Hintergründe der Konflikte in Somalia. Die somalische Feministin Shukria Dini analysiert in ihrem Beitrag die Situation der Frauen und die Geschlechterbeziehungen.

www.nagaad.org

TÜRKEI

Muss man ein Mann sein, um ins Parlament zu kommen?

Beim Anteil von Frauen im Parlament hatte die Türkei die Nase schon einmal ziemlich weit vorn. Das war 1935. Mustafa Kemal, der Begründer der modernen Türkei, hatte den Frauen ein Jahr zuvor auch das passive Wahlrecht eingeräumt. 4,6 Prozent der Abgeordneten im ersten türkischen Parlament waren weiblich, nur in Finnland waren es damals mehr. Doch der Prozentsatz hat sich seitdem praktisch kaum erhöht; jetzt bildet die Türkei das Schlusslicht in Europa. Zwischen 1935 und 2007 saßen 8294 Männer im Parlament und nur 186 Frauen. 2007 wurden gerade mal 24 der 550 Parlamentsmandate von Frauen gehalten, das macht 4,4 Prozent. Auf der kommunalen Ebene sieht es noch schlimmer aus: nicht einmal jeder 100. türkische Bürgermeister ist eine Frau.

«Wir haben eine «Männerdemokratie» in der Türkei, wir möchten eine echte Demokratie haben», so die Analyse und der Wunsch der Frauen von ka-der. Um ihm Nachdruck zu verleihen, haben die tatkräftigen Damen dieser «Union für die Unterstützung und Ausbildung weiblicher Kandidaten» eine Politikschule gegründet. 20.000 Frauen haben sie in den vergangenen zehn Jahren unterstützt. Frauen aller Parteien, denn ka-der ist überparteilich. Dennoch schlagen sich die innergesellschaftlichen Konflikte des Landes auch in der Frauenbewegung nieder. Bei der jüngsten Aktion für mehr politische Repräsentanz mochten manche Frauen aus dem religiös-konservativen Spektrum nicht mitziehen, weil auf keinem der Plakate eine Frau mit Kopftuch abgebildet war. Und das, obwohl sie eigentlich mit den Zielen vollkommen übereinstimmten.

ka-der zählt 3000 Mitglieder, ist im ganzen Land präsent und zu einer kräftigen Stimme der türkischen Bürgergesellschaft geworden. Die türkische Bevölkerung wünscht sich Meinungsumfragen zufolge mehr Frauen in der Politik, die Parteien aber mau-

WIR HABEN EINE
«MÄNNERDEMOKRATIE»
IN DER TÜRKEI, WIR
MÖCHTEN EINE ECHTE
DEMOKRATIE HABEN.

ern. Frauen, so klagt die zu ka-der gehörende TV-Journalistin Semiha Öztürk, werden dort «nur als Schaufensterpuppen» geduldet. Natürlich wissen die ka-der-Frauen, dass sich erst etwas zu ändern beginnt, wenn eine «kritische Masse» von mindestens 30 Prozent Frauenanteil erreicht ist. «Wenn endlich 52 Prozent der türkischen Bevölkerung politisch vertreten wären, könnten die Fragen vorangebracht werden, die sie auch direkt betreffen»,

sagt Hülya Gülbahar, die Vorsitzende von ka-der, und fordert eine innerparteiliche Frauenquote.

Die Heinrich-Böll-Stiftung steht seit einigen Jahren in engem Kontakt zu ka-der und unterstützte unter anderem die Kampagne für mehr Frauen im Parlament. «Muss man ein Mann sein, um ins Parlament zu kommen?», ließ ka-der im März 2007 eine erfolgreiche Geschäftsfrau, zwei attraktive Schauspielerinnen und eine bekannte Schriftstellerin fragen. Für die großflächigen Plakate hatte man sie mit Schnurrbart und auffälligen Krawatten versehen. Erwecken, bewusst machen, aufwiegeln – was sie sich vorgenommen hatten, ist den Frauen von ka-der mit diesen provozierenden Plakaten gelungen. Und gewonnen haben sie am Ende auch: Bei den Wahlen vom 22. Juli 2007 erhöhte sich der Frauenanteil auf 9,1 Prozent. Das sind mehr als doppelt so viele, aber immer noch zu wenige.

www.ka-der.org.tr

PAKISTAN

Der Quote Gesicht und Gewicht verleihen

Im Gender Gap Index 2008 des World Economic Forum schneidet Pakistan schlecht ab: Rang 127 unter 130 Ländern. Nur bei der politischen Partizipation sieht es deutlich besser aus, weil es zeitweilig von einer Frau regiert wurde und weil relativ viele Frauen im Parlament sitzen: unter den 338 Abgeordneten sind 76 Frauen. Das ist einer Quotenregelung zu verdanken: 17 Prozent sollen es im Bund und in den Provinzen sein, 33 Prozent auf regionaler Ebene.



Islamabad 2007: Pakistanisch-afghanisch-iranischer Dialog unter Frauen

Zwar trägt die Quotenregelung dazu bei, dass sich Frauen in die Politik «einmischen» können, aber dennoch ist es frauenpolitisch nur begrenzt ein Erfolg. Politikerinnen müssen nach wie vor viele Barrieren überwinden. Hinter vielen Kandidatinnen stehen häufig einflussreiche oder feudale Familien oder auch Parteien, die ihre eigenen Interessen verfolgen. Insbesondere im ländlich-feudalen Pakistan bestimmt nach wie vor Patronage die Politik. Fähigkeiten und Einstellung zu frauenspezifischen Fragen sind sekundär. Aber es ist auch ein gegenläufiger Trend zu erkennen. Emanzipierte Frauen, die sich für die Belange und Rechte ihrer Mitbürgerinnen einsetzen, haben den Weg in die Politik gefunden. Viele von ihnen sind aus eigener Kraft bzw. aus eigenem Willen in die Politik gegangen, haben sich als Kandidatin für die Wahlen registriert und sind damit auch erfolgreich gewesen.

Die Aurat Foundation, eine der ältesten und angesehensten Frauenorganisationen, ist in allen 110 Distrikten des Landes präsent. Sie hatte wesentlichen Anteil an der Einführung der Quote bei den Wahlen 2001/2002. Seither ist sie mit strategischem Geschick und viel Energie dabei, aus der Quote von 33 Prozent effektive Partizipation von Frauen zu machen. Die Hindernisse sind immens, in manchen Gegenden dürfen Frauen das Haus gar nicht verlassen und besitzen keine zur Wahl und Kandidatur nötigen Ausweise. 70.000 Frauen haben schließlich kandidiert, 36.105 wurden gewählt. Vielen hat die Aurat Foundation bei der Ausfüllung der Formulare geholfen und sie über grundlegende Rechte und Aufgaben informiert. Wie groß die Widerstände waren, zeigte sich bei den Nachwahlen 2004: von den 4.869 reservierten Sitzen konnten nur 2.866 besetzt werden.



Bildungsveranstaltungen der Aurat Foundation

Nach der Freude kam die Ernüchterung: mangelnde Kenntnisse, fehlende administrative Unterstützung, kulturelle Barrieren und patriarchalische Werte machte den Frauen die Ausübung ihrer Mandate schwer, manchmal unmöglich. Deshalb werden gewählte Lokalpolitikerinnen von insgesamt 50 staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen in ihre Aufgaben und Möglichkeiten eingewiesen. Die Aurat Foundation ist systematisch an die Sache herangegangen, legte auch Programme für Männer auf und entwickelte für Analphabetinnen ein Radio-Drama und Hörfunkkassetten. Und weil es mit einem Training allein nicht getan ist, hat sie in 70 Distrikten Zentren zur Unterstützung der Abgeordneten eingerichtet, zusätzlich fünf auf Provinzebene.

Inzwischen kann die Aurat Foundation auf gute Ergebnisse verweisen und hat die Erfolgsgeschichten verschiedener Lokalpolitikerinnen aus allen Provinzen zusammengetragen und in bisher sechs Büchern *From Home to House – Experiences of Woman Councillors in Local Government* veröffentlicht. Als «best practice» wurden sie anderen Politikerinnen vorgestellt und zur Nachahmung empfohlen. Für die nationalen Wahlen 2008 erarbeitete sie Wahlprüfsteine, in denen die Parteiprogramme aus frauenpolitischer Sicht analysiert und bewertet wurden.

www.af.org.pk

TSCHECHIEN

**UN-Hochkommissarin oder
Bürgermeisterin werden**

Wie unterstützt man Roma-Frauen, die sich politisch engagieren wollen? Sie sind Mitglieder einer Minderheit, die in Europa zu Hause ist, aber tagtäglich mit sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung sowie immer wieder mit rassistischen Überfällen konfrontiert wird.

Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Prag hat im Rahmen der «Dekade zur Integration der Roma» (2005–2015) einen Kurs unterstützt, der neun Frauen auf die Arbeit in verschiedenen Politikbereichen vorbereitete. Konzipiert und begleitet wurde er von den beiden Roma-Organisationen Athinganoi und Manushe, der Frauenorganisation der NGO Slovo 21.



Politische Partizipation von Roma-Frauen

Zwischen März und September 2006 lernten die neun Frauen jedes zweite Wochenende interaktiv, absolvierten Praktika in Ämtern und Abgeordnetenbüros und knüpften Kontakte. Drei von ihnen machten sofort praktischen Gebrauch von ihren neuen Fertigkeiten und kandidierten bei den Kommunalwahlen 2006. Eine von ihnen, Amálie Berkyová, wurde für die Partei SNK Europäische Demokraten, einer kleinen und relativ jungen Partei, in eine Kommunalvertretung gewählt. Gabriela Hrahaňová leitet heute das Büro des Rates der Tschechischen Republik für Roma-Angelegenheiten. Lucie Horváthová kandidiert 2009 auf Listenplatz 6 der tschechischen Grünen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Alle Frauen wollen weiter. Gefragt, wo sie sich in zehn Jahren sehen, sagte Gabriela Hrahaňová, dass sie Hohe Kommissarin für Menschenrechte bei den UN sein oder im Europaparlament sitzen werde. Denisa Berousková, die auf der Liste der SNK Europäische Demokraten kandidiert hatte, will dann Mitglied im tschechischen Parlament sein oder zumindest dafür kandidieren. Und Amálie Berkyová hat vor, ein eigenes Bürgerzentrum zu leiten oder Bürgermeisterin von Hostomice zu sein, einem kleinen Ort im Norden des Landes am Rande des Erzgebirges.

Dafür werden sie nicht nur ihr Selbstvertrauen brauchen, sondern auch den politischen Willen europäischer Regierungen, die Integration der Roma zu einer Priorität zu erklären. Einen ersten Beschluss dazu hat ein Dutzend von ihnen ja formal schon gefasst: Zwölf europäische Länder haben sich mit der Dekade dazu verpflichtet, die Situation der Roma-Minderheit grundlegend zu verbessern.

I.2

**RECHTE
DURCHSETZEN**

Neben der politischen Beteiligung der Frauen sind die rechtlichen Rahmenbedingungen (z. B. Familienrecht, Erbrecht usw.) zentraler Faktor für Gleichstellung und gerechte Teilhabe. Frauenbewegungen in fast allen Ländern verlangen zudem nicht nur die rechtliche Gleichstellung, sondern auch gleiche Chancen in allen Lebensbereichen (Bildung, Gesundheit, Erwerbsarbeit). Feministische Theorie hat die herrschenden – männlich dominierten – Denkweisen, Hierarchien und Organisationsstrukturen einer grundlegenden Kritik unterzogen. Sie ist keineswegs eine Erscheinung reicher Länder, sondern in fast allen Teilen der Welt zuhause und dort oft von einer radikalen Intensität, die in saturierteren Nationen selten geworden ist. Im Alltag haben sich neue Lebens- und Arbeitsformen herausgebildet, gewollt und gewünscht oder aus der Not erwachsen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 ist im Laufe der letzten Jahrzehnte durch detaillierte Konventionen ergänzt worden, die globale Standards festlegen, meist im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Weltfrauenkonferenzen (1975, 1980, 1985, 1995) haben dabei eine bedeutende Rolle gespielt. Am 18. Dezember 1979 wurde das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) verabschiedet, 1981 trat es in Kraft. Die Vertragsstaaten – und das sind inzwischen fast alle Nationen – verpflichten sich, mit allen Mitteln unverzüglich eine Politik gegen Frauen-diskriminierung zu verfolgen. Wohl wissend, dass selbst einer solchen Verpflichtung keineswegs unverzüglich Folge geleistet wird, wurde schon in der Konvention ein Überprüfungsmechanismus vereinbart. Die Vertragsstaaten müssen alle vier Jahre einem Sachverständigenausschuss von 23 Expertinnen und Experten Bericht erstatten. Das Komitee tagt zweimal im Jahr, überprüft die Selbsteinschätzungen der Regierungen und gibt anschließend eine Stellungnahme ab, zu der auch Empfehlungen gehören, was weiterhin dringend zu tun ist.

Für viele Frauen(gruppen) in aller Welt, das zeigt sich in der Arbeit der Auslandsbüros der Stiftung, sind die (unerfüllten) Forderungen der CEDAW-Konvention ein wichtiger Bezugspunkt. Sie begleiten die Darstellungen ihrer Regierungen, die nur das Positive herausstreichen und die hässliche Wirklichkeit oft beschönigen, mit sogenannten Schattenberichten. Das CEDAW-Komitee berücksichtigt bei einer Urteilsfindung beide Berichte und hört Regierungen und NGOs an. Am Rande und vor dem Ausschuss kommt es dann manchmal zu einem Schlagabtausch, dem die Regierungen zu Hause gern aus dem Weg gehen. Internationale Konventionen sind ein wichtiger Bezugspunkt, denn gegen einzelne Bestimmungen werden immer wieder Vorbehalte vorgebracht. Auf nationaler Ebene treffen sie meist auf politische Ignoranz und häufig auf massive Repression gegenüber Frauen, die ihre international kodifizierten Rechte einfordern. Die UN selbst hat keinerlei Handhabe oder gar Sanktionsmechanismen, wenn gegen die Konventionen verstoßen wird. So bleibt vor allem die internationale Öffentlichkeit, um Regierungen für ihre Verstöße gegen CEDAW anzuprangern. Überregionaler Austausch und Solidarität in Netzwerken sind deshalb essentiell und brauchen Unterstützung. ■

PAKISTAN

Barbarei im Namen der Tradition

«Natürlich wird sie gedemütigt. Sie ist schließlich der Preis, der für die Ermordung meines Sohnes gezahlt wurde», sagt der Pakistani ungerührt. Samar Minallah hat ihn für ihren Dokumentarfilm über Fälle von Swara befragt, ein sozial sanktioniertes Verbrechen, bei dem ein junges Mädchen an die Familie des Opfers übergeben wird. Entschieden wird über solche Fälle in einer Jirga (Versammlung) von Männern. Für sie ist das der Weg, um Rache und damit weiteres Blutvergießen zu verhindern. Es ist ein Geschäft unter Männern – den Preis dafür zahlt eine Frau.



Samar Minallah

Die Anthropologin Samar Minallah zeigt in ihrem Film das Leid der Opfer solcher Traditionen. Sie ist selbst Paschtunin und in den pakistanischen Stammesgebieten aufgewachsen. Mit ihrem 2003 gedrehten Film hat sie dazu beigetragen, dass Swara von einem Teil der pakistanischen Öffentlichkeit nicht länger beschwiegen, geleugnet oder mit einem Schulterzucken abgetan, sondern als Menschenrechtsverletzung angesehen wird.

In der Nordwestgrenzprovinz (NWFP) gehören Frauen in die häusliche Sphäre, während den Männern die öffentliche Sphäre gehört. Was hinter den vier Wänden ihrer Häuser geschieht, geht aus ihrer Sicht niemanden etwas an. Die von Männern gemachten Normen sind stärker als die vom Islam gesetzten Regeln, die Frauen gewisse Rechte zugestehen.

In einer von Ethnomedia, Samar Minallahs kleinem Medienunternehmen, 2006 durchgeführten Studie wurden allein in den Distrikten Mardan und Swabi in drei Monaten 60 Swara-Fälle aufgenommen. Die Recherchierenden von Ethnomedia trafen aber auch Frauen und Männer, die sich Swara heimlich oder offen widersetzten. In einigen Fällen haben sie auch intervenieren und erreichen können, dass andere Kompensationen vereinbart wurden.

Die Mädchen – meist werden sie übergeben, wenn sie in die Pubertät kommen – werden oft nicht nur zwangsverheiratet, sondern auch zusätzlich gedemütigt: jede Zeremonie einer Heirat unterbleibt, und sie werden wie Feindinnen behandelt. Daran wird deutlich: Swara dient häufig eher der Rache, denn einer friedlichen Einigung.

Die pakistanische Regierung hat diese Art der Konfliktregelung im Januar 2005 unter Strafe gestellt. Doch der neue Absatz 310-A des Strafgesetzbuches gilt in den von der Zentralregierung oder der Provinz verwalteten Stammesgebieten der Nordwestgrenzprovinz bisher nicht. Samar Minallah, die Aurat Foundation und verschiedene NGOs haben im Oktober 2008 von den Behörden verlangt, das Gesetz endlich auch dort einzuführen.

Samar Minallah erregte nicht nur mit ihrem 2003 gedrehten Film Aufsehen, sie hat auch in Musikvideos, durch For-

schungsarbeiten und in einer wöchentlichen Fernsehsendung gegen Swara Stellung genommen. Sie hat sogar Lastwagen- und Riksha-Besitzer überredet, auf ihre Fahrzeuge zu schreiben, dass dieser Brauch nicht nur inhuman, sondern auch unislamisch ist.

DIE MÄDCHEN
WERDEN OFT NICHT NUR
ZWANGSVERHEIRATET, SON-
DERN AUCH GEDEMÜTIGT:
JEDE ZEREMONIE EINER
HEIRAT UNTERBLEIBT, UND
SIE WERDEN WIE FEINDIN-
NEN BEHANDELT.

2006 erschien sie mit drei kleinen Mädchen und ihren Eltern vor dem Obersten Gericht, das einen Fall aus der Provinz Sindh verhandelte, wo dieser Brauch Sang Chatti heißt und ebenfalls weit verbreitet ist.

Im November 2008 stellte sich Samar Minallah in der Fernsehsendung «Capital Talk» gegen den Erziehungsminister Mir Hazar Khan Bijarani, einen mächtigen Mann aus der Provinz Sindh. 2006 hatte sie erreicht, dass das Oberste Gericht Pakistans Bijaranis Verhaftung anordnete, weil er einer Jirga vorgeworfen haben soll, die dem Clan eines Mordopfers fünf kleine Mädchen als Kompensation zugesprochen hatte. Ein zweiter Minister, Israrullah Zehri, hatte die Ermordung von drei Mädchen und zwei Frauen in der Provinz Belutschistan verteidigt. Sie waren angeschossen und anschließend lebendig begraben worden. Appelle des Women's Action Forum, die beiden Minister abzu-berufen, hat Präsident Zardari, der Witwer von Benazir Bhutto, ignoriert.

«Das ist eine klare Botschaft der Regierung, dass sie sich keinen Deut um solche Fälle schert», kommentiert Samar Minallah. Noch schockierender als die Ernennungen findet sie aber das Ausbleiben von Protesten der weiblichen Parlamentarier. «Mit ihrem Schweigen haben sie diesen beiden Berufungen praktisch zugestimmt.»

www.ethnomedia.pk

PAKISTAN

Women under Muslim Law

Seit Eröffnung des Büros in Lahore arbeitet die Heinrich Böll-Stiftung mit der Frauenrechtsorganisation Shirkat Gah zusammen, die sich vor allem gegen frauendiskriminierende Gesetzgebung wendet und sich für die Verbesserung der rechtlichen Situation von Frauen einsetzt. Dazu gehören Trainingskurse für Standesbeamte, denn viele Frauen werden grundlegender Rechte beraubt, wenn im Ehevertrag bestimmte Passagen (z. B. Absicherung der Frau im Fall einer Scheidung) gestrichen werden. Shirkat Gah bildet auch Rechtsbeistände aus, die Frauen im Alltag zur Seite stehen können. Ein umfangreiches Publikationsangebot dokumentiert Diskriminierung, ein regelmäßiger Newsletter informiert über Entwicklungen in anderen Ländern und fördert die Vernetzung. Shirkat Gah ist Mitglied des internationalen Zusammenschlusses «Women Living under Muslim Law».

Shirkat Gah übernahm auch die Federführung für den 2007 vorgestellten zweiten Schattenbericht zu Pakistans CEDAW-Report an die UN, an dem auch die Aurat Foundation mitgewirkt hat. Unter dem Titel *Talibanisation & Poor Governance* wird detailliert beschrieben, dass seit dem Beitritt Pakistans zur UN-Konvention nicht etwa Fortschritte, sondern Rückschritte zu verzeichnen sind. Die Regierung habe nur gelegentlich und allenfalls halbherzig Schritte zugunsten von Frauen unternommen, so dass die Kluft zwischen ihrer juristischen Gleichstellung und der tatsächlichen Situation größer geworden sei. Noch beunruhigender aber sei das komplette Versagen der Regierung, den militanten politisch-religiösen Gruppen etwas entgegenzusetzen, die die Religion als Vorwand benutzen, um der Bevölkerung ihre Vorstellungen aufzuzwingen (Talibanisierung). Der Schattenbericht stellt bohrende Fragen, und er drängt das CEDAW-Komitee seinerseits, der Regierung von Pakistan bohrende Fragen zu stellen.

www.shirkatgah.org

Um die allgemeine Verbesserung der Lebenssituation in den Stammesgebieten (FATA – Federally Administred Tribal Areas) bemüht sich die Tribal Women Welfare Association (TWWA). Die Stammesgebiete sind geografisch gesehen ein Teil der Nordwestgrenzprovinz, werden jedoch auf administrativer, rechtlicher Ebene von der Zentralregierung verwaltet. Die dortige Bevölkerung lebt nach eigenen tradierten Normen und Gesetzen. Nationales säkulares Recht gilt dort nicht. Aufgrund der sehr traditionellen-konservativen Lebensweise ist die Arbeit in dieser Region sehr schwierig und verlangt höchste Sensibilität.

TWWA betreut dort Grundschulen und bildet Frauen als Geburtshelferinnen aus, was ihnen ermöglicht, aus dem Haus zu kommen und dadurch auf andere Frauen zu treffen, mit denen sie sich austauschen können.

Bei den Lokalwahlen 2005 und den nationalen Wahlen 2008 unterstützte TWWA die Wahlregistrierung von Frauen. Aufgrund der zunehmend schlechteren Sicherheitslage musste TWWA seine Arbeit jedoch immer weiter beschränken und erreicht nur noch einen kleinen Teil der Stammesgebiete.

Anders als Aurat Foundation, TWWA und Shirkat Gah sind die Takhleeq Foundation und Awaz Foundation keine Frauenorganisationen. Die renommierte Takhleeq Foundation ist in den Provinzen Sindh und Belutschistan tätig und diskutiert in ihren Bildungsveranstaltungen mit Vertretern religiöser Gruppierungen auch heiße Themen wie Ehrenmorde, Frauenhandel und Gewalt gegen Frauen. Dadurch ist es der Organisation gelungen, dass Geistlichen frauensensible Themen z. B. in Freitagspredigten aufgenommen haben. Auch begingen Geistliche zusammen mit Frauen den internationalen Frauentag. Die Awaz Foundation konzentriert ihre Aktivitäten auf stark vernachlässigte Gebiete im Süd-Punjab und Gebiete in Belutschistan und der Nordwestgrenzprovinz, die sogenannten «de-exclusive areas». Mit der ersten Studie über diese Region, «Socio-economic and political Situation of Provincially Administred Tribal Area», hat die Awaz Foundation Pionierarbeit geleistet, denn neben politischen, ökonomischen und sozialen Aspekten untersucht die Studie auch frauendiskriminierende Bräuche und Traditionen. Mittlerweile gibt es eine zweite Studie mit einem stärkeren Gender-Fokus: «Bread for Survival: An overview of livelihood patterns and related gender issues in PATA community of Southern Punjab».

www.awazcnds.org.pk

www.takhleeqfoundation.org

AFGHANISTAN

Viel gewagt, aber noch lange nicht gewonnen

Die Menschen Afghanistans wollen Frieden. Sie wollen Sicherheit, und sie wollen zumindest an den technischen Segnungen der Moderne teilhaben – aber teilen sie auch die Wunschvorstellungen der internationalen Gemeinschaft zur künftigen Regierungsform und zu gesellschaftlichen Umwälzungen?

Der Wiederaufbau Afghanistans stellt die gesamte internationale Gemeinschaft vor eine enorme Herausforderung. Von vornherein war klar, dass die gegebenen Strukturen in vielen Bereichen nicht mit westlichen Idealen übereinstimmen. Dennoch setzte man sich das ehrgeizige Ziel, das Land von der Taliban-Herrschaft zu befreien, es gänzlich umzukrempeln und gleichzeitig zu stabilisieren. Auch für die Heinrich-Böll-Stiftung stellte sich die Frage, wie sich unsere eigenen Wertvorstellungen mit den lokalen Gegebenheiten vereinbaren lassen, was besonders in der Zusammenarbeit mit The Liaison Office (TLO, vormals Tribal Liaison Office) deutlich wird. Die Organisation kann insbesondere bei der Demokratisierung und im Bereich der Konfliktlösung auf beachtliche Erfolge verweisen – was indirekt auch eine Verbesserung der Situation der Frauen in ihrem Einflussbereich bedeutet. Derweil scheint es, als könnten wir dem Ziel der Geschlechterdemokratie und Gleichberechtigung mit Hilfe von TLO nur mühsam näher kommen.



Paschtunischer Stammesfürst

Der Südosten gilt aufgrund seiner konservativen Prägung als schwer zugänglich, Militante nutzen die Grenzlage mit Pakistan und die Zentralregierung übt hier kaum Kontrolle aus – dieser Landesteil ist mithin ein Pulverfass, nicht nur für Afghanistan sondern auch Pakistan. Insofern war es geradezu ein Glücksfall, als im Jahr 2003 Älteste der Ahmadzai- und Mangal-Stämme aus der südostafghanischen Provinz Paktia nach Möglichkeiten suchten, am Friedens- und Wiederaufbauprozess teilzunehmen. Schon im Dezember 2003 entstand hieraus das TLO. Finanziert durch die Heinrich-Böll-Stiftung und Swisspeace gewann das Pilotprojekt rasch an Schwung. Neben der Zentrale in Kabul wurden im Februar 2004 Büros in Paktia, Paktika und Khost eingerichtet; 2008 hat ein zusätzliches Büro in Jalalabad seine Arbeit aufgenommen. Seither engagiert sich TLO erfolgreich als gefragter Vermittler zwischen der Regierung und internationalen Organisationen einerseits, traditionellen lokalen Strukturen andererseits.

Für uns war das ein Sprung ins kalte Wasser, mit Akteuren zusammenzuarbeiten, deren Wertvorstellungen wenig mit unse-



«Wir benutzen den Islam als Waffe»

Ein Gespräch mit Hangama Anwari, Leiterin der Women and Children Legal Research Foundation (WCLRF), über Lobby-Arbeit, westliche Einflussnahme und Verhandlungen mit den Taliban

Die jüngste Kontroverse um das schiitische Familiengesetz hat einmal mehr gezeigt, wie stark die Lobby gegen Gleichberechtigung in Afghanistan ist. Das Gesetz gibt Männern sexuelle Verfügungsgewalt über ihre Ehepartnerinnen und schränkt deren Bewegungsfreiheit ein. Welche Möglichkeiten haben Frauenrechtsorganisationen wie WCLRF, Einfluss zu nehmen, bevor ein solches Gesetz verabschiedet wird?

WCLRF hat gemeinsam mit anderen Organisationen ein Komitee gegründet, das sich bereits seit einem Jahr mit dem Familiengesetz befasst. Wir haben einen eigenen Entwurf erarbeitet und uns mehrmals mit dem Parlamentssprecher und mit Präsident Karzai getroffen. Dabei haben wir sie dringend aufgefordert, dem Gesetz in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen. Leider waren die Reaktionen wie so oft in solchen Fällen. Wir werden freundlich empfangen, erhalten im persönlichen Gespräch viel Zustimmung; doch sobald es um Entscheidungen geht, werden wir schlicht ignoriert.

Sie waren auch bei der Demonstration gegen das Gesetz dabei, dem ersten öffentlichen Protestmarsch von Frauen seit dem Sturz der Taliban. Dabei wurden sie von einer Überzahl an Gegendemonstranten mit Steinen beworfen und als «Handlanger der Christen» beschimpft. Die radikal-konservativen Kräfte bemühen sich offenbar,

Frauenrechte als westlichen Werteimport zu diffamieren. Haben sie damit Erfolg?

Zum Glück haben sich Afghanistan und das Denken in unserem Land in den vergangenen Jahren sehr verändert. Viele afghanische Intellektuelle setzen sich für Frauenrechte ein. Bei unserer Demonstration wurden wir von zahlreichen Männern begleitet. In der Regierung und im Parlament gibt es viele Frauen und Männer, die das Familiengesetz ablehnen. Auf Initiative von Außenminister Rangeen Dadfar Spanta haben fünf Kabinettsmitglieder, allesamt Männer, die Regierung aufgefordert, das Gesetz zu überarbeiten. Allerdings müssen wir auch der Realität ins Auge sehen, dass viele Leute den bestehenden Entwurf unterstützt haben. Zum Teil lässt sich dies auf ein mangelndes Verständnis des Islam zurückführen. Einige der Unterstützer verfolgen mit dem Gesetz vor allem ihre eigenen politischen Interessen oder haben entsprechend ihrer politischen Parteilichkeit abgestimmt.

Wie gehen Sie als WCLRF damit um, wenn die Mudschahedin sie als Agenten des Westens verunglimpfen?

Unsere Strategie zielt vor allem darauf ab, Menschen auf der lokalen Ebene mit modernen Interpretationen des Islam vertraut zu machen. Außerdem wollen wir das Bewusstsein für Afghanistans internationale Verpflichtungen als Mitglied der Staatengemeinschaft schärfen. Erfolgreich war unsere Arbeit immer dann, wenn wir zeigen konnten, dass internationale Standards und die Menschenrechte nicht den Lehren des Islam widersprechen. Wenn andere den Islam missbrauchen, um Frauen zu unterdrücken, heißt das nicht, dass wir Frauen den Islam nicht als Waffe nutzen können, um unsere Rechte zu verteidigen.

Nach dem Sturz der Taliban standen Frauenrechte zumindest in der Rhetorik hoch auf der Agenda der westlichen Regierungen. Internationaler Druck hat damals dafür gesorgt, dass das afghanische Parlament eine der höchsten Frauenquoten der Welt hat. Inzwischen gibt es Stimmen, die meinen, dass dieser Druck zu groß gewesen sei und – ähnlich wie beim Sturz des Reformkönigs Amanullah 1929 – eine Reaktion der konservativen Kreise provoziert habe. Was halten Sie von solchen Interpretationen?

Ehrlich gesagt nicht viel, denn tatsächlich hat sich der Westen nie besonders stark für Frauenrechte in Afghanistan

oder unsere Arbeit als Aktivistinnen eingesetzt. Wir erwarten von der internationalen Gemeinschaft, dass sie sich für den Schutz von universellen Werten und Rechten stark macht, die unabhängig von Staats- und Religionszugehörigkeit gelten, und die uns unter der Taliban-Herrschaft verweigert wurden. Die westlichen Regierungen sollten also den Druck eher noch erhöhen und sich mehr in die innerafghanischen Debatten einmischen. Allerdings ist es wichtig, dass die afghanischen Stakeholder, vor allem Frauenorganisationen, dabei stärker als bisher konsultiert werden, damit sie nicht zwischen die Fronten geraten.

US-Präsident Obama hat angedeutet, dass es Gespräche mit einem Teil der Taliban geben könnte. Die afghanische Regierung setzt ebenfalls auf Verhandlungen. Besteht die Gefahr, dass Frauenrechte dabei zur Verhandlungsmasse werden?

Ja, das befürchten wir, wenn Frauen nicht als gleichberechtigte Interessengruppe und Bürger Afghanistans an den Verhandlungen beteiligt werden. Mehr noch: Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern muss bei allen Gesprächen mit den Aufständischen als eines der Hauptthemen auf der Agenda stehen. Nur so können die Frauenrechte geschützt werden.

ren grundlegenden Interessen harmonieren. Gerade aus diesem Grund erschien es jedoch besonders wichtig, einen Zugang zu diesen gesellschaftlichen Gruppen zu finden. So stark, wie sie der afghanischen Gesellschaft ihren Stempel aufdrücken, kann ein Wandel nur mit ihnen, nicht gegen sie erreicht werden. Dass dies eine Gratwanderung sein würde, war uns klar. Ein intensives Begleiten der Kooperation mit TLO wurde deshalb von vornherein vereinbart.

In einem Land, in dem unter Umständen mit dem Tode geahndet wird, wenn jemand Tabubrüche begeht oder männliches moralisches Empfinden verletzt, kann man auf dem Wege zur Emanzipation nicht riskieren, die Männer zurückzulassen. Inso-

FÜR UNS WAR DAS
EIN SPRUNG INS KALTE
WASSER, MIT AKTEUREN
ZUSAMMENZUARBEITEN,
DEREN WERTVORSTELLUN-
GEN KAUM MIT UNSEREN
GRUNDLEGENDEN INTERES-
SEN HARMONIEREN.
GERADE AUS DIESEM
GRUND ERSCHIEN ES
JEDOCH BESONDERS WICH-
TIG, EINEN ZUGANG ZU DIE-
SEN GESELLSCHAFTLICHEN
GRUPPEN ZU FINDEN.

fern war eine Strategie des TLO, Männern Anreize für eine stärkere Beteiligung von Frauen zu schaffen – oder ihnen deutlich zu machen, wie sie von der Einbindung von Frauen profitieren können. Die Zusicherung eines Clans, auch Mädchen den Schulbesuch zu ermöglichen, wurde beispielsweise mit dem Bau von mehr Schulen für deren Gebiet honoriert. Auch im Zusammenhang mit den Wahlen setzte TLO ebenfalls auf eine pragmatisch orientierte Argumentation, in dem es deutlich machte, wie mit den Stimmen der Frauen der Wahlkreis insgesamt gestärkt werde. Nach einer entsprechenden Kampagne und mit Unterstützung der Ältesten haben sich im paschtunischen Südosten immerhin 40 Prozent der Frauen an diesen Wahlen beteiligt, hebt Swisspeace in seiner Bilanz hervor.

Schritt für Schritt versucht die Heinrich-Böll-Stiftung, verstärkt Gender-Komponenten in die Arbeit des TLO einzubringen. Hierbei ist jedoch Fingerspitzengefühl gefragt: Stammesälteste sind nur bis zu einem bestimmten Grad bereit, dies zuzulassen. Neuerungen sind nur willkommen, solange sie nicht die Macht der Dorfältesten in Frage stellen oder einschränken. Auch in den Dörfern ist eine Beteiligung von Frauen nur dort möglich, wo es direkt um sie geht. Allzu plakative Förderung von Frauen könnte hier genau das Gegenteil des eigentlich beabsichtigten bewirken: dass Frauenrechte nicht als universeller und auch für Afghanistan positiver Wert begriffen, sondern als westliches Konstrukt verächtlich gemacht werden.

Kreative Wege sind gefragt, um unsere Interessen hier einbringen zu können. Weibliche Mitarbeiter können im Südosten als Kernregion des TLO-Engagements wenig bewirken, es könnte dem Ansehen der Organisation sogar schaden, dies zu versuchen. Um hier den Boden zu bereiten, wird es weiterer Arbeit mit Männern bedürfen. Wenn sie dieses Thema mit mehr Offenheit angehen, wenn es uns mittels TLO gelingt, eine «mentale Demokratisierung» zu erreichen, wird die Arbeit im Genderbereich deutlich leichter werden. Eine weitere Idee ist, afghanische Fachfrauen im Hauptbüro von TLO in Kabul einzustellen, damit diese sozusagen hinter den Kulissen eine ausgewogenere Gender-Perspektive in die Projekte einbringen können.



Politische Bildung in Sachen Wahlen

Hier zeigt sich jedoch, wie eng die Grenzen der Emanzipation selbst in der Hauptstadt noch gezogen sind. Eine Organisation, die in einem weitgehend konservativen Umfeld agiert und fest in der Hand von Männern ist, hat große Schwierigkeiten, afghanische Frauen für ihr Team zu gewinnen. Ganz abgesehen davon, dass auch im vergleichsweise fortschrittlichen Kabul die meisten Frauen Wert auf die Zustimmung ihrer Familie zu ihrer Tätigkeit legen, die für eine konservativ konnotierte, männerdominierte Organisation weitaus schwerer zu erhalten ist. Diesen Problemen kommt man weder mit Anreizen noch mit Druck bei. Die Herausforderungen werden in Afghanistan nicht kleiner, die Gratwanderung geht weiter. Wir meinen immer noch: Es lohnt sich!

AFGHANISTAN

Mit Aufklärung zu Rechten

2001 wurde auf dem Bonner Petersberg vereinbart, wie die zukünftige afghanische Regierung aussehen sollte: für Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter sensibel, multiethnisch und in vollem Umfang repräsentativ – auf breiter Basis dem Land verpflichtet. Seither ist zwar formal einiges erreicht worden: In den beiden Häusern des Parlaments sitzen zusammen 91 Frauen, mehr als je zuvor in der Geschichte des Landes. Aber im Kabinett gibt es nur eine – für Frauen zuständige – Ministerin, und dass die Regierung «gender sensitive» sei, wie im Petersberger Abkommen formuliert, kann man ihr nicht gerade nachsagen.

Die Verfassung, 2004 verabschiedet, legt zwar fest, dass Männer und Frauen gleiche Rechten und Pflichten haben; wer sich in Afghanistan aber für die Rechte von Frauen einsetzt, lebt gefährlich. Ob Frauen Rechte in Anspruch nehmen können, was sie zu tun und zu lassen haben, das erregt die Gemüter wie in kaum einem anderen Land. Inwieweit Frauen wirklich Rechte eingeräumt werden, muss sich erst noch bei den dazu notwendigen Reformen im Straf- und Zivilrecht zeigen, sowie bei der Regelung von Scheidung, Sorge-, Versorgungs- und Erbrecht und

schließlich durch Schutzmechanismen vor Zwangsverheiratung, Frauentausch und Gewalt in der Familie.

Eine der Organisationen, die dafür wichtige Vorarbeiten leisten, ist die Women and Children Legal Research Foundation (WCLRF), eine Gruppe von Richterinnen, Anwältinnen und Aktivistinnen (mit auch einigen männlichen Mitarbeitern). Zu den ersten Aktivitäten der 2003 gegründeten Stiftung gehörte eine Dokumentation (und später ein Film) über «Bad» – die Übergabe eines Mädchens der Familie des Täters an die des Opfers. Diese Art des Ausgleichs gehe nicht nur auf Kosten der jungen Frauen, sondern belastet auch beide Familien und letztlich auch die Gesellschaft.

Hangama Anwari, die Gründerin von WCLRF, setzt darauf, dass erst einmal offen über die sozialen Auswirkungen solcher Praktiken gesprochen wird und dann bei manchen Afghanen auch die Einsicht wächst, dass es bessere Verfahren gibt, um ein Verbrechen zu sühnen. Sie erzählt gern, dass nach der Vorstellung der Studie ein Mann aus der Provinz Khost aufgestanden sei und sich dazu bekannt habe, an solchen Entscheidungen eines Dorfrates (Schura) mitgewirkt zu haben. Jetzt aber seien ihm die Augen geöffnet worden, wie schmerzhaft und schädlich diese Praxis sei. Und tatsächlich hätten einige Dörfer nach seiner Rückkehr begonnen, in solchen Fällen lieber Geldstrafen zu verhängen. Ein wichtiges Ziel von WCLRF ist, dass die bestehendem Zivil- und Familiengerichte Konfliktfälle nicht mehr zurückdelegieren an die Familien und Stämme. Häufig verbergen sich hinter der Aktennotiz «einvernehmliche Lösung» Ehrenmorde und Zwangsverheiratungen.



Befragung von WCLRF in einem Krankenhaus

WCLRF wird bei Parlamentariern und Regierungsbeamten vorstellig, etwa wenn es um ein Gesetz zur Registrierung von Eheschließungen geht. Die Stiftung nutzt auch sehr kreativ die verschiedenen Medienformate, um aufzuklären und für Veränderungen zu werben: Riodramen, Folksongs, Filmbeiträge. Das zweimonatlich erscheinende Rechts- und Informationsmagazin Waqeyat («Wirklichkeiten») kommt gut an, weil es eine ansprechende Mischung aus feministischen und «Hausfrauenthemen» bietet.

Wer auf Aufklärung und Einsicht setzt, hat es in Afghanistan aber weiterhin schwer: Die Regierung ist schwach, und im Machtpoker zählen nicht die Rechte von Frauen. Im Gegenteil: Die Verfügung über sie gehört zur Verhandlungsmasse, und sie werden dazu weder gefragt noch gehört.

www.wclrf.org.af

NIGERIA

Mit vielen Schritten in die frauenrechtliche Moderne

Nigeria ist ein Land, in dem als «traditionell» verstandene oder legitimierte Geschlechterrollen eine erhebliche Bedeutung haben – mehr noch als in anderen afrikanischen Ländern. Die vergleichsweise große ökonomische Autonomie von Frauen (Millionen arbeiten als Kleinhändlerinnen und in anderen Bereichen des informellen Sektors, viele aber auch in qualifizierten Positionen) haben keine grundlegende Modernisierung der Geschlechterrollen in der Gesellschaft bewirkt. Insbesondere die Frauen in Nigerias Norden haben unter einem traditionalistischen Patriarchat zu leiden. Anzeiger dafür sind niedrigerer Bildungsgrad, höhere Müttersterblichkeit, schlechterer Zugang zu ökonomischen Ressourcen sowie eine hohe Rate an häuslicher Gewalt gegen Frauen.

Frauenpolitische Fortschritte sind in Nigeria nur mit größter Mühen zu erzielen. Auch die neue Regierung unter Präsident Yar'Adua hat hier wenig Initiative gezeigt. Führende Politiker, aus allen Landesteilen, bekämpfen alle Versuche, in Nigeria moderne frauenrechtliche Bedingungen herzustellen.

Das aber wollen verschiedene Gruppen endlich durchsetzen. Die Frauenorganisationen gehören zu den am besten organisierten Gruppierungen der nigerianischen Zivilgesellschaft. Das WARDC versucht die Teilhabe von Frauen im Bundesstaat Ogun zu erhöhen. Dazu werden Frauen in dreitägigen Ausbildungskursen auf die Auseinandersetzung mit Abgeordneten vorbereitet. Zu «Accountability Fora» in den beiden größeren Städten Abeokuta und Ota kamen 2008 insgesamt über 600 Frauen zusammen, um Landes- und Kommunalpolitiker mit ihren Fragen und Problemen zu konfrontieren. Abgeordnete gewähren auf diesen Veranstaltungen Einsicht in ihre Planungen und müssen später Rechenschaft dafür ablegen. Der stellvertretende Parlamentspräsident von Ogun versprach 2008 vollmundig, den nicht anwesenden Abgeordneten 27 ihrer Anliegen vorzutragen und sie zu ermuntern, etwas dafür zu tun.

Im nigerianischen Strafrecht gibt es bislang keine Vorschrift zur Ahndung von sexueller Belästigung und Gewalt. Das Women's Aid Collective (WACOL) hat den Entwurf einer «Policy on Sexual Harassment» vorgelegt und dazu ein Forum abgehalten. Daraus entstand nicht nur ein «Aktionstag gegen sexuelle Belästigung», es wurden auch Polizisten und Juristen für die Bearbeitung solcher Fälle geschult. Die National University Commission richtete eine Art schnelle Eingreiftruppe ein, die einzelnen Fällen nachgehen soll. Am Ende beteiligte sich sogar das Justizministerium an der Erarbeitung des Entwurfs.

Weil ohne Geld auch in Nigeria nicht viel zu bewegen ist, werden neue Parlamentarier vom Centre for Democracy and Development (CDD) mit Gender Budgeting vertraut gemacht. 27 Personen – 2 Männer und 25 Frauen – ließen sich 2008 interessieren, 20 von ihnen gehören dem Bundesparlament an. Zum Nachlesen und für alle anderen wurde zusätzlich ein Handbuch herausgegeben. Einige der in den Bundesstaaten geschulten Parlamentarier und Vertreter der Finanzministerien (40 Männer, 21 Frauen) haben bereits konkrete Schritte unternommen, um zumindest Elemente dieser Art der Budgetallokation einzuführen. Im Edo-Bundesstaat wurden alle Ministerien schriftlich angewiesen «Gender» in ihren Budgetlinien zu berücksichtigen.

Literatur

- «GENDER RESPONSIVE BUDGETING & PARLIAMENT: A HANDBOOK FOR NIGERIAN LEGISLATORS» (CDD, 2008)
- «DRAFT SEXUAL HARASSMENT POLICY FOR EDUCATIONAL INSTITUTIONS AND CORPORATIONS IN NIGERIA» (WACOL, 2008)

NIGERIA

**CEDAW: Beitritt ja,
Beachtung nein**

Der Titel ist Programm: Mit der 1979 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) sollte ein für alle mal Schluss gemacht werden mit der historisch gewachsenen Ungleichheit zwischen Männern und Frauen. 130 Staaten hatten für die Konvention gestimmt, kein Land war dagegen. Getragen von der frauenpolitischen Aufbruchstimmung der damaligen Zeit und beflügelt durch die zweite Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen (1980) war sie bald von so vielen Staaten unterzeichnet und 1981 auch von der erforderlichen Anzahl ratifiziert worden, dass sie im gleichen Jahr in Kraft treten konnte. Noch nie war eine Menschenrechtskonvention so schnell akzeptiert worden.

Nigeria war auch bald dabei, im April 1984 unterzeichnete das Land, im Juni 1985 wurde ratifiziert. Vorbehalte gegen einzelne Bestimmungen, wie sie viele andere Staaten zu Protokoll gegeben haben, hat Nigeria nicht angemeldet. Zu den sich mit dem Beitritt ergebenden Pflichten gehört es, alle vier Jahre einen Bericht an die Vereinten Nationen zu übermitteln, der

CEDAW SEI EINE
GUT VERSTECKTE
SCHLANGE, DIE GETÖTET
WERDEN MÜSSE, BEVOR SIE
INS HAUS KRIECHE, MEINTE
DER SENATSPRÄSIDENT.

vom CEDAW-Komitee diskutiert, bewertet und mit Empfehlungen an die Regierung versehen wird. Dieser Pflicht ist Nigeria nachgekommen, 2006 wurde der 6. Bericht eingereicht. Weil es in der Weltorganisation immer ein wenig dauert, bis ein Land dann auch drankommt, stand er erst Anfang Juli 2008 auf der Tagesordnung.

Regierungen präsentieren immer gern alles im rosigen Licht; NGOs in vielen Ländern ist es deshalb zur guten Gewohnheit geworden, «Schattenberichte» zu erarbeiten, die dann meist auch einen Schatten auf die Regierung werfen. In Nigeria war das 1998 zum ersten Mal der Fall. 2008 hat das erfahrene Women's Aid Collective (WACOL) die Erarbeitung eines nigerianischen Schattenberichtes koordiniert, an dem 148 NGOs aus allen Bundesstaaten beteiligt waren.

Die Ergebnisse sind ernüchternd. «23 Jahre nach Ratifizierung der Konvention durch Nigeria sind ihre Bestimmungen nicht mehr als ein Papiertiger», sagt Uju Obiora, Gender-Koordinatorin im Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Lagos. «Sie können vor keinem Gericht in Nigeria eingeklagt werden. Denn Nigeria hat es versäumt, die nach Artikel 12 der Verfassung vorgesehene Übernahme in nationales Recht zu beschließen.» Bei einer Debatte darüber im Parlament 2007 machten Abgeordnete geltend, dass die Bestimmung über reproduktive Rechte nicht mit der nigerianischen Kultur vereinbar sei. Oby Nwankwo, eine der führenden Frauenrechtlerinnen des Landes und unsere langjährige Projektpartnerin, hat in Zeitungsbeiträgen öffentlich immer wieder die «domestication» von CEDAW angemahnt und dadurch den Zorn des Senatspräsidenten David Mark auf sich gezogen: CEDAW sei eine gut versteckte Schlange, die getötet werden müsse, bevor sie

ins Haus krieche, meinte er. Mark rief seine Landsleute auf, nicht zuzulassen, dass die afrikanische Erde von den Neoimperialisten dazu benützt werde, alle Arten von Übeln dort abzuladen.

Zur Diskussion ihres Berichtes hatte Nigeria eine 73-köpfige Regierungsdelegation nach New York geschickt – die größte, die jemals zu den Beratungen des CEDAW-Komitees ange-reist war. Hajia Saudatu Usman Bungudu, die Frauenministerin, musste sich sehr kritische Fragen gefallen lassen. Auf komplettes Unverständnis stieß insbesondere das von einem Delegationsmitglied eingebrachte «Nacktheits»-Gesetz, das Frauen vorschreiben sollte, wie viel «nackte Haut» sie allenfalls zeigen dürfen, um nicht sexuelle Nötigung oder Vergewaltigung zu riskieren. «Bei Bekleidungs Vorschriften geht es um Macht. Frauen von Kopf bis Fuß einzuhüllen, ist eine Form von Vergewaltigung», erklärte die jamaikanische Vertreterin Glenda Simms den Nigerianerinnen. Verteidigt hat Nigeria das Gesetzesvorhaben in seiner Antwort nicht.

Das Komitee war gut vorbereitet; es hatte in den Tagen zuvor auch Vertreterinnen der zu den Beratungen angereisten nigerianischen NGOs angehört. Die Heinrich-Böll-Stiftung, die auch in anderen Ländern auf CEDAW bezogene Aktivitäten unterstützt und die New Yorker Beratungen durch das Dialogprogramm ihres Washingtoner Büros seit Jahren begleitet, hatte einigen die Teilnahme ermöglicht. Weil so ein Auftritt auf internationalem Terrain ja eine aufregende Sache ist und nur wenig Zeit zur Verfügung steht, waren die Frauen zuvor durch IWRAP (International Women's Rights Action Watch) in einem dreitägigen Seminar darauf vorbereitet worden. Anschließend haben sie dann zwei Tage formuliert und geprobt, bis alles saß.

Und natürlich hatten sie auch den Schattenbericht im Gepäck. Der wurde in New York von WACOL und der Heinrich-Böll-Stiftung bei einem Lunch offiziell präsentiert. Sieben Nigerianerinnen sprachen deutliche Worte und beantworteten die Fragen der 20 anwesenden Komitee-Mitglieder. Als am Ende mit IWRAP Bilanz gezogen wurde, bekamen die Nigerianerinnen großes Lob. Zurück in Nigeria erstatteten sie den Mitstreiterinnen Bericht. Die – immerhin zehn UN-Seiten langen – Empfehlungen des CEDAW-Komitees wollen sie weiterverfolgen und für die «domestication» streiten. Damit 25 Jahre nach Nigerias Beitritt zur Konvention endlich auch eine Rechtsgrundlage für die Frauen des Landes daraus wird.

I.3

SCHUTZ GEGEN SEXUELLE DISKRIMINIERUNG

Lesben, Bisexuelle, Schwule, und Transgender (LGBT) sind fast überall auf der Welt besonderer Diskriminierung ausgesetzt: In mehr als 80 Staaten ist Homosexualität (häufig lediglich als gleichgeschlechtliche Orientierung von Männern verstanden) strafrechtlich verboten, in sieben islamisch geprägten Ländern droht die Todesstrafe. Es wird sogar geleugnet, dass es sie überhaupt gibt, oder sie wird als Krankheit definiert, gegen die man angehen müsse. Auch da, wo rechtliche Benachteiligung aufgrund von sexueller Orientierung abgebaut wurde (z. B. in Europa), werden Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender nicht in allen Belangen gleichgestellt und nicht überall akzeptiert.

Eine Debatte in der UN-Generalversammlung – die erste ihrer Art – machte im Dezember 2008 deutlich, dass die Staatenwelt tief gespalten ist. Während 66 Länder – überwiegend aus Europa und Lateinamerika – eine Deklaration zur Entkriminalisierung von Homosexualität unterstützten, stellten sich fast 60 Nationen – mehrheitlich katholisch oder islamisch geprägt – hinter eine von der Organisation der islamischen Konferenz getragene Gegenerklärung.

Auch in den Ländern, in denen Homosexualität verfolgt und von der Bevölkerung aggressiv abgelehnt wird, schließen sich LGBT-Aktivist*innen zusammen, um aufzuklären und ihre Rechte einzufordern. Das erfordert vielfach großen Mut und persönliche Risikobereitschaft. Die Heinrich-Böll-Stiftung steht den LGBT-Gemeinschaften in vielen Ländern dabei zur Seite – oft sind wir die einzige ausländische Organisation, die die Kampagnen und Netzwerke unterstützt, die sich gegen die Diskriminierungen und Verfolgungen wenden. ■

SÜDAFRIKA

Progressive Verfassung – konservative Bevölkerung

Die südafrikanische Verfassung von 1996 wird in aller Welt gerühmt, weil sie verbietet, jemand aufgrund seiner sexuellen Orientierung zu diskriminieren. 2006 wurde – gegen viel Widerstand – zusätzlich ein Gesetz verabschiedet, das die Eheschließung zwischen zwei Männern oder zwei Frauen ermöglicht. Doch die ganz überwiegende Mehrheit der Südafrikaner ist nach einer im November 2008 veröffentlichten Untersuchung des «Human Science Research Council» der Meinung, dass Sex zwischen Frauen oder zwischen Männern nicht akzeptabel und «unafrikanisch» sei. Das führt zu regelrechten Hassattacken auf weibliche und männliche Homosexuelle bis hin zum Mord. Die Frauen der Coalition of African Lesbians (CAL), einer Partnerorganisation der Heinrich-Böll-Stiftung, berichten auch von Fällen von angeblich «kurierender Vergewaltigung» – der Vorstellung, eine Frau durch Sex mit einem Mann von ihrer «Krankheit» zu heilen.

OUT LGBT Well-being, eine Organisation von und für LGBT-Gemeinschaften, beschreibt die südafrikanische Gesellschaft als konservativ, patriarchalisch, hetero-normativ und ge-

genüber Homosexuellen voreingenommen. OUT leistet deshalb in Tshwane (Pretoria) medizinische und psychologische Hilfe und unterhält dafür eine eigene kleine Klinik und eine Telefon-Hotline. Über diese Einzelfallbetreuung hinaus kümmert sich OUT um Treffpunkte und Gemeinschaftsbildung. Die Organisation hat auch gezielt mit dem Department of Social Services in der Provinz gearbeitet, um die speziellen LGBT-Interessen als Querschnittsthema in soziale Dienstleistungen zu integrieren, insbesondere im Bereich der psychosozialen Notdienste. Weil auch in der Forschung nicht genügend auf LGBT-Belange eingegangen wird, betreibt OUT eigene Forschungsprojekte, manche davon gemeinsam mit führenden nationalen und internationalen Organisationen. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt das «Advocacy & Mainstreaming Programme» von OUT, das Lobbyarbeit für weitere Veränderungen in der Gesellschaft betreibt und durch Aufklärung und Training Vorurteile abbauen will. Dazu versucht es nicht nur, die LGBT-Gemeinschaften zu organisieren und sie zur Wahrnehmung ihrer Rechte zu befähigen, sie sucht auch die Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen und Menschenrechtsorganisationen. Die feministischen Organisationen und die LGBT-Gruppen arbeiten noch ziemlich nebeneinander her, sagt Antonie Nord, Leiterin des Stiftungsbüros in Kapstadt.

Während OUT weitgehend auf Südafrika beschränkt ist, arbeiten in der 2003 gegründeten Coalition of African Lesbians (CAL) 19 Organisationen aus 11 afrikanischen Ländern zusammen. CAL bekennt sich zu einem radikalen feministischen Grundverständnis und hat sich zum Ziel gesetzt, Afrika so zu verändern, dass lesbische Frauen sich öffentlich zu ihrer Lebensform bekennen können und in allen Rechten gleichgestellt sind. Fikile Vilakazi, die Direktorin, wünscht allen Frauen die dazu nötige «Kühnheit und Stärke sowie den Mut, Vorurteile gegen sexuelle Minderheiten nicht nur in Frage zu stellen, sondern auch Antworten zu verlangen.» Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt CAL auch darin, bei der African Commission on Human and People's Rights (ACHPR) offiziellen Beobachterstatus zu bekommen.



Parlamentswahlen in Südafrika 2004

Angesichts der Wohnverhältnisse in vielen südafrikanischen Townships, in denen Häuschen neben Häuschen und «shack» (Wellblechhütte) neben shack steht, gibt es für homosexuelle Frauen und Männer nur begrenzt Rückzugsmöglichkeiten. Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert deshalb in Kapstadt das Tri-

angle Project, dass solche Räume schafft. Im Stadtteil Mowbray unterhält die Organisation ein Drop-in-Zentrum. Wie notwendig das ist, zeigen nicht nur die «kurativen» bzw. «korrekativen» Vergewaltigungen, sondern auch Morde an lesbischen Frauen. In Guletu (Kapstadt) wurde 2006 die 19-jährige Zoliswa Nkonana gesteinigt und dann mit einem Golfschläger getötet. In Meadowlands bei Johannesburg wurden im Juli 2007 Sizakele Sigasa und Salome Masooa exekutionsartig hingerichtet, zehn Monate später wurde die lesbische Fußballerin Eudy Simelane in Kwa-thema von mehreren Männern vergewaltigt und anschließend ermordet.

Marlow Valentine vom Triangle Projekt weist darauf hin, dass alle ermordeten Frauen schwarz waren. «LGBT-Personen, die in städtischen und besser ausgestatteten Vierteln leben, verschließen die Augen vor dem, was uns passiert. Viele beruhigen sich damit, dass wir ja eine schöne Verfassung und Gesetze haben. Klassenzugehörigkeit, Privilegien, Status, Hautfarbe und Geschlecht – alle diese Faktoren spielen eine große Rolle dabei, was einen betrifft und bewegt.»

www.cal.org.za www.out.org.za

Homosexualität in Afrika



In 38 afrikanischen Staaten ist Homosexualität ausdrücklich verboten; legal (oder schlicht und einfach im Gesetz nicht erwähnt) ist sie in mindestens 13 Ländern. In Mauritien, dem Sudan und den nördlichen Bundesstaaten Nigerias kann Homosexualität mit dem Tode bestraft werden. In Uganda kann man lebenslanglich dafür bekommen, in Gambia, Kenia und Tansania bis zu 14 Jahren Haft. In Simbabwe kann sogar öffentlich gezeigte Zuneigung zwischen Menschen gleichen Geschlechts bestraft werden. Nur in Südafrika existiert eine Verfassung, die die Diskriminierung lesbischer und schwuler Menschen ausdrücklich verbietet. Es ist das einzige Land Afrikas, in dem eine Ehe zwischen Menschen gleichen Geschlechts geschlossen werden kann.

THAILAND

Stolz und Vorurteil: Queering Geschlechterdemokratie

Auf der Liste der Reiseziele für Lesben, Transgender und Schwule steht Thailand ganz oben. Es ist eines der wenigen Länder, wo man sich vor gewalttätigen und wortgewaltigen Angriffen sicher fühlen kann – zumindest von Seiten der Thailänderinnen und Thailänder; es ist eines jener Länder, wo man auch als Frau meist unproblematisch allein reisen kann. Die Vielfalt der Geschlechter und Sexualitäten ist in Thailand offensichtlicher als anderswo. Hier gibt es nicht nur «Heteras» und «Homos»,

«Frauen» und «Männer», sondern Tomboys, Dees, Bisexuelle, Schwule, Gay Kings, Gay Queens, Kathoey (Transsexuelle und Transgender-Frauen), Lesben und Männer oder Frauen, die mit Menschen des gleichen Geschlechts Sex haben, ohne sich deshalb als anders zu definieren.

Wenngleich «Das Land der Freien» auf den ersten Blick von außen seinen Namen zu Recht zu tragen scheint, ist die Lebensrealität eine andere – und leider oft trans- und homophober. Da stellt auch Thailand kein Paradies unter den menschlichen Gesellschaften dar. «Das Erste, was ich in meinem Leben geklaut habe, ist eine Schwulenzeitschrift», erzählte der 26-jährige Jay in einem Artikel der «Bangkok Post» über ein von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstütztes Medien-Projekt mit dem Thai Queer Resource Center. «Ich habe es aus Neugier gestohlen und aus Angst, die Leute würden mich für schwul halten, wenn ich es einfach gekauft hätte.» Schwulenzmagazine werden aus der Gesellschaft und von den Autoritäten argwöhnisch beäugt und stehen unter Pornographie-Generalverdacht. Dabei spielen sie eine wichtige Rolle bei der Aufklärung über HIV/AIDS und für die Bewusstwerdung darüber, als geschlechtlich oder sexuell «anderer» Mensch nicht allein zu sein.

Dieses Projekt entstand aus Diskussionsveranstaltungen mit Vertreterinnen und Vertretern aus lesbisch-schwul-trans-verqueeren Bewegungen, die – z. B. in der Diskussion um die Verfassungsgebung 2007 – sehr viel wahrnehmbarer waren als die paralysierte Frauenbewegung des Landes. In der komplexen Realität zwischen unterschiedlichsten Lebensentwürfen, privaten und gesellschaftlichen Freiräumen und Ambivalenzen ist eine Verständigung darüber, an welchen Stellen Diskriminierung, Stereotypisierung, Homo- und Transphobie zum Thema gemacht werden sollten, schwierig.

Nicht krank und nicht allein

Homosexualität war in der Türkei zu keiner Zeit verboten oder kriminalisiert. Auf der anderen Seite gab es aber auch keine Gesetze, um Schwule, Lesben, Transvestiten, Bi- und Transsexuelle vor Diskriminierung und Anfeindungen zu schützen. Zum Beispiel durch eifrige Bürgermeister und Gouverneure, die immer mal wieder LGBT-Organisationen wegen «Verstoßes gegen die öffentliche Moral» verbieten oder auflösen lassen wollten. Im Januar 2009 hat das Oberste Gericht das jüngste, gegen «Lambda» in Istanbul gerichtete Verbot für rechtswidrig erklärt. Durch die vier LGBT-Organisationen und die seit 1994 stattfindenden «Christopher Street Day»-Paraden sind Homosexuelle sichtbarer geworden – aber eben auch leichter angreifbar. Schikane und Gewalt auf Polizeiwachen sind alltäglich. Nach einer Studie von Lambda, deren Ergebnisse 2005 unter dem Titel «Neither Wrong nor Alone» publiziert wurden, sind von 393 befragten Schwulen, Lesben und Bisexuellen 87 Prozent verbalen Angriffen, Ignoranz und Isolation ausgesetzt. 2008 machte die Ermordung von Ahmet Yıldiz Schlagzeilen – ein Verbrechen, das wahrscheinlich von der Familie des jungen Mannes begangen und deshalb als erster öffentlich bekannt gemachter Ehrenmord an einem Schwulen bezeichnet wurde.

www.lambdaistanbul.org

www.kaosgl.org

GEORGIEN

**Zeitschrift «ME»
der Stiftung «Inclusive»**

Seit Herbst 2007 unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung die Inclusive, die erste NGO Georgiens, die sich explizit für die Rechte sexueller Minderheiten engagiert. Die Stiftung Inclusive dokumentiert Rechtsverletzungen und forscht und veröffentlicht zur Situation sexueller Minderheiten in Georgien. Sie berät Personen und Gruppen und bietet Informationsveranstaltungen an. Allein im ersten Halbjahr 2008 hat sie 20-mal eingeladen: zu Diskussionen, zu Filmabenden und zum Frauenklub. Etwa 30 Menschen kamen im Schnitt, 60 Prozent waren Frauen. An den Filmabenden waren es sogar 40 bis 50 Besucherinnen und Besucher.



Me – das erste LGBT-Magazin Georgiens

Mit der Unterstützung der von Inclusive herausgegebenen Zeitschrift *Me* möchte die Heinrich-Böll-Stiftung einen Beitrag zur Herausforderung traditioneller Gender-Stereotype im öffentlichen Diskurs Georgiens leisten und der in der Politik und vielen Medien teilweise aggressiv zum Ausdruck gebrachten Homophobie begegnen. In einer Untersuchung über Werte und Orientierungen machten 80 Prozent der Befragten deutlich, dass sie keinen Homosexuellen als Nachbarn haben wollen.

Die seit 2008 zweisprachige Quartalsschrift hat sich innerhalb kurzer Zeit einen sehr guten Ruf in Tiflis verschafft. 2008 wurden mehr als 2.500 Exemplare heruntergeladen.

www.inclusive-foundation.org

LIBANON

**Mit Mut gegen die Mehrheit
Oder: Geduldet, aber nicht geachtet**

«Wo sind die Zeiten der Homoerotik hin, als Arabiens Cafés voller männlicher Bauchtänzer waren und Dichter wie Abu Nuwas Liebesgedichte an schöne Jünglinge richteten?» Der Libanese Georges Azzi möchte gern erreichen, dass Schwule nicht nur stillschweigend geduldet, sondern gesellschaftlich akzeptiert werden. Das ist sein Traum, und dafür hat er mit anderen Mitgliedern des Clubs Free «Helem» gegründet, das auf Arabisch Traum bedeutet und zugleich das Akronym ist für «Libanesische

Schutzorganisation für Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle und Queer».

«Dass sich Helem in Beirut gegründet hat, überrascht kaum», sagt Layla Al-Zubaidi, die Leiterin des Büros Mittlerer Osten, «ist die Stadt doch von jeher für ein relativ offenes Klima und nebeneinander existierende Lebensweisen bekannt.» Neben dem Community Center von Helem im Innenviertel Sanayeh, in das pro Monat 700 bis 800 Besucher kommen, gibt es mehr als ein Dutzend Treffpunkte für Schwule, die mehr oder weniger offen auf sich aufmerksam machen.



Persönliche Erzählungen von lesbischen und queeren Frauen

Doch diese zögerliche Toleranz wird von vielen Libanesen, Christen und Muslimen gleichermaßen, nicht geteilt und beruht auf einer prekären Balance. «Es gibt zwei Gesellschaften im Libanon», sagen die Aktivisten von Helem, «die konservative und die liberale. Viele Politiker stehen in der Mitte und fürchten die Reaktion der Konservativen zu heißen gesellschaftlichen Eisen wie dem der Homosexualität. Es gibt Homosexuelle, ja, aber man behandelt das besser als Tabu und spricht nicht darüber.» Immer wieder gibt es zudem Übergriffe von Passanten und der Polizei.

Deshalb ist das Hauptziel von Helem die Abschaffung des Paragraph 534 des libanesischen Strafgesetzbuches, der «unnatürlichen» Geschlechtsverkehr unter Strafe stellt. Um mehr Schubkraft und Legitimität dafür zu gewinnen, sucht Helem bewusst das Bündnis mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen des Landes, die sich der Sache nur zögerlich annehmen. Helem setzt sich seinerseits für andere gesellschaftspolitische Ziele und Zwecke ein; die Organisation war 2003 Teil der Oppositionsbewegung gegen den Irakkrieg und koordinierte im Sommer 2006 die Nothilfe für Flüchtlinge aus dem Süden, von denen viele der Hisbollah anhängen. Die Notsituation schaffte Berührungspunkte, die sich sonst kaum ergeben hätten.

Helem engagiert sich auch gegen HIV/Aids, man kann sich über das Büro einen Testtermin besorgen. Und als im Juni 2006 eine Sondersitzung der UN-Generalversammlung zum Thema HIV/Aids stattfand, legte Helem für die LGBT-Gemeinschaft einen «Schattenbericht» vor, in dem sie deutlich machte, dass die schwierige gesellschaftliche Situation von Homosexuellen auch das Verhandeln über «sicheren Sex» erschwert. Enttäuschend verlief 2005 die Begegnung mit dem CEDAW-Komitee in New

York, das sich nicht dazu durchringen konnte, in die Empfehlungen für die libanesische Regierung auch die nach Abschaffung des Paragraphen 534 aufzunehmen. Doch Helem, international gut vernetzt, meldete sich 2008 erneut bei CEDAW, diesmal mit einem Schattenbericht über Gewalt gegen lesbische Frauen.



Sonderausgabe des Magazins Barra zu Homophobie

Jedes Jahr gibt es aus Anlass des internationalen Tages gegen Homophobie gezielte Aktionen: Flyer und Plakate werden verteilt, Podiumsdiskussionen veranstaltet, Vorträge über das Bild von Homosexuellen in den Medien gehalten und Dokumentarfilme gezeigt. Helem bringt auch einen Newsletter heraus, abwechselnd auf englisch und auf arabisch, sowie ein zweisprachiges Magazin, Barra. 2006 erschien mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung das erste arabischsprachige Buch über

IN EINER GESELLSCHAFT,
IN DER FRAUEN NICHT
EINMAL DAS RECHT HABEN,
ÜBER IHRE SEXUALITÄT ZU
BESTIMMEN, IST DAS
ENGAGEMENT FÜR LESBEN
VORRANGIG EIN FEMINISTI-
SCHES THEMA.

Homophobie mit verschiedenen Beiträgen und der klaren Aussage, dass nicht der Homosexuelle das Problem ist, sondern die Gesellschaft, die ihm grundlegende Rechte verweigert. Im Jahr 2009 förderte die Stiftung eine weitere Publikation mit dem Titel *Myths on Homosexuality*, die nicht nur in Arabisch und Englisch, sondern erstmalig auch in Armenisch erschien, um die im Liba-

non ansässige armenische Minderheit erreichen zu können. Am 23. Februar 2009 gab es erneut eine Premiere: ein erstes «sit in» gegen Gewalt gegen Minderheiten auf dem Sodeco-Platz. Für die 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer war es ein feierliches Moment, als sie ihre Plakate in den Himmel reckten: «We shall no longer be afraid».

Helem streitet für die Anerkennung von allen LGBT-Gemeinschaften; in einer Gesellschaft, in der Frauen nicht einmal das Recht haben, über ihre Sexualität zu bestimmen, ist das Engagement für Lesben jedoch vorrangig ein feministisches Thema. Deshalb haben vier Frauen im August 2007 Meem (A Community of Lesbian, Bisexual, Transgender, Queer and Questioning Women in Lebanon) gegründet. Ziel war es, einen «sicheren Ort» im Libanon zu schaffen, an dem sich nicht-heterosexuelle Mädchen und Frauen treffen können, wo sie Erfahrungen austauschen und diskutieren können. Inzwischen hat Meem schon fast 300 Mitglieder und mit dem Women House einen solchen Ort. Eine sehr lebendige Website (mit 6.000 Besucherinnen im Monat), ein monatlicher Newsletter, ein vierteljährliches Magazin (*Bekhsos*) zeigen, wie attraktiv diese Gruppe ist und welche Vitalität dieses relativ junge Forum hat.

www.meemgroup.org

www.helem.net

ISRAEL

Wir existieren!

Wer im Internet nach israelischen Araberinnen sucht, die Frauen lieben, wird schnell auf die Homepage von ASWAT stoßen und dort mit «We exist» – wir existieren – begrüßt und dann ausführlich informiert. Araberin in Israel und lesbisch – Frauen mit dieser sexuellen Orientierung sind gleich drei Arten von Diskriminierung ausgesetzt. Treten sie öffentlich auf – wie ASWAT im März 2007 mit der Ankündigung eines Kongresses – schlägt ihnen sogar Hass entgegen. In Presseerklärungen des Islamic Movement war von einem Krebsgeschwür die Rede, dessen Ausbreitung in der arabischen Gesellschaft verhindert, dass «aus der arabischen Kultur eliminiert werden sollte».

Der Kongress fand trotzdem statt, im Cinemateque Auditorium im jüdischen Teil von Haifa. Draußen vor der Tür demonstrierten neben dem Knessetmitglied Abbas Zakour zwei Dutzend Frauen mit Kopftuch und langen, weiten Kleidern und der Botschaft «Gott, wir bitten Dich, diese Lesbierinnen auf den richtigen Weg zu führen». Drinnen wurde das fünfjährige Jubiläum von ASWAT («Stimmen») gefeiert und das erste ASWAT-Buch in arabischer Sprache (*Home and Exile in Queer Experience*) vorgestellt.

Die Frauen von ASWAT klären nicht nur auf, sie unterhalten auch «Empowerment»-Kurse zur Selbstvergewisserung, eine Hotline und einen Interventionsfonds für Frauen in Krisensituationen, einen E-Mail-Verteiler sowie eine Bibliothek. Und sie haben inzwischen guten Kontakt mit ähnlichen Gruppen im Ausland. 2008 bekamen sie den erstmals verliehenen «Go Visible»-Preis, den Ulrike Lunacek, Abgeordnete der Grünen Partei im österreichischen Nationalrat, gestiftet hat.

www.aswatgroup.org



Tel Aviv, 6. Juni 2008: 10. Gay-Pride-Parade mit circa 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern



Jerusalem, 26. Juni 2008: Gay-Pride-Parade mit über 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern unter starkem Polizeischutz



ANGESICHTS POLITISCHER DAUER-
KRISEN SOWIE EINER ZUNEHMEN-
DEN <TALIBANISIERUNG> IN
WEITEN LANDESTEILEN IST
RUKSHANDA NAZ PERMANENTER
BEDROHUNG AUSGESETZT.

Rukshanda Naz

Rukshanda Naz ist Anwältin, Frauenrechtsaktivistin und Mitglied der pakistanischen Menschenrechtskommission. Sie kommt aus einer Familie mit 12 Kindern und hat gelernt, sich durchzusetzen: Mit 15 Jahren trat sie in einen Warnstreik, bis sie eine weiterführende Schule besuchen durfte.

Nach ihrem Jura-Studium arbeitete sie als Anwältin für Familienrecht in Peschawar, der Hauptstadt der besonders rückständigen Grenzprovinz im Nordwesten Pakistans. Da «geschriebenes Recht» dort kaum etwas gilt, Frauen aus dem öffentlichen Raum verbannt werden und «Ehrenmorde» noch üblich sind, wurde die kämpferische Rukshanda Naz zur Hoffnungsträgerin der Frauen.

1990 trat sie der Aurat Foundation bei, einer landesweit arbeitenden NGO, die politische Aufklärung sowie juristischen, psychologischen und medizinischen Beistand für Frauen und Kinder anbietet. Sie eröffnete zudem das erste Women Crisis Center der Nordwestgrenzprovinz, das zu einem Zufluchtsort für Frauen wurde, die unter häuslicher und staatlicher Gewalt leiden. Ihrer Familie dagegen dient sie als Negativbeispiel: Seht ihr, sie hat einen Beruf, aber keinen Mann. Wenn man Rukshanda Naz auf ihre Stärke anspricht, murmelt sie: «Stark und allein».

Angesichts politischer Dauerkrisen sowie einer zunehmenden «Talibanisierung» in weiten Landesteilen ist Rukshanda Naz permanenter Bedrohung ausgesetzt. Beispielhaft sind da ihr unerschrockenes Auftreten und ihre Hartnäckigkeit gerade in den letzten Wochen, wo die Regierung einige Teile ihrer Heimatprovinz den Taliban und deren frauenfeindlichen Interpretationen des Islam kampfflos übergab. ■

Kapitel II.

GESELLSCHAFT GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN

Auf der 4. UN-Weltfrauenkonferenz von Peking (1995) wurden die in den zwei Jahrzehnten zuvor von Frauen und Frauenbewegungen in aller Welt zusammengetragenen Erkenntnisse und Erfahrungen gebündelt und in einer Aktionsplattform umgesetzt. Sie wurde von der Staatengemeinschaft per Akklamation angenommen. Weil Veränderungen in allen Lebensbereichen notwendig sind, ist es ein umfangreicher Katalog geworden. Er verkörpert einen historischen Konsens, denn nie zuvor – und seither auch nie mehr – ist so gründlich über Geschlechterfragen beraten und ein so umfassendes Konzept für Geschlechtergleichheit und -gerechtigkeit beschlossen worden.

Mit der Aktionsplattform wurde die Kategorie «Gender» erstmals in die internationale Politik eingeführt. Mit dem Instrument des Gender Mainstreaming als strategischem Ansatz wurde es im Abschlussdokument verankert. Gender Mainstreaming zielt explizit auf die Dynamik zwischen den Geschlechtern – die Geschlechterrollen und mit ihnen die gesellschaftlichen Verhältnisse sollen verändert werden.

Der Abbau von Ungleichheit und undemokratischen Verhältnissen zwischen den Geschlechtern ist deshalb nicht ausschließlich Frauen-, sondern auch Männersache und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. ■

II.1

GESELLSCHAFT UMGESTALTEN

Gender Mainstreaming ist im Grundsatz ein radikales Konzept. Ernst genommen, durchleuchtet es alle Politikfelder und politische Entscheidungen im Hinblick auf die Wirkungen auf die Geschlechterverhältnisse. Dieser Anspruch von Gender Mainstreaming ist nirgendwo auf der Welt umgesetzt worden.

Die mit Gender Mainstreaming gemachten Erfahrungen sind weltweit von bemerkenswert großer Übereinstimmung. Allenhalben wird eine systematische Kluft zwischen erklärter Politik und deren Implementierung festgestellt: In politischen und öffentlichen Diskussionen und Entscheidungsprozessen zeigt sich, dass die Auswirkungen von politischem Handeln auf Geschlechterverhältnisse noch immer ein Randthema sind. Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe wurde kaum je konsequent in Angriff genommen und oft genug ignoriert. Das gilt – bei allen Unterschieden – für Nord, Süd, Ost und West.

Die Definitionen und Interpretationen von Gender als Kategorie und Gender Mainstreaming als Strategie, Methode und Instrument sind breit gestreut. Die in langen Jahren erarbeiteten Kriterienkataloge, Handbücher und Checklisten für die verschiedenen Institutionen verweisen darauf, wie häufig der Prozess technokratischen Charakter hat. So versandet im bürokratischen Dickicht, was mit genderpolitischem Willen und Nachdruck verfolgt werden müsste.

Und doch gibt es bemerkenswerte Erfolge, das zeigen die Beispiele aus Mexiko und El Salvador – Länder, in denen die Machamentalitäten ja keineswegs gebrochen sind. Zunächst Transparenz und dann eine veränderte Politik – das lässt sich auch mit Gender Budgeting erreichen, vor allen Dingen, wenn es mit partizipativen Verfahren zur Prioritätensetzung verbunden wird.

Neue Instrumente wie Gender-Analysen und Gender Budgets tragen so zu neuen gesellschaftspolitischen Erkenntnissen über die Geschlechterfolgen von Politik bei und schaffen innovative Wissensbestände für Politik und Verwaltung. Geschlechterdifferenzierte Datenerhebung, die neben dem Geschlecht weitere soziale Dimensionen wie zum Beispiel Alter, Klasse, Religion, Einkommen, Behinderung einbezieht, liefert Grundlagen für zielgerichtete Entscheidungen. Solche Daten sind insbesondere dann wichtig, wenn die Gesellschaft Diskriminierung nicht wahrhaben will.

Für all diese Möglichkeiten gibt es inzwischen praktische Beispiele aus verschiedenen Ländern. Die brasilianische Frauenorganisation CRIOLA konnte so dem alltäglich erlebten Rassismus und Sexismus statistisches Gewicht verleihen und diese Daten für ihre Öffentlichkeitsarbeit nutzen. Offenbar braucht es manchmal eine feministische Organisation, damit der Staat und mit ihm die Transportunternehmen auf die Idee kommen, eine Buslinie einzurichten. Die israelische Organisation Kayan hat damit erreicht, dass Frauen eine Arbeit außerhalb des Hauses aufnehmen können und ein Stück (Bewegungs-)Freiheit gewinnen. So werden immerhin Teilstrecken auf dem Weg zu Geschlechtergerechtigkeit hergestellt.

Doch die Karriere von Gender Mainstreaming hat auch eine Kehrseite. Unter Berufung auf Gender Mainstreaming – manchmal nur ein Euphemismus für Untätigkeit – geht die Förderung

von emanzipationsorientierten Frauenorganisationen, -projekten und -programmen alarmierend zurück. Kooptierte, manchmal auch aus dem Ausland überfinanzierte Frauenorganisationen werden zu sozialen Unternehmen umgeformt, die ihren Finanziers mehr Rechenschaft schulden als ihrer Basis. Selbstentfaltung und soziale Gerechtigkeit bleiben dabei auf der Strecke. ■

KAMBODSCHA

Pionierinnenarbeit

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat Frauen aus ganz unterschiedlichen Lebenswelten befragt, wie sie die Situation der Frauen in Kambodscha beurteilen. Alle – die Damen der städtischen Mittelschichten, die auf dem Land mit widrigen Lebensumständen kämpfenden Frauen und die kambodschanischen Mitarbeiterinnen in NGOs, die den Gender-Diskurs ihrer ausländischen Förderer kennen, – sahen die grundsätzlichen Probleme ähnlich: kaum Zugang zu Bildung und deshalb eine hohe Analphabetenrate, wirtschaftliche Abhängigkeit, häusliche Gewalt und hierarchische Geschlechterbeziehungen, die auf traditionellen Rollenstereotypen basieren. Letzteres schließt Frauen auch von einer aktiven Teilnahme an politischen Prozessen aus. Selbst dort, wo Frauen führende Rollen in lokalen Gemeinschaften oder Organisationen einnehmen, sind sie in der Durchsetzung ihrer Rechte stark von Männern abhängig.



Landarbeiterinnen in Kambodscha

Auf der formalen Ebene scheint Gender Mainstreaming in der Regierung angekommen zu sein: Im nationalen strategischen Entwicklungsplan der Regierung und anderen Plänen ist von der Bedeutung von «Gender» die Rede, das Frauenministerium hat einen zweiten Fünfjahresplan verabschiedet und in den vielen Ministerien gibt es «Gender Mainstreaming Action Groups». Doch ein politisches Verständnis fehlt häufig noch. Die meisten Gender-Beauftragten auf Gemeinde-Ebene sammeln Statistiken zu Gesundheit und Hygiene und kümmern sich um sanitäre Einrichtungen.

Es mangelt an einer offenen Diskussion, die zu einer akzeptierten Interpretation und Ausgestaltung der Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit und -demokratie führt. Die Tätigkeit

von mehr als 1.800 lokalen und 500 internationalen NGOs ist eher auf internationalen Druck und Einfluss als auf «Nachfrage an Demokratie» in Kambodscha zurückzuführen. Die kambodschanischen NGOs und die Regierung haben lediglich die Terminologie der ausländischen Geber- und Forschungsindustrie übernommen, Gender wird so oft nur als entwicklungspolitisches Schlagwort gebraucht, ohne dass eine professionelle oder auch persönliche Auseinandersetzung mit den verschiedenen Konzepten stattgefunden hat. Es gibt keine Übersetzung des Begriffs ins Khmer, so dass Gender auch mit Frauen-Empowerment oder dem Kampf gegen häusliche Gewalt gleichgesetzt wird. Vor allem aber wird Gender oft als Anklage gegen das Verhalten von Männern missverstanden.

DAMIT SICHTBAR WIRD,
DASS FRAUEN ETWAS
LEISTEN UND ETWAS ZU
SAGEN HABEN, WERDEN
NETZWERKE GEFÖRDERT,
DIE SICH FÜR EINE
POLITISCHE TEILHABE VON
FRAUEN EINSETZEN.

Trotz der großen Präsenz zivilgesellschaftlicher Gruppen wie lokaler Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist es bisher nicht gelungen, eine ernstzunehmende Kraft zu entwickeln, die in der Lage ist, in der Gesellschaft meinungsbildend zu wirken und die einheimische Öffentlichkeit zu mobilisieren, Politikprozesse effektiv zu beeinflussen. Diese Erkenntnis löst vielfach Frustration aus und führt zur weiteren Zersplitterung innerhalb Kambodschas Zivilgesellschaft. Abstimmung und Koordination sind eher selten und werden aufgrund der umfangreichen finanziellen Unterstützung durch ausländische Organisationen oft auch nicht als notwendig erachtet. Viele der großen lokalen NGOs kranken an einer Art «Starsyndrom»: An der Spitze steht eine charismatische Führungsfigur, hinter ihr gibt es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die kaum gefördert werden und nur wenig allein entscheiden dürfen.

Was kann eine politische Stiftung unter diesen Voraussetzungen tun, um Geschlechtergerechtigkeit zu fördern und zu verankern? Katrin Seidel, die Leiterin des Stiftungsbüros in Phnom Penh, setzt auf mehreren Ebenen an. «Durch Vorstudien und Gespräche mit Frauen und Männern in der Regierung, in lokalen Organisationen und auf der Dorfebene wurden im Bereich Geschlechterpolitik zwei Hauptansätze definiert. Zum einen werden durch Weiterbildungs- und Diskussionsangebote gezielt Frauen unterstützt, die sich aktiv in und für ihre Dorfgemeinschaften einsetzen. Damit steigt nicht nur die Akzeptanz für die Interessen von Frauen, sie werden auch attraktiver für Positionen in den Gemeinderäten. Auf mittlere Sicht trägt das Programm somit direkt zur Stärkung der politischen Teilhabe von Frauen bei. Zum anderen unterstützen wir Individuen und Organisationen darin, generelle Gender-Konzepte für ihre politische Arbeit anzupassen und zu nutzen sowie kreative Kommunikationsstrategien zu erarbeiten, die auch Männer ansprechen. Kambodschanische Organisationen werden damit ermutigt und befähigt, eigenständig Stra-

tegien für die schrittweise Demokratisierung der vorherrschenden, männerdominierten Geschlechterverhältnisse zu entwickeln.»

Um Interessierte anzusprechen, werden im Rahmen der Filmreihe «Gendered Lens» jeden Monat im Meta House in Phnom Penh ein kambodschanischer Beitrag gezeigt, manchmal auch eine Produktion aus Europa oder Asien. Darüber wird anschließend mit den Gästen aus einheimischen und ausländischen Organisationen diskutiert. Die Filmreihe ist ein Versuch, unterschiedliche Formate zu nutzen, um das Thema Gender zugänglicher zu machen. Ein anderer ist die Radioshow zum politischen Empowerment von Frauen und der Film «Bong Srey Saat» («Wunderschöne große Schwester») der Berliner Filmemacherin Nana Yuriko. Bong Srey Saat zeigt ein Kaleidoskop unterschiedlicher kambodschanischer Frauen, die in sehr schwierigen Lebenssituationen durch ihren Mut und ihre Würde inspirieren – sie sind die wahren Heldinnen dieser sich ständig wandelnden Post-Konflikt-Gesellschaft.

Damit sichtbar wird, dass Frauen etwas leisten und etwas zu sagen haben, werden vorhandene nationale Netzwerke gefördert, die sich für eine verstärkte politische Teilhabe von Frauen einsetzen. Im 2005 gegründeten «Committee to Promote Women in Politics» (CPWP) arbeiten sieben Organisationen zusammen, die sich zum Ziel gesetzt haben, bis 2015 den Anteil von Frauen in Kommunalparlamenten von 15 auf 25% zu steigern und im nationalen Parlament von 20 auf 30%. Das Komitee hat inzwischen schon weit mehr als 5.000 Frauen in 13 Provinzen für eine politische Tätigkeit trainiert.

Das Besondere an der Arbeit in Kambodscha sind die Schnittstellen von Gender, Ethnizität und Ressourcenpolitik. Diese Fragestellungen sind gleich in mehrerer Hinsicht brisant, denn korrupte Vergabepraktiken führen zum Ausverkauf von Land und natürlichen Ressourcen. Die sozialen und ökologischen Folgen dieses auf die Interessen einer kleinen politischen und wirtschaftlichen Elite ausgerichteten Entwicklungsmodells werden vor allem von Frauen getragen. Dennoch lässt die Regierung kaum Raum für die Mitbestimmung der ohnehin wenigen Frauen in den Institutionen und zeigt noch weniger Interesse an der Mitsprache von auf Transparenz und Nachhaltigkeit bedachten NGOs. «NGOs versuchen uns zu erzählen, wie wir das aus der Ölförderung gewonnene Geld verwenden sollen, aber das interessiert uns nicht. Was uns interessiert, ist, wie wir unsere Ressourcen in Profite umwandeln können», so Regierungschef Hun Sen im November 2008 in einer Radioansprache. Selbst «frauenfreundlich» aussehende Richtlinien haben in diesem Kontext ihre Tücken.

Saro aus Kambodscha

Saro ist 47 Jahre alt. Ihr Mann verließ sie kurz vor der Geburt ihres fünften Kindes. Als Familienoberhaupt bekam sie vom Staat ein kleines Reisfeld, das ihre Familie ernährt. Erst durch die Studie erfuhr Saro, dass das Land gemeinsam in ihrem und den Namen ihres Mannes registriert wurde. «Ich bin schockiert. Was geschieht, wenn er zurückkehrt und das Land einfordert?»

Dies macht eine Studie zu Frauen und Landregistrierung deutlich. Die Roten Khmer hatten alle Grundbuch- und Katasterunterlagen vernichtet. Deshalb ist die Sicherung von Besitz- und Nutzungsrechten an Land eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung zugunsten der mehrheitlich ländlichen Bevölkerung Kambodschas. Mit Hilfe internationaler Geber, darunter auch Deutschland, initiierte die kambodschanische Regierung Ende der 90er Jahre eine umfassende Landreform. Mehr

als 1,5 Mio. Landtitel wurden seither an private Landeigner vergeben: nach Angaben der Regierung an mehr Frauen als Männer, in 70 % aber gemeinschaftlich als «joint land title» an beide Eheleute. Laut Regierung und Gebern beweist diese Statistik, dass die Rechte von Frauen bei der Landregistrierung gesichert seien.

Die Studie zeigt jedoch, dass die Vergabe von «joint titles» Frauen oft zum Nachteil gerät. Als Fallstudie angelegt, lässt sie Frauen zu Wort kommen, die aufgrund von Geschlechterdiskriminierung und -stereotypen bei der Vergabe von Landtiteln benachteiligt wurden. So wurde das Land vieler Frauen, die seit Jahren von ihren Ehemännern getrennt bzw. geschieden leben, teilweise ohne ihr Wissen als gemeinsamer Besitz registriert. Die Beamten, überwiegend Männer, sind nicht immer gut über die neuen Regelungen informiert und können sich nicht vorstellen, dass Frauen wertvolles Land besitzen.

Die Studie ist eine der ganz wenigen Arbeiten, die die Frage der Landreform in Kambodscha aus der Geschlechterperspektive betrachten. Zwar haben Vertreter des Ministeriums für Landmanagement die Ergebnisse zurückgewiesen, doch Oeng Kantha Pavy, die Frauenministerin und einziges weibliches Kabinettsmitglied, hat zugesagt, die Empfehlungen der Studie zur Sicherung der Landrechte von Frauen weiterzuerfolgen.

Literatur

Mehrak Mehrvar/Chhay Kim Sore/My Sambath: «WOMEN'S PERSPECTIVES: A CASE STUDY OF SYSTEMATIC LAND REGISTRATION», Phnom Penh 2008 (Heinrich-Böll-Stiftung)
«GENDER IMPLICATIONS IN CBNRM: THE ROLES, NEEDS AND ASPIRATIONS OF WOMEN IN COMMUNITY FISHERIES MANAGEMENT IN CAMBODIA. SIX CASE STUDIES IN CAMBODIA» (Phnom Penh, October 2008)

ISRAEL

Ein Bus wird kommen ...

«Sage mir, wie Du Dich fortbewegst und ich sage Dir, wer Du bist» – in dieser Beobachtung einer arabischen Israelin wird sichtbar, welche Bedeutung das Transportwesen für das Leben von Frauen haben kann. Wo kein Bus fährt, fehlt Bewegungsfreiheit.

Das hatte auch Kayan erfahren müssen, eine feministische Organisation, die arabische Frauen zusammenbringt, zu Selbständigkeit ermuntert und zu Engagement befähigt. Doch viele interessierte Frauen konnten an den Treffen nicht teilnehmen, weil es keine Transportmöglichkeiten gab. Und wer nicht zum Frauentreffen kommen kann, kann auch nicht zur Arbeit fahren oder eine Ärztin erreichen.

TRANSPORT HAT ALSO ETWAS MIT SELBSTBESTIMMUNG UND SELBSTENTFALTUNG ZU TUN.

Transport hat also etwas mit Selbstbestimmung und Selbstentfaltung zu tun. Aber kann eine feministische Organisation daran etwas ändern? Kayan kann: Im Rahmen eines auf vier Jahre angelegten Mobilitätsprojektes werden 2009 zehn Dörfer und Städte an das öffentliche Busnetz angeschlossen.

Eine von der Stiftung unterstützte Studie hat 2007 deutlich gemacht, dass die arabischen Siedlungsgebiete von den existierenden Transportverbänden einfach «links liegen gelassen» wurden. Die 40.000 Einwohner der weitflächigen Stadt Umm

al-Fahm zum Beispiel hatten keine einzige Buslinie, die von der Hauptstraße in die Stadt hinein fuhr! Selbst wenn die Familie ein Auto und die Frau einen Führerschein hat, nutzt es fast ausschließlich der Mann; die Frau muss warten, bis ein Mann sie fährt – oder da bleiben, wo sie ist. Dass die Erwerbsbeteiligung von arabischen Frauen so niedrig ist, hat verschiedene Gründe – an fehlenden Buslinien sollte das aber nach dem Willen der Kayan-Feministinnen nicht mehr scheitern.

Deshalb bewegten sie das Transportministerium dazu, etwas zu tun. Im «Steering Committee» saßen sie dann alle zusammen: das Ministerium, die örtlichen Sozialbehörden, die beauftragten Unternehmen, die lokalen Vertreter und eben Kayan für das Projekt – zusammen mit und stellvertretend für die Frauen. Deren Bedürfnisse hatten sie in großen und kleinen Treffen und schließlich in 40 richtigen «Focus Groups» ermittelt, auch Männer duften dort mit diskutieren.

Doch am Ende war der Zeitplan nicht einzuhalten: Bei den Kommunalwahlen im November 2008 wurden acht von neun Bürgermeister*innen nicht wiedergewählt, und die Neuen mussten erst einmal eingeweiht und eingebunden werden. Und selbst eine Zusage vom Bürgermeister bedeutet noch lange nicht, dass am Ende alle mitziehen: Lethargie, Zögern und Mißtrauen mussten überwunden werden. Und schließlich wollten das in Umm el Fahm starke «Islamic Movement» und seine Anhängerinnen mit Feministinnen um keinen Preis etwas zu tun haben.

Trotz der Verzögerungen konnte Kayan Ende Dezember 2008 mit einem Fest und 110 Frauen den erfolgreichen Abschluss des Projektes feiern – sicher, dass alles auf gutem Weg ist. Auf die Frage der Heinrich-Böll-Stiftung, ob denn das Ganze auch «nachhaltig» sei, haben sie mit «Ja» geantwortet, da das Ministerium den Betrieb der Linien ohne zeitliche Begrenzung plane. Nur ob es die Lebensbedingungen der Frauen wirklich verbessere, könne man jetzt noch nicht abschließend sagen, schließlich müssten sie ja erst einmal Bus fahren. Aber einigen Nutzerinnen werde man dann sicher bald ansehen, dass sich in ihrem Leben etwas geändert hat.

www.kayan.org.il

BRASIL IEN

Reich an Erfahrungen und an Kontakten (oder: Mein Körper gehört mir)

SOS Corpo ist eine reiche Organisation – reich an Erfahrungen und reich an Kontakten. Das 1981 gegründete Feministische Institut für Demokratie hat in Brasilien und in Lateinamerika insgesamt eine ganze Generation von Frauen geprägt und feministische Ideale, Konzepte und Kenntnisse verbreitet. Die Frauen von SOS Corpo sind selbst an der Basis tätig, sie kooperieren mit vielen anderen Organisationen, sie entwickeln Konzepte und Strategien, sie zwingen die Regierung zum Handeln und beteiligen sich am internationalen feministischen Diskurs.

Das Zentrum ihrer Tätigkeit ist Recife im armen Nordosten Brasiliens. Schwerpunkt ist dabei die Verbesserung der Gesundheitsversorgung: Familienplanung, Schwangerschaft, postnatale Betreuung von Müttern und Kindern, Umgang mit der Menopause, und Aufklärungskampagnen über HIV/Aids und zur Krebsvorsorge. Im Bundesstaat Pernambuco findet man ihre Publikationen selbst in entlegenen Ortschaften. SOS Corpo hat einen so guten Ruf, dass die Organisation auch medizinisches Personal fortbildet, etwa über den Umgang mit Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind.

Vor allem aber berät und qualifiziert SOS Corpo andere Frauengruppen, etwa aus Stadtteilorganisationen, Kirchen und



Protest gegen die Kriminalisierung von Frauen, die abgetrieben haben

Gewerkschaften, damit diese nicht nur Not lindern, sondern auch Rechte einfordern können. Dabei bedient sich SOS Corpo vieler Mittel: Seminare, sich über längere Zeit erstreckende Fortbildungen, Studien, Broschüren, Videos. Neben der fachlichen Qualifizierung bieten sie auch Organisationsberatung an. Und schließlich streitet SOS Corpo auch dafür, dass die öffentlichen Gesundheitsdienste Frauen und ihre speziellen Bedürfnisse im Blick haben. «Arme Frauen haben jetzt einen besseren Zugang zu medizinischer Versorgung als früher», sagt die Soziologin Maria Betânia Avila, «aber wir müssen wachsam sein, dass das Erreichte nicht verloren geht, zum Beispiel durch Privatisierung».



Maria Betânia Avila

Frau Avila koordiniert nicht nur die Aktivitäten von SOS Corpo, sie ist auch eine wichtige Theoretikerin. Sie dekonstruiert die Geschichte des privaten Lebens so gekonnt, dass philosophische, ideologische, religiöse und politische Traditionen und Positionen auf einmal nicht mehr selbstverständlich erscheinen. Jede Frau soll autonom entscheiden können, wie und mit wem sie leben will, allein getragen vom Respekt für Unterschiede und Diversität. Auch so kann Verbindlichkeit entstehen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet seit 2003 mit SOS Corpo zusammen. Heute ist die Organisation aus Pernambuco ein wichtiger Partner im Bemühen, einen Dialog zwischen verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft zu fördern, die sich mit Biopolitik beschäftigen. Die neuen Technologien in diesem Bereich betreffen Frauen unmittelbar. «Gleichzeitig mit der Diskussion über diese Technologien wird eine alte und schwierige Debatte in der Frauenbewegung wieder aufgenommen», sagt Thomas Fa-theuer, der Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Brasilien. «Dienen neue Technologien der Befreiung der Frauen, etwa, in dem sie sie vom Gebärgang befreien oder Kinder ohne Mann möglich werden?»

Heute stellen sich neue Fragen im Bereich der «reproduktiven Rechte». Die pränatale Diagnostik schreitet voran und stellt Frauen und Familien vor schwierige Entscheidungen. Gibt es ein Recht auf ein «gesundes Kind»? Gibt es gar eine Pflicht für die Frauen, alles zu tun, dass sie kein Kind mit Behinderungen gebären? Die Befruchtung in vitro eröffnet neue Möglichkeiten, um Kinder zu bekommen, aber auch neue Möglichkeiten zur Selektion. Es entwickelt sich ein (in Brasilien illegaler) Markt von Eizellen und Sperma. Spender werden aber nach bestimmten Kriterien (sozialer Stand, Hautfarbe) ausgesucht. Ist das ein Schritt zu einer «liberalen Eugenik»? Diese und andere Fragen der Biopolitik verfolgt die Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit SOS Corpo. Die Frauen in Recife sind dabei wieder auf verschiedenen Ebenen tätig: mit Weiterbildungstätigkeiten zum Thema Körper und Macht, Veröffentlichungen und mit einem nationalen Workshop zu Biomacht und Fortpflanzungstechnologien.

www.soscorpo.org.br

BRASILIEN

Doppelt diskriminiert: schwarze Frauen

«Brasilien ist eine Rassendemokratie!», sagen die einen, «wir diskriminieren niemanden.» «Das ist ein Mythos!», sagen die anderen und verweisen auf Statistiken, die deutlich ausweisen, dass Hautfarbe und Hierarchie zusammenhängen. Brasilien ist ein rassistisches Land, in dem niemand sich als Rassist ansieht, sagen die Meinungsforscher. Die Weißen tun so, als diskriminieren sie die Schwarzen nicht, und die Schwarzen tun so, als werden sie nicht diskriminiert, sagt Mauricio Pestana, Herausgeber von *Raca Brasil* zur Erklärung. «Wir fühlen uns eindeutig diskriminiert», sagen afro-brasilianische Frauen und Männer, die sich gegen den offenen und verborgenen Rassismus wehren.

Die Statistiken sind in der Tat eindeutig: Armut hat in Brasilien eine Farbe, und die ist schwarz. Und schwarze Frauen haben das geringste Einkommen, bekommen nur ein Drittel von dem, was ein weißer Mann verdient. CRIOLA, eine 1992 gegründete Gruppe schwarzer Frauen in Rio de Janeiro, hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, schwarze Mädchen, Teenager und Frauen dazu zu befähigen Agentinnen des Wandels zu werden: gegen Rassismus, Sexismus und Homophobie. Damit eine gerechte, faire und solidarische Gesellschaft wächst, die im Beitrag schwarzer Frauen einen Gewinn für die Gemeinschaft sieht. Über 5.000 Frauen haben sie mit ihren Aktivitäten erreicht, sagen sie stolz.



Das Team von CRIOLA

CRIOLA hat sich für Hausangestellte eingesetzt, meist schwarze Frauen, von denen viele unter unwürdigen Bedingungen arbeiten. Zusammen mit einer kleinen Gewerkschaft und u. a. schwarzen Abgeordneten organisierten sie eine Kampagne für deren rechtliche Absicherung. Mit Erfolg: Inzwischen regelt ein Gesetz Arbeitszeiten und Sozialleistungen. Änderungen in der Steuergesetzgebung begünstigen nun die legale Beschäftigung.

CRIOLA aber leistet noch mehr, ist «zu einer wichtigen Referenz in der Schwarzenbewegung geworden», sagt Thomas Fatheuer, der Büroleiter in Rio de Janeiro, die seit Jahren mit CRIOLA zusammenarbeitet. Lúcia Xavier, die Koordinatorin,

betont, dass CRIOLA dazu beigetragen hat, dass die brasilianische Politik – insbesondere unter Präsident Lula da Silva – eine Reihe von Maßnahmen zugunsten der Afro-Brazilianer ergriffen hat: von der Veränderung der Lehrpläne für die Schulen und Quotenregelungen an Universitäten über spezielle Programme und Behörden bis hin zur Ernennung von vier schwarzen Ministerinnen und Ministern. Damit solche Maßnahmen von «oben» auch «unten» ankommen, begleitet CRIOLA ein neues Programm der Regierung, das speziell auf die Verbesserung der Gesundheitsversorgung schwarzer Frauen gerichtet ist. Ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den institutionellen Rassismus. Den gibt es, so Lúcia Xavier, «nicht nur im Gesundheitswesen, sondern auch in den Schulen und in der Justiz. Deshalb brauchen wir eine andere Demokratie als die jetzige – mit gerechter Einkommensverteilung.»

www.criola.org.br

RUSSLAND

Der feministische Klub als Zentrum

Seit den Wahlen im Dezember 2007 hat sich der Frauenanteil in der Staatsduma von knapp 10 auf 14 Prozent erhöht, ganz überwiegend mit Nachrückerinnen für die in höhere Ämter berufenen Spitzenmänner auf der Liste der Regierungspartei.

Die Rahmenbedingungen für Frauenpolitik sind heute schlechter als in den 90er Jahren. Auf der institutionellen Ebene sind praktisch alle Instrumente einer systematischen staatlichen Frauenförderung während der Präsidentschaft Putins demontiert worden. Der Koordinationsrat für Gender-Fragen im Ministerium für Gesundheit und Sozialentwicklung hat 2007 nur einmal getagt und wurde dann aufgelöst. Die Regierungskommission zur Verbesserung der Lage der Frau, die nach der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 eingerichtet wurde, ist weder 2007 noch 2008 zusammengetreten.

Frauenpolitik wird auf der politischen Ebene nach alten, patriarchalischen Prinzipien und in der Regel von Männern diskutiert und entschieden. Immer stärker wird die «natürliche» Rolle von Frauen als Hausfrauen und Mütter betont. Demographische Überlegungen – Russlands Bevölkerung schrumpft seit Jahren – verstärken die Retraditionalisierung noch.

Ein schwieriges Umfeld, um Themen der Frauenpolitik und Geschlechterdemokratie wieder im politischen Diskurs Russlands zu etablieren, auch für die Heinrich-Böll-Stiftung. Durch die Förderung des Informationszentrums des Unabhängigen Frauenfo-

FRAUENPOLITIK WIRD IN
RUSSLAND NACH ALTEN,
PATRIARCHALISCHEN PRIN-
ZIPIEN UND IN DER REGEL
VON MÄNNERN DISKUTIERT
UND ENTSCHIEDEN.

rum (IZNZhF) in Moskau wurden in den vergangenen sechs Jahren organisatorische Strukturen wieder gestärkt. Das IZNZhF war 1994 von einer Gruppe von Frauen gegründet worden, die nach den ersten beiden (und auch letzten) gesamtrossischen unabhängigen Frauenforen 1991 und 1992 die Kommunikations-

möglichkeiten von Fraueninitiativen untereinander verbessern wollten. Mit dem von der Stiftung initiierten «Feministischen Klub» wurde 2006 ein Diskussionsraum eröffnet, der inzwischen zu einem weithin beachteten Treffpunkt geworden ist. 2006 und 2007 wurde eine Bestandsaufnahme der russischen Frauenbewegung versucht. 2008 begannen die Teilnehmerinnen mit den Vorarbeiten für ein Webportal mit dem Arbeitsnamen «gender.ru», das 2009 online gehen soll. An den gut besuchten, meist thematisch angelegten Treffen, die in der Regel mit Ausnahme der Sommer- und einer kleinen Winterpause einmal im Monat stattfinden, beteiligen sich Frauenorganisationen und feministische NGOs, Frauen aus der Wissenschaft, Journalistinnen und Politikerinnen aus demokratischen Parteien. Der feministische Klub ist der Versuch, durch eine gewisse Verstetigung und Institutionalisierung die fragmentierte und marginalisierte frauenpolitische und feministische Theoriediskussion wieder zu beleben.

UKRAINE

Gender-Marathon

«Alles ist zum Guten zu wenden, wenn man sich und die Gesellschaft, in der man lebt, konsequent ändert» – das ist das Motto der Frauenorganisation Krona in Charkow. Charkow liegt im Nordosten der Ukraine und ist das bedeutendste Wissenschafts- und Bildungszentrum des Landes, außerdem ein wichtiger Industriestandort, Verkehrsknotenpunkt und kulturelles Zentrum des östlichen Landesteils.

Krona ist das stolze Ergebnis einer Fraueninitiative: 1996/97 hat die deutsche Frauenorganisation OWEN (Ost-West-Europäisches Frauennetzwerk) in Charkow einen Kurs für Sozialmanagement veranstaltet. Der wurde für einige der Teilnehmerinnen zur Initialzündung für ein neues Leben: «Wir haben uns geändert», sagen Ljudmila Gusljakowa und Inna Lasaruk, «wir änderten unsere Einstellung zum Leben, wurden selbstsicherer, glaubten an unsere Kräfte und spürten, dass wir anderen helfen mussten.» Noch im Herbst 1996 hatte Inna Lasaruk in ihrem Tagebuch notiert: «Ich habe keinen Job. Mich erwartet der Winter mit langen und kalten Abenden.» Heute ist sie Leiterin von Krona, Ljudmila Gusljakowa ist Koordinatorin des Krona übertragenen Projektes «Gründung und Entwicklung von Bildungszentren für Frauen in der Ukraine».

Die beiden Frauen hatten gleich nach dem Kurs mit einigen anderen Teilnehmerinnen eine Selbsthilfegruppe gegründet und sie zwei Jahre später als «Mutterzentrum Krona» registriert. Daraus wurde in kurzer Zeit das «Bildungszentrum Krona». Und das wiederum ist heute eine auch über die Grenzen von Charkow hinaus bekannte und geschätzte Frauenorganisation und eine strategische Partnerin der Heinrich-Böll-Stiftung.

Die Frauen von Krona haben zunächst das angeboten, was ihnen selbst geholfen hatte: Kurse von mehreren Wochen, die Selbstbewusstsein stärken, Fähigkeiten vermitteln und zu sozialem Engagement ermuntern. Und das hatte auch bei anderen Erfolg: Es wurden Selbsthilfeinitiativen gegründet, drei Teilnehmerinnen haben 2002 zum Bezirks- und Stadtrat kandidiert. Gewählt wurden sie nicht, aber gestellt hatten sie sich. Bald wurde auch in einem eigenen Medium über solche Erfahrungen reflektiert: in der Zeitschrift *Ich*, einer Einladung an alle Frauen, die bereit sind, den Weg der Selbstentfaltung einzuschlagen, so die Gründerinnen der Quartalsschrift über deren Aufgaben. Sie erscheint heute in einer Auflage von 3.000 Stück und wird gezielt auch in Parlament und Politik verteilt.

2004 begann für Krona eine neue Phase. Zu Training und Fortbildung kam öffentliches Engagement hinzu: durch Veranstaltung von runden Tischen, Sommerschulen und gesellschafts-

politischen Diskussionen. Und das schnell über Charkow hinaus, mit Teilnehmerinnen aus verschiedenen Regionen des Landes und in anderen Städten. Durch die Förderung der Heinrich-Böll-Stiftung und die zunehmenden internationalen Kontakte wurde aus dem Aufbruch der Frauen mit der Zeit Gender-Politik. Zu den erfolgreichsten Veranstaltungen zählte 2006 der Gender-Marathon «Ukrainischer Weg zur Geschlechterfreiheit» mit Veranstaltungen in vier Städten. Ziel war u. a., das gerade verabschiedete Gleichstellungsgesetz bekannter zu machen.

Die ukrainische Regierung wurde durch den EU-Ukraine-Aktionsplan formal zur Einbindung von Geschlechtergleichstellung in alle Politikfelder verpflichtet. Doch es fehlt an politischem Willen, an Instrumenten und an Kontrollmechanismen. «Bedaauerlicherweise wiegen die konservativen Gewohnheiten der ukrainischen Politik schwerer als die proeuropäischen Slogans und Erklärungen», schrieben die Krona-Frauen 2006 an die Heinrich-Böll-Stiftung. Acht Prozent Frauen gibt es im Parlament, auf regionaler Ebene ist es etwas und auf der lokalen Ebene deutlich besser.



Workshop zum Einfluss von Frauen-NGOs

Dr. Oksana Kisselyova, Präsidentin des Instituts für liberale Gesellschaft (Kiew), die im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung 2006 eine Studie über frauenpolitische Aktivitäten in der Ukraine verfasst hat, bestätigt die Beobachtungen der Krona-Frauen: «Der Weg zur Gender-Revolution in der ukrainischen Politik ist noch weit. Die Aufnahme von Frauen in die Parteilisten muss v. a. als formaler Schritt gewertet werden. Durch die Listenbesetzung mit berühmten Schauspielerinnen, Sängerinnen und Moderatorinnen erhofften sich die Parteien einen höheren Popularitätsgrad. Mit der Anerkennung von Frauen als politische Partnerinnen hat dies allerdings wenig zu tun.»

Doch bei Krona sieht man auch die Chancen des neuen Gesetzes und der anschließend dazu erlassenen Verordnung. «Die heutige Situation beginnt, sich zu Gunsten der Gender-Politik zu verändern» schrieben sie 2007 an das Regionalbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau, das sie berät und betreut. Seit 2007 ist Krona in das dort koordinierte Regionalprogramm «Geschlechterdemokratie/Frauenpolitik» und damit in die länderübergreifende Zusammenarbeit der Frauenorganisationen einbezogen.

www.krona.org.ua

GEORGIEN

Keine Zeit für die Demokratie

«Bei uns werden doch die Männer auf Händen getragen» – das war das Fazit einer georgischen Frau bei einer Veranstaltung des Büros Tiflis der Heinrich-Böll-Stiftung. Das Ende der Sowjetunion, die für sich stolz in Anspruch genommen hatte, «die Frauenfrage» so gut wie gelöst zu haben, weil die allermeisten Frauen berufstätig waren und ein gehöriger Anteil öffentliche Ämter hatte, lag da gerade erst fünfzehn Jahre zurück. Doch mit dem Beginn der Transformation mit dem deklarierten Ziel von Demokratie, Marktwirtschaft und Nationalstaat war auch eine selektive Rückbesinnung auf Tradition, Religion und Geschichte verbunden, die zu Lasten der Gleichberechtigung der Geschlechter ging. Auch die «Rosenrevolution» vom 23. November 2003 hat daran nichts geändert.

Dabei hatten Frauen Georgiens schon vor der Eingliederung in die Sowjetunion Bildungseinrichtungen für Frauen und Mädchen betrieben und sich in Organisationen zusammengeschlossen. Und ganz Wagemutige hatten damals schon in der Schweiz studiert. Als 1989 sowjetische Soldaten mit Waffengewalt gegen Demonstranten vorgingen, da waren von den 20 Toten die meisten weiblich – weil Frauen und Mädchen sich in großer Zahl an den Protesten beteiligt hatten.

Warum Frauen aus dem öffentlichen Lebens weitgehend verschwunden sind, untersuchte die georgische Soziologin Tamara Sabedashvili. Zum einen wirkte die sowjetische Propaganda noch nach, zum andern haben die Frauenorganisationen es nicht verstanden, deutlich zu machen, dass zur Demokratisierung auch die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen gehört. Die Frauen hatten zudem die Lasten des Übergangs zu tragen, etwa der Privatisierungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen. Viele Frauen geben an, dass sie die Alltagsprobleme so absorbierten, dass für gesellschaftliches Engagement kein Raum bliebe. Auf Seiten der Politik fehlt es an Interesse und Willen, etwas zu ändern, in der Bevölkerung sind traditionelle Vorstellungen vom Wesen und der Rolle der Geschlechter so weit verbreitet, dass von dort kein Druck entsteht. Dass im Umfeld der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 und erneut 2006 eine Reihe von Initiativen entfaltet und Gleichstellungsgesetze verabschiedet wurden, ist eher dem internationalen Umfeld und dem Bedürfnis der Regierung geschuldet, sich an den Westen anzulehnen.

Zwar hat Georgien – und haben auch die beiden anderen Länder des Südkaukasus – die UN-Konvention CEDAW unterzeichnet und ratifiziert, doch sind die Fortschritte sowohl de jure und vor allem de facto längst nicht zufriedenstellend. Die Rechte von Frauen sind per Gesetz nur unzureichend geschützt, und in der aktuellen Politik, den Medien und der öffentlichen Debatte kommen Anliegen von Frauen so gut wie nicht vor.

Hinzu kommt, dass durch die starke innenpolitische Polarisierung zwischen Regierung und Opposition und das Fehlen systematischer programmatischer Planung der Parteien sogenannte «soft issues» wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen noch weiter in den Hintergrund gedrängt werden. Für November und Dezember 2007 geplante Veranstaltungen zum Thema «Geschlechterdemokratie» mussten abgesagt werden, da die Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Parteien nicht mehr bereit waren, gemeinsam zu diskutieren.

Damit mehr Frauen kandidieren – 2006 waren lediglich 9,4 Prozent der Abgeordneten weiblich –, hat das Internationale Frauenbildungszentrum Tiflis 2007 409 Frauen und vier Männer (letztere hatten auf Teilnahme gedrängt), zu Seminaren über innerparteiliche Demokratie, kommunale Selbstverwaltung und den gesetzlichen Grundlagen für Gleichberechtigung eingeladen. Kandidiert haben 2008 auch mehr Frauen, aber gewählt wur-

den am Ende nur wenige. Mit nur 6,0 Prozent Frauen im Parlament rangiert Georgien auf Platz 122 in der Weltrangliste. Diese Rückentwicklung ist aber verknüpft mit einer sich andeutenden stärkeren Rolle des Parlaments.

Tamara Sabedashvili zitiert auch Befragungen, nach denen Männer und Frauen glauben, dass Männer die besseren Politiker wären. Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet deshalb an verschiedenen Stellen mit daran, die wieder deutlich artikulierten Rollenvorstellungen zu hinterfragen.

Bei den Minderheiten des Landes ist der Frauenanteil im Parlament noch geringer. Um ihre spezifischen Probleme deutlich zu machen, wurde ein Dokumentarfilm mit aserbeidschanischen und armenischen Frauen gedreht und in fünf Sprachversionen – Georgisch, Armenisch, Azeri, Russisch und Englisch – produziert. Auf dem Internationalen Filmfestival in Tiflis 2007 wurde er gleich mehrfach gezeigt und danach von regionalen und nationalen Fernsehsendern ausgestrahlt.

Weitere Informationen

Tamara Sabedashvili: «GENDER AND DEMOCRATIZATION: THE CASE OF GEORGIA 1991–2006»

HBF Survey and Policy Papers Issue 1, Tbilisi 2007

www.georgien.boell-net/de/web/42.html

POLEN

Ein Schritt vor, zwei zurück

In den Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union nahmen die «neuen» Mitgliedsstaaten Antidiskriminierungsnormen und Gleichstellungsstandards der EU an und verpflichteten sich, diesen im Alltag Geltung zu verschaffen. Trotz der im Wesentlichen zufriedenstellenden Gesetzgebung stößt die Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Alltag nach wie vor auf Barrieren und auf Widerstand. In der Ukraine steht sogar der Prozess der Anpassung des nationalen Rechts an die europäischen Standards noch am Anfang.

Und manchmal geht es nach einem Schritt vor auch zwei zurück: So hat die Kaczynski-Regierung in Polen 2006 das Amt für Chancengleichheit von Frauen und Männern einfach aufgelöst. Der Nachfolger Tusk hat die Gleichstellungsbeauftragte zwar wieder ins Amt berufen, allerdings ohne klare Kompetenzzuweisung und ohne Konsultation mit Frauenorganisationen. Die politische Rhetorik der Parteien sieht in Frauenpolitik vor allem Familienpolitik; die feministischen Organisationen des Landes werden oft ignoriert und sind auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen.

Das Regionalbüro Warschau, zuständig für die geschlechterpolitische Arbeit in Polen, Tschechien und Slowakei, lässt jedes Jahr von seinen Partnerorganisationen einen Bericht über den Stand der Dinge erarbeiten. 2007 informierte die Organisation Gender Studies (Tschechische Republik) über das mangelnde Angebot von Tagesstätten für Kleinkinder, Aspekt (Slowakei) untersuchte die Kluft zwischen Männer- und Frauenlöhnen, die Stiftung Feminoteka (Polen) ging der Frage nach, ob den gegen Gewaltanwendung gerichteten Gesetzen im Alltag Geltung verschafft wird, und das Liberal Society Institute (Ukraine) lieferte einen Bericht über die Geschlechtergleichheitsstandards in der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

2008 hatten alle vier ein gemeinsames Thema: inwieweit Aspekte der Geschlechtergleichstellung in Schulen, Lehrplänen, Lehrbüchern und während des Unterrichts berücksichtigt werden. Von systematischer Berücksichtigung, wie das Gender Mainstreaming es verlangt, kann keine Rede sein. Im Gegenteil: In Schulen wird meistens die stereotype traditionelle Aufteilung in Männer- und Frauenrollen verfestigt. Und das schlägt sich dann in der

Wahl der Studienrichtung durch Schülerinnen und Schüler in den Oberschulen nieder: Junge Frauen votieren eher für humanistische und junge Männer oft für technisch-naturwissenschaftliche Studiengänge. Der Unterricht wird überwiegend von Lehrerinnen erteilt, aber als Schuldirektor amtiert in der Regel ein Mann. Im gemeinsamen Vorwort zum Bericht wagen Agnieszka Grzybek und Agnieszka Rochon, die Gender-Koordinatorin und die Büroleiterin in Warschau, sogar die These, dass es in diesem Kontext keinen Unterschied macht, ob ein Land zur EU gehört oder, wie die Ukraine, nur an sie angrenzt.

Ob der jüngste Entwurf einer Antidiskriminierungsrichtlinie der EU geeignet ist, die Gleichbehandlung zu gewährleisten, diskutierten Frauen auf zwei Veranstaltungen der Büros in Warschau und in Prag. Erstmals in Mittel- und Osteuropa, so Agnieszka Rochon, wurde Gender Mainstreaming öffentlich einer kritischen Analyse unterzogen: im Oktober 2008 erst auf einer Podiumsdiskussion mit Barbara Unmüßig und im Dezember 2008 dann mit einer detaillierten Publikation. Dabei zeigte sich, dass ein sehr verkürztes Verständnis und nur punktuelle praktische Bemühungen diesem Konzept seinen radikalen Charakter genommen haben. Deshalb präsentierten die Autorinnen aus Polen, der Slowakei, Tschechien und der Ukraine am Ende auch eine lange Liste von Empfehlungen, wie das Potential besser zu nutzen wäre.

Literatur

Heinrich-Böll-Stiftung: «GENDER ISSUES 2008: GENDER-SENSITIVE EDUCATION IN THE CZECH REPUBLIC, POLAND, SLOVAK REPUBLIC AND UKRAINE», Warszawa 2008

Heinrich-Böll-Stiftung: «GENDER MAINSTREAMING: HOW CAN WE SUCCESSFULLY USE ITS POLITICAL POTENTIAL», Warszawa 2008

www.boell.pl

EL SALVADOR

Geschlechterdemokratie: Ein Beispiel, das Schule macht

Seit dem Ende des Bürgerkriegs (1992) ringen das rechte (ARENA) und das linke (FMLN) politische Lager bei Wahlen um Einfluss. Dabei hat sich die ehemalige Befreiungsfront FMLN bei den nationalen Wahlen bis 2009 nicht durchsetzen können,

DAS KONZEPT DER GESCHLECHTERDEMOKRATIE WAR IN DER SALVADORENISCHEN FRAUENBEWEGUNG KEINESWEGS UNUMSTRITTEN.

aber von 1997 bis 2009 im Rathaus der Hauptstadt San Salvador regiert. Dr. Hector Silva, Bürgermeister von 1997 bis 2003, hatte schon als Kandidat eine «Frauenplattform» unterzeichnet. Unter seiner Regie verabschiedete der Stadtrat 1999 ein Konzept für Gleichstellung der Geschlechter. Obwohl eine Reihe von Initiativen ergriffen und Frauen in Führungspositionen berufen wurden, ging es nur langsam voran. Nachdem die Heinrich-Böll-Stiftung eine Studie zur Personalpolitik unterstützt und konkrete

Vorschläge gemacht hatte, nahm die geschlechterdemokratische Umgestaltung der Stadtverwaltung aber Fahrt auf.

Anfangs war nur geplant, den Frauenanteil in der Verwaltung drastisch zu erhöhen. Bald wurden Gender-Kriterien aber sogar in die Ausschreibungen und Arbeitsplatzbeschreibungen der Stadtverwaltung aufgenommen und individuelle Haltungen und Ansprüche der Beschäftigten offen diskutiert. Auch ein Verfahren zum Umgang mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz wurde eingeführt. Schließlich ließ sich die Stadtregierung davon überzeugen, dass eine geschlechtersensible Politik nicht nur den Frauen, sondern auch der Stadtverwaltung selbst zugute kommt. Der weibliche Anteil in leitenden Positionen ist in vier Jahren von 12 auf 48 % gestiegen. Auch die Zahl der Frauen in den so genannten klassischen Männerdomänen (z. B. städtisches Sicherheitskorps, Bau und Dienstleistungen) hat sich um 25 bis 35 % erhöht. Geschlechterspezifische Aspekte sind nunmehr in 90 % der operativen Planungsunterlagen der Stadtregierung zu finden. Und auch die Budgets wurden entsprechend verändert, denn, so Rosalía Jovel, die für die Heinrich-Böll-Stiftung diesen Prozess begleitet hat, «ein Plan ohne entsprechendes Budget ist nicht mehr als ein Zeugnis guter Absichten».



Workshop zur Geschlechtergleichstellung im Justizwesen

Das Konzept der Geschlechterdemokratie war dabei in der salvadorensischen Frauenbewegung keineswegs unumstritten. «Aber wir sind ja dazu da, Konzepte einzubringen, an denen die Debatte nicht vorbei kann», sagt Silke Helfrich, damals Büroleiterin für Mexiko und Zentralamerika. Der Erfolg war am Ende so durchschlagend, dass auch andere sich dafür interessierten. Für Julia Evelyn Martínez, Gender-Beauftragte des United Nations Development Program (UNDP) war das Projekt «schlicht das, was wir im UN-Jargon «best practice» nennen». Sie bot ihre Unterstützung zur nationalen und internationalen Erweiterung des Projektansatzes an.

Nachdem die konservative ARENA-Partei die Wahlen in der Hauptstadt San Salvador Anfang 2009 knapp gewonnen hat, wird sich zeigen, ob die geschlechtersensible Neuausrichtung auch unter der neuen politischen Führung Bestand haben wird. In der Stadtverwaltung herrscht Unruhe; ein Teil der Angestellten in dem ideologisch noch immer polarisierten Land möchte nicht für den ARENA-Bürgermeister arbeiten; umgekehrt hat sich unter den Bürgerinnen eine neue Bewegung formiert (Frauen – Schöpferinnen von Leben und Frieden), die von außen darauf hinwirken wollen, dass die erreichten Fortschritte nicht rückgängig gemacht werden oder mangels Interesse und Engagement erodieren. Norman Quijano, der frisch ins Amt gewählte Bürgermeister, hat immerhin erklärt, dass er nicht auf Instrumentarien verzichten wolle, die sich in der Vergangenheit als nützlich erwiesen haben. Und genau darauf hatte man ja bei der Einführung der geschlechterdemokratischen Umgestaltung Wert gelegt.

Außerhalb der Stadt machte das Beispiel längst Schule: Inzwischen arbeiten auch andere Organisationen wie zum Beispiel das Verbraucherschutzzentrum in El Salvador und kuba-

nische NGOs entlang des partizipativen Ansatzes der Organisationsentwicklung aus geschlechterdemokratischer Perspektive. Seit 2007 unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung – gemeinsam mit dem United Nations Population Fund (UNFPA) und dem United Nations Development Fund for Women (UNIFEM) – den Obersten Gerichtshof in El Salvador. Auch dort hatte es schon eine Gender-Stabsstelle und eine Gender-Kommission aus sechs Richtern gegeben, aber die Einrichtung solcher Posten und Gremien ist bestenfalls ein erster Schritt. Mit der Förderung wird nun systematisch an der Umsetzung der Geschlechterdemokratie gearbeitet. In 51 regionalen und 15 thematischen Workshops haben Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus allen Hierarchie-Ebenen des Obersten Gerichtshofes eine «institutionelle Politik der Gleichheit der Geschlechter» erarbeitet und einen Aktionsplan für die nächsten fünf Jahre (2009–2013) aufgestellt.

www.boell.de

MEXIKO

Menschenrechte ohne Macho-Manieren

Menschenrechtsverletzungen an Frauen sind andere als die an Männern. Wer das weiß, kann differenzierter auf die unterschiedlichen Schutzbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eingehen. Die Institutionalisierung von Gender Mainstreaming in der Menschenrechtskommission in Mexiko Stadt (CDHDF) ist deshalb ein zentrales Projekt. Die 1996 gegründete Frauenorganisation Equidad de Género ist in vielen Themenfeldern zu Hause, versteht etwas von Organisationsentwicklung und ist gut vernetzt. Beste Voraussetzung, die Kommission sowohl inhaltlich als auch organisatorisch zu beraten.

Man hatte sich gleich zu Anfang darauf verständigt, eine doppelgleisige Strategie zu verfolgen: ein Programm für die ganze Kommission, in das Repräsentanten aller Abteilungen eingebunden sind, und einzelne Arbeitsvorhaben nach Bedarf. Equidad de Género reagiert flexibel auf die Bedürfnisse der Kommission, etwa nach Schulungen für einzelne Abteilungen, und regt auch selbst Veränderungen an, wie etwa einen Leitfaden für den Sprachgebrauch mit Gender-Perspektive. Immer wieder wird gemeinsam reflektiert, 2008 wurden zum Beispiel die wichtigsten Arbeitsunterlagen durchgesehen und überarbeitet.

Gender Mainstreaming ist inzwischen fester Bestandteil der institutionellen Struktur und der Routine der Kommission geworden. «Es ist beeindruckend zu sehen, wie die Arbeit von Equidad de Género die gesamte Menschenrechtskommission umgerekelt hat.» sagt Ingrid Spiller, Leiterin des Regionalbüros Mexiko und Zentralamerika der Heinrich-Böll-Stiftung. «Mit der Einführung von Gender Mainstreaming wurden neue, geschlechterspezifische Programme ins Leben gerufen, der Haushalt wird inzwischen unter Gesichtspunkten der Gender-Gerechtigkeit (Gender-Budgets) aufgestellt, und sogar die institutionelle Struktur wurde verändert.» Nach vier Jahren der Zusammenarbeit hat sich die Kommission 2007 schriftlich und öffentlich zur Übernahme einer geschlechterspezifischen Politik verpflichtet. «Die Geschlechterperspektive ist bereits ein Werkzeug für die institutionelle Entwicklung der Kommission geworden», sagte Dr. Emilio Alvarez Icaza, der Vorsitzende bei diesem Anlass. Sowohl die Offenheit und Bereitschaft der Kommissionsmitglieder, festgefahrene Strukturen aufzulösen, als auch die jahrelange konsistente Arbeit von Equidad de Género haben dazu beigetragen. Damit das alles auch so bleibt, läuft die Betreuung durch die starken Frauen von Equidad de Género noch einige Zeit weiter.

www.equidad.org.mx

ISRAEL

Analyse und Anwaltschaft für die Armen

Ohne Adva würde der Trend der wachsenden Ungleichheit zwischen Arm und Reich, zwischen Juden und Arabern, zwischen Zentrum und Peripherie bei Bildung, Gesundheit und Löhnen unbestritten und unvermindert weitergehen. Ohne Adva würden die Bedürfnisse von Frauen sich nicht in Budgetzuweisungen niederschlagen, und den am stärksten benachteiligten sozialen Gruppen – die äthiopischen Israelis und die Beduinen-Israelis – würde ein strategischer Anwalt fehlen. Ohne Adva würde das Phänomen der zunehmenden Zahl von Arbeiterinnen und Arbeitern mit niedrigen Löhnen und unzureichender sozialer Absicherung weniger öffentliche Aufmerksamkeit finden.

Eine Organisation, die in ihrem Jahresbericht so über sich selbst schreibt, streicht entweder ihre Verdienste über Gebühr heraus – oder sie muss verdammt gute Arbeit leisten und hohe Anerkennung genießen. Auf Adva trifft letzteres zu, nachzuvollziehen auf der Webseite www.adva.org, die jeden Tag von 1.000 Menschen besucht wird. Durchschnittlich 15 mal im Monat wird Adva in der Presse zitiert, dazu gibt es 80 Auftritte in Funk, Fernsehen und im Internet. Adva-Publikationen gehören zur Standardlektüre für Sozialwissenschaftler und Sozialarbeiter. Weil Adva so erfolgreich ist, denken viele Israelis, dass es sich um eine große Einrichtung handeln muss; tatsächlich wird die Arbeit von acht bis zehn Personen geleistet, manche davon teilzeitbeschäftigt, und das Budget beträgt nicht einmal eine halbe Million US-Dollar.

Der 1991 gegründete Think Tank arbeitet seit vielen Jahren mit Budgetanalysen, um die Knesset und die Öffentlichkeit dazu zu bewegen, genau hinzuschauen, wo das Geld hingeht und was die Verteilung für Folgen hat. 2004 hat Adva das «Women's Budget Forum» initiiert, eine Koalition von 30 jüdischen und arabischen Frauen- und Menschenrechtsorganisationen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, Gender-Mainstreaming in der Budgetplanung und -abstimmung zu verankern und – zugunsten von Frauen – für spezifische Änderungen zu streiten.

Die einmal im Jahr stattfindenden Gender-Budget-Konferenzen dienen der eigenen Fortbildung und der Beeinflussung von Abgeordneten und Beamten. Jedes Jahr gibt es ein spezifisches Thema und einen besonderen Gast aus dem Ausland. 2008 ging es um die Erwerbstätigkeit von Frauen: Während 56 % der jüdischen Frauen in Israel berufstätig sind, sind es bei den arabischen nur 18 %. Und es wird nicht nur der neueste Forschungsstand analysiert, es wird auch – typisch für Adva in Tel Aviv – nach «Best Practice»-Beispielen gesucht.

www.adva.org

PALÄSTINA

Gender Budgeting auf kommunaler Ebene

Der Anstoß erfolgte 2007 auf einer internationalen Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung in Amman: Beim Austausch über ihre Erfahrungen im Kampf um eine gendersensitive Gestaltung öffentlicher Haushalte fiel den Teilnehmenden aus vielen arabischen Ländern auf, dass es zwar Bemühungen auf nationaler Ebene gibt, diese in den Kommunen zumeist aber fehlen.

Dies gilt auch für Palästina. Deshalb entwickelte das Stiftungsbüro in Ramallah 2008 in Kooperation mit MIFTAH, einer angesehenen palästinensischen Nichtregierungsorganisation, ein Konzept für ein sechsmonatiges Pilotprojekt auf kommunaler Ebene. MIFTAH steht für Palästinensische Initiative für globa-

len Dialog und Demokratie und wird von Hanan Ashrawi geleitet, der bekanntesten palästinensischen Politikerin.

Der Zeitpunkt war günstig, denn unter den frisch gewählten Gemeindevertretern waren relativ viele Frauen (18 bis 20 Prozent). Als Ort wurde Bir Zeit ausgewählt, eine kleine Universitätsstadt nahe Ramallah. Der Bürgermeister, Dr. Youssef Naser, ist ein für Neuerungen aufgeschlossener Wirtschaftsprofessor. Und im Stadtrat sitzen Dr. Somaia Sayej und Nuha Abdallah – zwei starke Frauen, die von MIFTAH im Wahlkampf unterstützt worden waren.

Der Bürgermeister und die beiden Stadträtinnen ließen sich schnell zur Mitarbeit bewegen.

Ratsmitglieder und Verwaltungsangestellte lernten in mehrtägigen Workshops zunächst Gender-Konzepte kennen und nahmen sich anschließend ihren Gemeindegut vor: Nach einer Analyse unter Gender-Gesichtspunkten wurden für das nächste Budget Veränderungsvorschläge entwickelt. Und noch etwas war neu: eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit Frauen-NGOs.

Aus den gewonnenen Erfahrungen entstand ein Handbuch, das als Anstoß und Anleitung für gendersensitive Reformen in den Haushaltsverfahren anderer Kommunalverwaltungen dienen kann. 500 Exemplare wurden gedruckt und an Gemeinderäte und NGOs verteilt. In drei Kommunen – im Norden, in der Mitte und im Süden der West Bank gelegen – wurde in öffentlichen Veranstaltungen über das Konzept und die Erfahrungen informiert; zwei von ihnen zeigten Interesse und Bereitschaft, ebenfalls einen gendersensiblen Haushalt zu erarbeiten.

Das ist um so bemerkenswerter, als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von MIFTAH sich immer wieder anhören mussten, dass es in der West Bank nun wirklich andere, prioritäre Probleme gebe, etwas bei der Infrastruktur. Im Gaza-Streifen konnte aufgrund der politischen Situation nicht mal das Konzept vorgestellt werden.



Gender-Konferenz von MIFTAH und Heinrich-Böll-Stiftung

In Bir Zeit aber hat sich etwas verändert: Dort will man mehr Frauen in der bislang von Männern dominierten Stadtverwaltung beschäftigen. Es wird auch überlegt, eine Frau für die Einziehung der Gebühren («money collector») einzustellen, um die Frauen in ihren Häusern ansprechen zu können. In der Beschwerdestelle soll in Zukunft eine Frau sitzen, damit Frauen dort eher vorsprechen und ihre Anliegen vorbringen können. Und der Bürgermeister wirbt inzwischen in anderen Bezirken bei seinen Kollegen und den Ratsmitgliedern für das neue Instrument.

Damit der neue Schwung in die richtigen Bahnen gelenkt wird, steht MIFTAH der Stadt weiterhin mit Rat und Tat zur Seite.

www.miftah.org

II.2

MEIN BILD GEHÖRT MIR

Im Medienbereich erweist sich Gender Mainstreaming als besonders schwierig. Von Anzeigeneinnahmen (mehr) und Verkaufserlösen (weniger) abhängig, schielen kommerzielle Publikationen und Sender auf den vermuteten oder tatsächlichen Massengeschmack und bedienen ihn mit sexistischen Darstellungen und sensationsorientierten Berichten über Geschlechterverhältnisse. Immer wieder wenden sich Frauen gegen solch verzerrende, Geschlechterstereotype verstärkende Blätter – mit nur geringem Erfolg. Deshalb sind im Rahmen des frauenpolitischen Aufbruchs der letzten 30 Jahre feministische Medien, meist Zeitschriften, entstanden, die sich am Rande eines schwierigen Marktes zu behaupten suchen und ohne finanzielle Zuwendungen meist nicht auskommen.

Weil aber auch in den Medien nicht alles unverändert geblieben ist, etwa weil mehr Frauen dort tätig sind und Berichterstattung über «Frauen»-Themen von Zeit zu Zeit «Konjunktur» hat, gibt es auch Netzwerke von Journalistinnen und (ein paar) Journalisten, die eine sachgerechtere und emanzipationsorientierte Berichterstattung praktizieren und propagieren. ■

NAMIBIA

Die Schwester ist von Anfang an dabei

Sister Namibia hat ihr Land vom 1. Tag der Unabhängigkeit an begleitet. Die Gründerinnen wussten, dass die Gleichstellung in Namibia aller revolutionären Rhetorik der neuen Machthaber zum Trotz im Alltag noch erstritten werden muss. *Sister Namibia* will den Frauen des Landes dabei schwesterlich zur Seite stehen. Alle zwei Monate kommt das Blatt heraus – mit Lebenszeugnissen, Veranstaltungsberichten, Rechtstipps, Porträts und literarischen Zeugnissen. Männer sind ausdrücklich zur Lektüre eingeladen, seit Dezember 2007 wird *Brother Namibia* auf den letzten Seiten meist auch direkt angesprochen. Die Schwester macht aus ihren feministischen Überzeugungen keinen Hehl und Elizabeth Khaxas und Liz Frank, die beiden starken Frauen hinter *Sister Namibia*, aus ihrer lesbischen Orientierung auch nicht.

Getragen von dem Anspruch, alle Frauen und möglichst viele Männer im Land anzusprechen, werden jeweils 10.000 Exemplare gedruckt und ganz gezielt und sehr umsichtig verteilt. Man kann das Blatt in ausgewählten Buchläden und Supermärkten kaufen, bei NGOs und sogar im Flüchtlingslager bekommen, in den Bibliotheken einsehen, in den Schulen damit arbeiten. Für die Meinungsbildung wichtige Personen in Parlament und Regierung werden einzeln beliefert, Ministerien und NGOs bekommen Exemplare zum Weitergeben. Und auch die Gefängnisverwaltung erhält Ausgaben zum Verteilen. Liz Frank, die gegenwärtige Chefredakteurin, weiß sehr genau, dass ein waches Auge auf und viel Zeit für den Vertrieb einer Zeitschrift für deren Erfolg mindestens so wichtig sind wie der Inhalt. Ständig wird nach neuen und kostengünstigen Wegen gesucht, das Blatt im ganzen Land unter die Leute zu bringen. «Die meisten Menschen in Windhoek, von Taxi-Fahrern bis zu Hotelangestellten, kennen die Zeitschrift

und bringen sie gleich mit den Rechten von Frauen und von sexuellen Minderheiten in Verbindung», heißt es in einer Evaluierung der Arbeit von «Sister Namibia».



(o) Demonstration für das Gleichstellungsgesetz, März 2002

(u) Demonstration für gleiche Rechte von Lesben

Sister Namibia stellt sich den Problemen des Landes, klärt unermüdlich auf über HIV/Aids und prangert die endemische Gewalt gegenüber Frauen an. Die Zeitschrift dient auch als Vehikel für Kampagnen, zu einer angemessenen politischen Beteiligung (50/50) und jetzt für das Recht auf sexuelle Autonomie (50/50 im Schlafzimmer!), eine feministische Antwort auf HIV/Aids und sexuelle Gewalt. Liz Frank erklärt die hohe Gewaltbereitschaft mit den nicht bearbeiteten Traumata des Befreiungskrieges, der fehlenden Versöhnung und den enttäuschten Erwartungen nach der Unabhängigkeit: «Von Frauen gewaltsam Besitz zu ergreifen verleiht diesen Männern ein Gefühl von Macht und Kontrolle.»

Im Jahr 2009 wird *Sister Namibia* 20. Das wird mit einer Dokumentation gewürdigt und mit einem Fest gefeiert. Die Heinrich-Böll-Stiftung ist dabei.

sister@iafrica.com.na

MEXIKO

Softer Feminismus über die Massenmedien

Auf der Klingel neben der roten Tür steht nicht einmal ein Name, aber jeder, der hierher kommt, weiß, dass es etwas zu holen gibt: geballte Informationen über Frauen. Die kommen – ganz modern – online von einer Nachrichtenagentur oder sind – ganz altmodisch – im Archiv nachzuschlagen. In 20 Jahren hat sich CIMAC (Comunicación e Información de la Mujer) einen ausgezeichneten Ruf erworben, nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsagentur.

Fünf Journalistinnen wollten 1988 nicht länger nur feministische Monatsbeilagen produzieren, sondern die Lebenswirklichkeit von Frauen auf die Titelseiten bringen und das Geschlechterverhältnis im Männerland Mexiko bei allem berücksichtigt

WER IN MEXIKO HEISSE EISEN ANPACKT, LEBT GEFÄHRLICH, IMMER WIE- DER WERDEN JOURNALIS- TINNEN UND JOURNALISTEN BEDROHT, ANGEGRIFFEN ODER ERMORDET.

sehen. Weil das mit Einzelaktionen nicht zu erreichen ist und einen langen Atem braucht, gründeten sie CIMAC und bieten nun nicht nur Nachrichten an, sondern lehren auch Journalistinnen und Journalisten den besonderen Gender-Blick. Damit Mexikanerinnen ihre Stimme selbst erheben können helfen sie umgekehrt Frauen- und Menschenrechtsgruppen ihre Anliegen so zu formulieren und vorzutragen, dass man ihnen auch zuhört. «Wir sehen uns als Mittlerin zwischen Zivilgesellschaft und den Medien», sagt die dafür zuständige Geschäftsführerin Lucía Lagunes.

Um die Kontakte und den Austausch zu verstetigen, hat CIMAC 1995 mit dem nationalen Journalistenzusammenschluss Red Nacional de Periodistas auch ein Journalistinnen-Netzwerk ins Leben gerufen, dem inzwischen mehr als 1.200 Frauen und ein paar Männer in allen mexikanischen Bundesstaaten angehören. Im Jahr 2000 wurde schließlich das trinationale Journalistennetzwerk (Mexiko, USA, Kanada) gegründet mit etwa 300 Mitgliedern. Insgesamt erreicht CIMAC über 1.300 professionelle Presse-, Funk- und Fernsehjournalisten. 17 Frauen arbeiten im CIMAC-Gebäude, nur der Netzwerkadministrator ist ein Mann. In der gut sortierten Bibliothek des Hauses – mehr als 15.000 Medien sind dort zugänglich – ist festgehalten, was Frauen erleiden und was sie bewegt.

Die Agentur sendet täglich und in einer Wochenzusammenfassung an 2.000 Bezieher, zusätzlich gestalten die Frauen Hörfunknachrichten und eine Webseite (www.cimacnoticias.com) mit etwa 20.000 Nutzern. Geld verdienen kann man mit diesem Angebot kaum, deshalb ist die finanzielle Unterstützung, unter anderem durch die Heinrich-Böll-Stiftung, so wichtig.

Wer in Mexiko heiße Eisen anpackt, lebt gefährlich, immer wieder werden Journalistinnen und Journalisten bedroht, angegriffen oder ermordet. Weil auch die Berichterstattung über Gender-Fragen etablierte Interessen bedroht, gab es 2008 einen mysteriösen Einbruch. Die Täter interessierten sich nicht nur für

Wertgegenstände, sondern auch für Tonbandaufnahmen und Dossiers. Aufgeklärt wurde dieser Einschüchterungsversuch – wie so viele andere in Mexiko – nie.

Doch trotz der kommunikativen Kompetenz geht es nur langsam voran: Der Anteil von Nachrichten über weibliche Lebenszusammenhänge ist in Mexiko immer noch unterdurchschnittlich. Und bei jeder zweiten Meldung geht es um Gewalt und Verbrechen, die in Mexiko ein gewaltiges Problem sind. «Eine konstante und dauerhafte Berichterstattung, die über den Tag der Frau hinausgeht, wird in Mexiko noch lange nicht zu beobachten sein», sagt dazu lakonisch Lucía Lagunes.

www.cimac.org.mx

RUSSLAND

Gender für Anfänger

Beim Begriff «gendernaja demokratija» (Geschlechterdemokratie) kommen in Russland keine warmen Gefühle auf, selbst nicht bei ihren wenigen Anhängerinnen und Anhängern. Das Wort klingt technisch, fremd, unzugänglich. Bücher und Texte darüber schrieb bisher ein kleiner Kreis von Expertinnen für einen kleinen Kreis von Leserinnen. Entsprechend gering ist der Einfluss der gut zehn russischen Gender-Zentren auf die öffentliche Diskussion selbst im engeren NGO-Umfeld, von der Gesellschaft insgesamt ganz zu schweigen.



Handbuch Gender für Tschajniki

Ein «tschajnik» dagegen, ein Wasserkessel bzw. eine Teekanne, zieht an und wärmt. Auf Menschen bezogen bedeutet tschajnik «Anfänger». Um möglichst viele Menschen anzuziehen, hat das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung deshalb unter dem Titel «Gender für Tschajniki» ein handliches Buch herausgegeben. Von einheimischen Expertinnen geschrieben und am alltäglichen Leben in Russland orientiert, enthält der Sammelband alles, was man schon immer über Gender wissen wollte – oder wissen sollte.

Der Erfolg gibt diesem Versuch recht: 10.000 Exemplare wurden bisher abgesetzt. Das liegt auch an den sparsamen, aber gelungenen Illustrationen der Geschlechterverhältnisse, die sich am Vorbild des berühmten Moskauer Standbilds Arbeiter und Kolchosbäuerin orientieren, die im Original Hammer und Sichel in den Moskauer Himmel recken.

Das Buch wird von Universitäten und Bibliotheken genauso nachgefragt wie von Nicht-Frauen-NGOs, aus den Medien und den liberalen Parteien. Weil der Sammelband so erfolgreich ist, ist inzwischen eine Fortsetzung in Arbeit, die im Frühjahr 2009 fertig sein wird.

www.boell.ru

II.3

WIDER DIE GEWALT GEGEN FRAUEN

Auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft muss Gewalt gegen Frauen – sei es in Form häuslicher Gewalt oder in Form von sexualisierter Gewalt als Kriegsmittel – thematisiert und öffentlich angeprangert werden. «Wie viele Frauen werden noch vergewaltigt werden?» ist ein Bericht aus der Republik Kongo überschrieben. Mit dem Krieg im früheren Jugoslawien hat die Welt nicht nur «ethnische Säuberung» in ihr Vokabular mit aufgenommen, sondern auch gelernt, dass Vergewaltigung keine hässliche Nebenerscheinung einer Auseinandersetzung zwischen Männern im Feld ist, sondern dass gezielt vergewaltigt wird. In vielen Konflikt- und Krisengebieten wird die Vergewaltigung von Frauen und Mädchen systematisch als Kriegswaffe eingesetzt. Fast täglich kommen aus irgendeinem Teil der Welt Berichte über sexuelle Folter.

Verlässliche Daten gibt es nicht, aber man geht davon aus, dass während des Völkermordes in Ruanda eine halbe Million Frauen vergewaltigt wurden. In Sierra Leone sollen 50 Prozent aller Frauen im Rahmen des immer wieder aufgeflammt Kriege sexuelle Gewalt erfahren haben. Für das benachbarte Liberia gibt es ähnliche Schätzungen. Und ein Friedensschluss, so wichtig er ist, bedeutet nicht, dass nun Frauen und Mädchen in Frieden gelassen werden. Auch das zeigt das Beispiel Liberia: Allen Bemühungen der Regierung und der UN-Friedensmission zum Trotz sind Vergewaltigungen weiter an der Tagesordnung.

Sexuelle Gewalt ist die am weitesten verbreitete Menschenrechtsverletzung überhaupt. Seit Gewalt gegen Frauen ein öffentliches Thema geworden ist – auch dies ein Verdienst der Frauenbewegungen der 70er Jahre – weiß man, dass Frauen nirgendwo auf der Welt wirklich sicher sind. Jede dritte Frau, so schätzt UNIFEM, hat in ihrem Leben Schläge bekommen, ist zu Sex gezwungen oder auf andere Weise misshandelt worden. Und der Täter ist ihr meist gut bekannt.

Und noch ein neuer Begriff hat sich mit grausamen Beispielen etabliert: der Feminizid, die Ermordung einer Person aufgrund ihres Geschlechts. Die zunächst rätselhaften, aber mit großer Sicherheit der organisierten Kriminalität zuzurechnenden Frauenmorde in der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez sind nur das vielleicht bekannteste Beispiel. Das Auswärtige Amt zeigt sich in seinem jüngsten Menschenrechtsbericht besorgt über die Zunahme der Feminizide in Guatemala.

Mit Gesetzen allein ist solche Gewalt kaum zu bekämpfen, das zeigt das Beispiel Südafrika. Wenn die Männer um jeden Preis Kontrolle über Frauen haben wollen, wenn sie sich einen Sport aus Vergewaltigung machen und sich untereinander ihrer Übergriffe brüsten, wenn die Polizei sich kaum interessiert, wenn nur ein kleiner Prozentsatz der Täter jemals verurteilt wird, dann herrscht praktisch Straffreiheit. Die Sprache der Täter («Ich musste ihr eine Lektion erteilen») zeigt, dass es nicht in erster Linie um Sexualität, sondern um Macht geht.

Im Namen von Tradition oder im Rahmen von Transaktionen bei Familienstreitigkeiten werden Frauen versklavt und verkauft, sie werden zwangsverheiratet, ins Haus verbannt und müssen sich von Kopf bis Fuß verhüllen. In manchen Gegenden werden junge Mädchen sexuell verstümmelt. Und immer noch

dürfen Hunderte Millionen Frauen nicht darüber entscheiden, wie viele Kinder sie gebären wollen, und müssen in einer gewalttätigen oder lieblosen Ehe ausharren, auch wenn sie sich scheiden lassen würden.

Die Parallelität verschiedener Rechtssysteme – modern, traditionell oder religiös begründet – wirkt sich auf die Rechtsituation von Frauen überwiegend negativ aus, insbesondere im Ehe- und Familienrecht. Religiös geprägte Rechtssysteme urteilen auf der Basis rigider Zuschreibungen von Geschlechterrollen und geschlechtlicher Identitäten, denen alle Geschlechter «ausgeliefert» sind. Ein säkulares Ehe- und Familienrecht, das die Gleichberechtigung der Geschlechter zur Grundlage hat, muss deshalb Vorrang haben. Das schließt aber nicht aus, mit reformorientierten Geistlichen und Frauenrechtlerinnen an einer emanzipatorischen Auslegung religiöser Rechtsgrundlagen zu arbeiten.

Religionen prägen die Wertvorstellungen und das Empfinden von Menschen – von Männern und Frauen. Sie spielen nicht nur im Verhältnis der Geschlechter eine große Rolle, sondern auch im öffentlichen Raum. Geistliche Vertreter beanspruchen Regeln zu setzen sowie ihre Einhaltung zu kontrollieren und Verstöße zu sanktionieren. Mit den geschlechterpolitischen Zusammenhängen von Religion und Politik, der Politisierung von Religion mit ihren Auswirkungen auf Geschlechterverhältnisse und die Rechte von Frauen werden wir uns in den nächsten Jahren qualifiziert auseinandersetzen. Auf Gratwanderungen und Grenzgänge wollen wir uns bei der Suche nach Bündnispartnerinnen und -partner bewusst einlassen. Unsere Erfahrungen – ob in Polen, Chile, Nigeria, Afghanistan und Pakistan oder im Nahen Osten – werten wir permanent aus und verändern unsere Strategien. ■

RUSSLAND / DAGESTAN

Stört die Geschäfte: Das «Wohltätige Krankenhaus für Frauen»

Das «Wohltätige Krankenhaus für Frauen» in der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala machte seinem Namen alle Ehre: In dem kleinen, zweistöckigen Gebäude mitten im Stadtzentrum wurden Frauen, vor allem aus den medizinisch schlecht oder unterversorgten Bergregionen, kostenlos behandelt. Auch juristische oder psychologische Hilfe, etwa, weil sie zu Hause misshandelt oder gar vergewaltigt wurden, konnten sie im angeschlossenen Frauenressourcenzentrum finden. Über die medizinischen Dienste gelang es dem Zentrum, Kontakte zu Frauen knüpfen, die mit Fortbildung und politischen Kampagnen nicht erreicht werden. Der Kampf um Frauenrechte beginnt in Dagestan mit kleinen Schritten wie diesen. Doch auch diese kleinen Schritte machen Feinde.

Dagestan ist die ärmste und rückständigste Region Russlands. Zwischen Tschetschenien und dem Kaspischen Meer, die kalmückische Steppe im Norden, im Süden Aserbeidschan, leben vor allem in den unwegsamen und unwirtlichen Hochgebirgsregionen des östlichen Kaukasus sehr viele Menschen in großer Armut. Das trifft besonders die dagestanischen Frauen.

Anfang der 1990er Jahre hatte alles angefangen. Aischat Magomedowa war damals Oberärztin im Republikkrankenhaus in Machatschkala. Sie sah, wie das ehemals sowjetische Gesundheitssystem unter den plötzlich einbrechenden wilden Zeiten auseinanderfiel. Es gab keine Spritzen, kein Verbandsmaterial, keine Medikamente, und wenn ein medizinisches Gerät kaputt war, blieb es das auch. Aischat, selbst ohne Familie und kinderlos, gründete die Liga zum Schutz von Mutter und Kind, eine der ersten NGOs in Dagestan. 1994 bot ihr das Gesundheitsministerium ein kleines, zerfallenes Gebäude im Stadtzentrum an,

eine ehemalige Kinderklinik, um dort ein privates Krankenhaus aufzubauen.

Die Eröffnung der kleinen 20-Betten-Klinik fiel mit dem Beginn des ersten Tschetschenienkriegs zusammen. Dagestan musste mehr als hunderttausend Flüchtlinge aufnehmen. Aischat Magomedowa stellte kleine Medizinbrigaden zusammen und besuchte Flüchtlingslager. Regelmäßige Visiten in den entlegenen Regionen unternahm sie, die selbst aus den Bergen stammte, ohnehin. Mehr als 3.000 Frauen wurden seither umsonst stationär behandelt, dazu mehr als 30.000 ambulant. Immer stärker wurde in Aischat Magomedowa der Wunsch, nicht nur zu helfen, sondern auch zu verhindern. So entstand mit Hilfe der Heinrich-Böll-Stiftung das dem Krankenhaus angeschlossene Frauenressourcenzentrum.



(o) Demonstration gegen die Schließung des Krankenhauses
(u) Aischat Magomedowa

Die Vorstellung von Frauen als in allen gesellschaftlichen und politischen Sphären gleichberechtigten Menschen wird selbst von der Mehrzahl der Frauen in Dagestan nicht geteilt. 2007 und 2008 wurden in Machatschkala und in einer Reihe von Kreisstädten Seminare zu «häuslicher Gewalt», «Frauenrechte» und «Frauenselbsthilfegruppen in Dagestan» angeboten. Es kamen ganz unterschiedliche Frauen. Aus der Stadt und vom Land. Gebildete und weniger Gebildete. Wohlhabende und Arme. Gemeinsam ist den meisten die Erfahrung, dass ihnen von Aischat Magomedowa und ihren Mitarbeiterinnen geholfen wurde. Oder sie haben davon gehört, wie sie Verwandten, Freunden und Bekannten halfen. Die praktische Unterstützung schafft erst das Vertrauen, auch über andere Dinge zu reden. Darüber zum Beispiel, dass Ehemänner kein Recht haben, ihre Frauen und Töchter zu schlagen oder gar zu vergewaltigen. Darüber, dass auch Frauen ein Recht auf Bildung und Beruf haben. Darüber, dass Frauen selbst über ihr Leben bestimmen dürfen, ohne den Familienältesten zu fragen.

Für die gläubige Muslima Aischat Magomedowa war das ein weiter Weg. Als sie vor sechs oder sieben Jahren das erste Mal im Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung zu einem Treffen erschien, wartete unten auf der Straße im Wagen ein männli-

cher Verwandter. Der Anstand musste gewahrt bleiben. Oben saß Aischat sichtlich fremd im bunten Reigen der Menschenrechtler, Ökologen und Feministinnen. Doch als sie zu sprechen begann, mit ihrer leisen und doch eindringlichen Stimme, ein paar widerpenstige Haarsträhnen unter das weiße, von der Großmutter ererbte Tuch zurückschiebend, verstummte das übliche Getuschel. Alle hörten zu. Später wurden die Sitten lockerer. Bei aller Zurückhaltung war der in Russland übliche Begrüßungskuss sogar mit einigen Männern möglich. Und vor dem Haus saß kein Mann mehr im Moskauer Winter frierend in seinem Auto.

Das Bewusstsein dafür, dass Frauen Rechte haben, wie Männer auch, soll mit öffentlichen Veranstaltungen vorsichtig geweckt werden. In Machatschkala fanden seit 2006 öffentliche Diskussionen zu Themen wie «Frauenrechte und Koran», «Die Wurzeln des gegenwärtigen Terrorismus» und «Moderner Islam» statt. Das sind im russischen Nordkaukasus alles heikle Fragen. Der Tschetschenienkrieg hat alles Islamische unter den Generalverdacht gestellt, «islamistisch» und damit «extremistisch» zu sein und mit Terrorismus in Verbindung zu stehen. All diese Beschuldigungen werden immer wieder benutzt: vom Staat gegen die Bürger, im Machtkampf untereinander, in wirtschaftlichen Auseinandersetzungen und privaten Fehden.

Auch Aischat Magomedowa ist mehrmals in diese Mühlen geraten. Die Gründe dafür kann man nur vermuten. Es kann das nur fünf Minuten vom Regierungssitz gelegene Krankenhausgebäude sein. Der Boden, auf dem es steht, ist im Immobilienboom der vergangenen Jahre ein wahrer Schatz geworden. Es kann ein beleidigter Ehemann sein, eine Familie, die sich in ihrer Ehre gekränkt fühlt. Es kann der Geheimdienst FSB sein, der «Erfolge» im Antiterrorkampf vorweisen muss. Das eine ist vom anderen in Russland nicht immer zu trennen, im Nordkaukasus noch weniger. So war es 2001, als in Machatschkala geraunt wurde, Aischat Magomedowa verberge tschetschenische Terroristen im Keller ihres Krankenhauses. Nachts kamen schwer bewaffnete Männer in Masken, warfen die kranken Frauen aus den Betten und suchten darunter die Keller, die es nicht gibt. Keine Keller – keine Terroristen. Aischat marschierte mutig ins FSB-Hauptquartier und verlangte zu wissen, was man gegen sie habe. Nichts. Wer hinter dem Überfall steckte, wurde nie geklärt.

Im Frühjahr 2006 begannen die Versuche der staatlichen Vermögensverwaltung, die über zehn Jahre zuvor erfolgte Privatisierung rückgängig zu machen. Mit Unterstützung von Moskauer NGO-Netzwerken wehrte sich Aischat Magomedowa mit ihrer Liga zum Schutz von Mutter und Kind politisch und juristisch dagegen, sie und ihr Krankenhaus aus dem Gebäude zu vertreiben. 2008 nahm der Druck zu: Obwohl es nie Beschwerden über die Qualität der medizinischen Versorgung gegeben habe, wie Aischat versichert, machte das Ministerium für öffentliche Gesundheit Personal und Patienten mit allerlei Kontrollen das Leben schwer. Auf dem zentralen Platz von Machatschkala demonstrierten daraufhin ehemalige Patientinnen und dem Krankenhaus verbundene Frauen für ihr Hospital: «Als hätte unser Land nicht andere Probleme, als Krieg gegen ein Krankenhaus zu führen, wo arme und notleidende Frauen kostenlos behandelt werden», sagte eine Teilnehmerin dem Korrespondenten der Internetzeitung «Kaukasischer Knoten». Doch der Kampf war vergeblich. Das Oberste Gericht Dagestans verwarf im Herbst die Berufung. Anfang Februar 2009 warfen Gerichtsvollzieher Kranke, Betten, medizinische Geräte und die Einrichtung des Frauenressourcen-zentrums auf die Straße. Zwar sammelten die Mitarbeiterinnen alles wieder auf und schafften es nach innen, aber das Krankenhaus ist vorerst zu.

www.boell.ru

MEXIKO

Feminizide

Im April 1998 schrieb Sam Dillon, damals Korrespondent der *New York Times*, einen Bericht über eine Serie von Frauenmorden in der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez. Schon 1993, so hieß es darin, war Oscar Máñez, einem Kriminologen im Dienst der Regierung, aufgefallen, dass fast alle Opfer schlank junge Frauen mit zimtfarbenen Teint und langen Haaren waren. Doch die Strafverfolgungsbehörden wollten von einem Serientäter nichts wissen.

Unzählige weitere Berichte sind seither in aller Welt erschienen, Dokumentationen, und ein Dokumentarfilm («Bajo Juárez») wurden gedreht, und 2008 wurde mit «2666» ein auf detaillierten Recherchen beruhender Roman zum unerwarteten Erfolg in den USA. Die Stadt ist zum «Paradigma für Gewalt gegen Frauen» geworden. So urteilte selbst ein Ausschuss der Abgeordnetenversammlung des mexikanischen Parlaments.

Die Behörden der Stadt und der Provinz reagierten mit aggressivem Desinteresse auf die Morde. Sie taten kaum etwas, um sie aufzuklären, aber eine Menge, um die Aufklärung zu verhindern. Das lässt viele Menschen vermuten, dass die Täter von ihnen gedeckt werden. Die Polizei – uninteressiert, aber unter öffentlichem Druck – präsentierte immer mal wieder «Täter». Manche von ihnen waren in Polizeigewahrsam so übel zugerichtet worden, dass sie «Geständnisse» unterschrieben hatten. Familienangehörige wurden ignoriert oder verhöhnt, Vertreterinnen von Bürgerrechtsorganisationen wurden als unpatriotisch gebrandmarkt, Anwältinnen und Anwälte von Inhaftierten versuchte man einzuschüchtern, drangsalierte und verfolgte sie. Vor allen Dingen aber gingen die Morde nach jeder Inhaftierung weiter.



Szene aus dem Film *Bajo Juárez*

An Erklärungen fehlt es nicht: Der tief verwurzelte traditionelle «machismo» der mexikanischen Gesellschaft reagiert auf eine Stadt der Extreme. Eine sehr schnell wachsende Agglomeration an der Grenze zwischen Arm und Reich: hoffnungsvolle und scheiternde Migranten, jede Menge auf den Export ausgegerichtete Billiglohn-Betriebe, die vor allem Frauen beschäftigen, dem Wachstum der Stadt und dem damit verbundenen Klima

der Gewalt gegenüber unfähige und hilflose Behörden. So haben sich kriminelle Strukturen etabliert, insbesondere im Menschenmuggel, Drogenhandel und den Vergnügungsvierteln. Der «machismo» äußert sich in dieser Umgebung ganz ungeniert: Frauen, die allein unterwegs seien, hätten selbst schuld. Feministinnen verweisen darauf, dass junge Frauen in den für den Weltmarkt produzierenden Betrieben der maquiladora-Industrie Beschäftigung finden und auch ein Stück Unabhängigkeit gewinnen. Viele der ermordeten Frauen wurden entführt, als sie auf dem Weg zur Arbeit in diesen Betrieben waren oder heimkehrten.



Szene aus dem Film *Bajo Juárez*

Die Morde von Ciudad Juárez haben sehr verschiedene Hintergründe, längst nicht alle lassen sich in eine unheimliche Serie einordnen, manche wurden aufgeklärt. Fest steht aber auch: Einige der Frauen wurden einige Tage gefangen gehalten und sexuell gefoltert, bevor sie umgebracht wurden. Feministinnen haben für solche Morde allein aufgrund des Geschlechts den Begriff Feminizide geprägt. Sie sind – als Serientat – in Ciudad Juárez besonders auffällig, kommen aber auch in anderen Ländern, insbesondere Mittelamerika, vor. Als extremes Ende eines Kontinuums von Gewalt gegen Frauen ist es über die Region hinaus von Interesse. Deshalb hat das globale Dialogprogramm des EU-Regionalbüros der Heinrich-Böll-Stiftung Feminizide zu einem seiner Schwerpunktthemen gemacht.

Am Anfang stand eine Initiative der Grünen im Europäischen Parlament – treibende Kraft war der katalanische Abgeordnete Raül Romeva i Rueda. Kurz nach der Anhörung zu Feminiziden im Europäischen Parlament im April 2006 fand in Wien das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aus Europa, Lateinamerika und der Karibik statt. Dort konnte Andrea Medina Rosas, Koordinatorin der Beraterinnen in der mexikanischen Fachkommission für die Fortführung der Untersuchungen und für die gerichtliche Verfolgung der Frauenmorde, beim begleitenden zivilgesellschaftlichen Forum berichten und mit der österreichischen Außenministerin Ursula Plassnik sprechen. Der Präsident des gastgebenden Landes, Heinz Fischer, sprach das Thema sogar beim Mittagessen mit Mexikos Präsident Vicente Fox an.

Was Europa gegen die Morde an Frauen in Mexiko und Mittelamerika tun könne, wurde am 13. Juni 2007 auf einer von der Heinrich-Böll-Stiftung organisierten Lunch-Debatte in Brüssel diskutiert. Sie fand im Rahmen der Vorbereitungen zu einer Resolution des Europäischen Parlaments zu den Feminiziden statt, die am 11. Oktober schließlich mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde. In dem umfangreichen Dokument sind sehr detaillierte Vorschläge enthalten, was die Staaten Mittelamerikas und Mexiko bzw. Europa tun können, um der weitgehenden Straflosigkeit ein Ende zu machen und zukünftige Morde zu verhindern.

Fast 15 Jahre nach der alarmierenden Analyse von Oscar Maynes sind die meisten der Frauenmorde straflos geblieben, wie die überwiegende Mehrheit von Kapitalverbrechen in Mexiko insgesamt. Das trägt mit dazu bei, dass es weiter Feminizide gibt.

Die Sonderberichterstatterin der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, Marta Altolaguirre, hatte nach ihrem Besuch 2002 festgehalten, dass die Straflosigkeit die Gewalt gegen Frauen begünstigt. Und im 2005 erschienenen Untersuchungsbericht des CEDAW-Komitees (nach Artikel 8 des Zusatzprotokolls) heißt es ausdrücklich, dass die Gewalt gegen Frauen in Ciudad Juárez Fuß gefasst und spezifische Ausprägungen hat, die von Hass und Frauenfeindlichkeit zeugen.

Die scharfe Kritik in Mexiko selbst und aus dem Ausland, hat der mexikanischen Regierung und den Behörden manches Zugeständnis abgerungen, unter anderem ein im Februar 2007 verabschiedetes «Allgemeines Gesetz über das Recht der Frauen auf ein gewaltfreies Leben». Das Parlament hat sogar Haushaltsgelder für den Kampf gegen Feminizide in Aussicht gestellt. «Dennoch fehlten bislang auch hier die nötigen finanziellen Mittel» kritisiert Carolina Velásquez von der Frauennachrichtagentur CIMAC. Die Regierung müsse endlich die Empfehlungen ernst nehmen, die von mexikanischen und internationalen Organisationen gegeben wurden, fordert Velásquez.

«Damit das geschieht, werden wir unsere Anstrengungen fortsetzen», sagt Patricia Jiménez, vom Regionalbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Brüssel. Sie plant bereits mit Blick auf die spanische EU-Präsidentschaft (2010) und den nächsten europäisch-lateinamerikanischen Gipfel. Für die Zukunft strebt sie an, Feminizide als eigenen Straftatbestand zu etablieren.

www.boell.eu/downloads/FEMINICIDOS_WEB.pdf

SÜDAFRIKA

Kontrolle über Frauen behalten!

Als 1994 in Südafrika das erste frei gewählte Parlament zusammentrat, waren unter den 400 Abgeordneten 100 Frauen. Heute sind 45 Prozent der Abgeordneten Frauen. Mit diesem Frauenanteil im Parlament liegt Südafrika an dritter Stelle, hinter Ruanda und Schweden.

DIE PROGRESSIVE VERFASSUNG UND DIE REVOLUTIONÄRE RHETORIK HABEN DARÜBER HINWEGGETÄUSCHT, DASS DIE SÜDAFRIKANISCHE BEVÖLKERUNG IN GENDER- FRAGEN ZIEMLICH KONSERVATIV IST.

Die 1996 angenommene Verfassung setzt Maßstäbe. Unter den 17 in §9 genannten Gründen, die eine Benachteiligung verbieten, beziehen sich fünf auf Gender-Gesichtspunkte. Niemand darf aufgrund seines Geschlechtes und – das ist weltweit einzigartig – aufgrund seiner sexuellen Orientierung benachteiligt werden. 1997 nahm eine unabhängige Kommission für die Gleichstellung der Geschlechter ihre Arbeit auf. «Es hat sich viel getan hier», sagte Dr. Antonie Nord, die Leiterin des Büros in Kapstadt, «das dürfen wir nicht vergessen. Und das ist auch ein Verdienst der bisherigen ANC-Führung.»

Im internationalen Vergleich steht das Land damit relativ gut da. Und doch sorgt es immer wieder für negative Schlagzeilen. Wenn es um die Zahl der Vergewaltigungen geht, liegt Südafrika mit an der Weltspitze. Die von der südafrikanischen Polizei ausgewiesene Zahl von mehr als 52.000 Fällen pro Jahr ist nur der amtlich erfasste Teil. Zahlreiche Studien haben das in erschreckendem Detail belegt. Auch Jungen werden Opfer sexueller Gewalt. So ergab 2008 eine Befragung an 1.200 Schulen, dass 40 Prozent der Schüler unter 18 Jahren vergewaltigt worden waren – oft genug vom Lehrer, von einem Mitschüler oder einem Familienmitglied.

Die progressive Verfassung und die revolutionäre Rhetorik der Übergangszeit haben lange darüber hinweg getäuscht, dass die südafrikanische Bevölkerung in Gender-Fragen ziemlich konservativ ist.

Viele Männer beharren aggressiv auf traditionellen Vorstellungen, weil sie sich als Verlierer der neuen Ordnung sehen. Frauen würden für manche Positionen bevorzugt eingestellt, während sie arbeitslos seien. Nicht einmal Herr im Haus seien sie mehr, da der Staat sich an allen Ecken und Enden in ihr Privatleben einmische: sie sollen sich an der Hausarbeit beteiligen, dürfen ihre Frauen nicht länger schlagen, werden wegen sexueller Belästigung angezeigt.

Schutz müssen in Südafrika auch heterosexuelle Frauen suchen. Das NISAA Institute for Women's Development, einer der ältesten Partner der Heinrich-Böll-Stiftung, betreibt seit 1994 ein solches Frauenhaus. 2008 hat NISAA zum zweiten Mal eine nationale Konferenz über Frauenhäuser organisiert, bei der immerhin von 67 derartigen Einrichtungen berichtet wurde. NISAA hat seit seiner Gründung 50.000 Frauen ambulant getrostet und beraten. NISAA hat zudem immer wieder Kampagnen gestartet, die durch besonders gut gestaltete Plakate bestachen. Die bisher letzte Kampagne «Consent is sexy» mit attraktiven Plakaten an afrikanischen Sammeltaxis wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt. Die Aktion hat Debatten unter den Fahrgästen stimuliert, eine Befragung dazu an den Taxiständen hat aber erneut ergeben, wie tief geschlechtsgebundene Stereotypen und Gewalt gegen Frauen in der südafrikanischen Gesellschaft verankert sind.

Neben langfristig angelegten Partnerschaften muss eine politische Stiftung auch kurzfristig reagieren können. Nachdem im Mai 2008 Bilder von brutalen Angriffen auf in Südafrika lebende Migranten aus afrikanischen Staaten um die Welt gingen, hat die Heinrich-Böll-Stiftung in ihrem in Kapstadt erscheinenden Newsletter «Perspectives» einen Beitrag veröffentlicht, der sich speziell mit Gewalt gegen Migrantinnen beschäftigt. Romi Fuller, die Autorin, konstatiert nüchtern, dass Gewalt in Südafrika die Norm sei: «Gewalt gegen Migranten/Flüchtlinge und Gewalt gegen Frauen sind zwei Arten von Gewalt, die die allgemeine Öffentlichkeit und der Rest der Welt mit Entsetzen sehen, die aber für den Umgang der südafrikanischen Gesellschaft mit Minderheiten und gefährdeten Gruppen ganz normal ist.»

Jetzt untersucht ein Forschungsvorhaben am renommierten Johannesburgener «Centre for the Study of Violence and Reconciliation» (CSVR) die Übergriffe gegen weibliche Migranten und Flüchtlinge näher. Dass die ausländerfeindliche Gewalt eine geschlechtsspezifische Dimension hat, ist offensichtlich. Die südafrikanischen Männer beschuldigen die (oft besser ausgebildeten) Migranten und Flüchtlinge, ihre «Frauen zu rauben» und die Migrantinnen werden beschuldigt, «Ehemänner zu stehlen». Die ersten Forschungsergebnisse zeigen, dass einige Behördenvertreter die Situation der Frauen ausnutzen und zum Beispiel für Papiere und Hilfen sexuelle Dienstleistungen verlangen.

Als Stiftung einer politischen Partei zielt die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung auf politische Interventionen und Dialoge.

Durch die langjährige Arbeit mit verschiedenen Partnerorganisationen im Land wissen wir sehr gut, dass die Erfolge in politischer Präsenz von Frauen und die neuen Gesetze das Land nicht wirklich zugunsten von Frauen und LGBT-Gemeinschaften verändert haben. Der Aufbau der «Gender-Maschinerie» hat vielen engagierten Frauen zu Positionen in Politik, Verwaltung und Wissenschaft verholfen, damit aber auch die einstmalig so aktive Frauenbewegung geschwächt. Viele sind damit in Loyalitäten (zum Beispiel einer Partei) eingebunden worden oder haben andere Interessen entwickelt. Und viele Wählerinnen hatten ihre Hoffnungen auf die inzwischen mit Zwei-Drittel-Mehrheit regierenden ANC gesetzt und verabschieden sich erst nach und nach von ihrer einstigen Befreiungsbewegung. Dass im Dezember 2007 mit Jacob Zuma ein Mann zum Parteichef und im April 2009 zum Präsidenten gewählt wurde, dessen patriarchalische Ansichten und Praxis, dessen aggressive Äußerungen gegenüber Schülern und dessen abenteuerverliche öffentliche Behauptung, durch Duschen HIV/Aids vorbeugen zu können, nur befremden, hat viele Frauenrechtlerinnen und Feministinnen schockiert. Und dass die Frauenliga des ANC sich im parteiinternen Machtkampf auf die Seite Zumas geschlagen hat, hat ebenfalls viele Frauen verstört.

www.nisaa.org.za

BOSNIEN-HERZEGOWINA

Der häusliche Frieden lässt auf sich warten

Wenn die Waffen schweigen, kehrt keineswegs automatisch Frieden ein. Die Gewalt der Kriegsjahre bleibt im Alltag weiter präsent. In den meisten Nachkriegsgesellschaften nimmt die innerfamiliäre Gewalt zu. Die von den Kampfhandlungen heimkehrten Männer haben ihre unverarbeiteten Kriegserfahrungen im Gepäck. Das bekommen die Frauen und Kinder zu spüren. Und wenn dann noch die ökonomischen und sozialen Lebensverhältnisse prekär sind und kaum Hoffnung besteht, dass sich das bald ändert, ist die Gewaltbereitschaft noch höher.

Davon können die Frauen in Bosnien-Herzegowina ein Lied singen. Doch ihre Klage stieß und stößt weitgehend immer noch auf taube Ohren. Was in der Familie geschieht, wird als Privatangelegenheit betrachtet, in die der Staat sich nicht einzumischen habe. Ganz abgesehen davon, dass er in solch schweren Zeiten angeblich Wichtigeres zu tun hat.

Immerhin hat das Parlament in Sarajevo im Juni 2003 ein Gleichstellungsgesetz verabschiedet. Der Gesetzesentwurf war das Ergebnis einer zweijährigen Zusammenarbeit zwischen beinahe 200 Nichtregierungsorganisationen. Die Mitwirkung einer informellen Koalition aus der Zivilgesellschaft an einem Gesetzesvorhaben wurde als beispielhaft gewürdigt, und am Ende wurden 85 Prozent ihrer Forderungen in das Gesetz aufgenommen, schätzt Mirela Grünther-Decevic, die Leiterin des Landesbüros in Sarajevo. Um diesem wichtigen, aber in der Öffentlichkeit kaum beachteten Gesetz mehr Aufmerksamkeit und Durchschlagskraft zu verschaffen, hat die Stiftung 2004 viele Vertreterinnen dieser informellen NGO-Kooperation zu einem öffentlichen Seminar eingeladen.

Nachdem im März 2005 zusätzlich ein Gesetz zum Schutz vor häuslicher Gewalt in Kraft getreten war, brachte die Stiftung Beamte des Innenministeriums, Vertreterinnen und Vertreter der Justiz und von NGOs zusammen. Sie waren sich einig, dass nun mehr Fälle innerfamiliärer Gewalt ans Tageslicht kommen und, wenn auch langsam, als gesamtgesellschaftliches Problem begriffen werden. Aber insbesondere auf dem Land schauen Nachbarn und Behörden noch immer weg. In drei Städten – in Trebinje, Bihac und Bijeljina – wurden deshalb 2006 öffentliche Debatten

veranstaltet und dazu gleich auch noch Ärztinnen, Sozialarbeiterinnen und die örtliche Polizei eingeladen.

Das Ergebnis war in allen drei Städten ernüchternd: Die Gewalt gegenüber Frauen nimmt zu, die Täter gehören allen sozialen Schichten an, und wer «gute Beziehungen» hat, kann etwas drehen, wenn er angezeigt wird. Die Behörden sind für die Problematik nicht ausreichend sensibilisiert, das Rechtssystem ist träge. Wenn es Frauenhäuser gibt – insgesamt sind es nur sieben –, wurden diese größtenteils durch Hilfe und Unterstützung internationaler Geldgeber gegründet und sind nach wie vor auf sie angewiesen.

«Obwohl der Staat entsprechende Gesetze verabschiedet hat», sagt Mirela Grünther-Decevic, «stellt er sich dem Problem nicht.»

www.boell.de

IRAK

Recht oder religiöse Vorschriften?

Krieg, internationale Sanktionen und die zunehmende Politisierung ethnischer und religiöser Identitäten seit dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein im Jahre 2003 haben zu erheblichen Rückschlägen für die Stellung der Frauen im Irak geführt. In den vergangenen Jahren haben zudem Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen und mit den staatlichen «Sicherheitskräften» den Spielraum für die Präsenz

DAS IRAKISCHE FAMILIEN- RECHT IST ZWAR MODER- NER ALS DAS EINIGER NACHBARSTAATEN, ABER DOCH VON GLEICHSTEL- LUNGSVORSTELLUNGEN NOCH WEIT ENTFERNT.

von Frauen im öffentlichen Raum drastisch reduziert. Weibliche Angehörige politischer Widersacher werden gezielt misshandelt und vergewaltigt. Irakische Frauen sind heute gezwungen, sich an konservative Bekleidungs Vorschriften zu halten, Frauen mit öffentlichem Profil wie Ärztinnen werden bedroht und zuweilen ermordet. In den Familien nimmt die Gewalt gegen Frauen zu.

Im Rahmen der Auseinandersetzungen über die neue irakische Verfassung drohen weitere empfindliche Rückschritte durch die von religiösen Parteien geforderte Einführung eines in der Sharia begründeten Familien- bzw. Personenstandsrechts. Diese Debatte wird im Irak ausgesprochen kontrovers geführt. Religiöse und politische Sprecher der schiitischen und sunnitischen Gemeinschaften und säkulare Vertreter liefern sich einen erbitterten Streit, ob die bis heute zuständigen staatlichen Personenstandsgerichte in Sharia-Gerichte umgewandelt werden sollen oder nicht. Hintergrund dieser Auseinandersetzungen ist die grundsätzliche Frage, wie der neue irakische Staat in Zukunft seine Bürger definiert: Werden sie vor Staat und Gesetz in erster Linie individuelle Staatsbürger sein oder vor allem Angehörige religiöser Gemeinschaften und tribaler Verbände?

Das Stiftungsbüro in Beirut hatte prominente irakische Familienrichter und Rechtsexperten im Juli 2008 zu einem 6-tägigen Workshop eingeladen. Sogar Midhat Al-Mahmoud, der Präsident des Verfassungsgerichtes, war mit von der Partie. Obwohl

er als säkular und reformorientiert gilt, wagten es die Richter zunächst kaum, sich vor der höchsten richterlichen Autorität des Irak zu Wort zu melden oder Herrn Al-Mahmoud gar zu widersprechen. Hier zeigten sich die Folgen der jahrzehntelangen autoritären Herrschaft. Die offensichtliche Explosivität von Themen wie Vergewaltigung in der Ehe oder einem Scheidungsrecht, das Männern und Frauen gleiche Rechte einräumt, provozierten aber am Ende doch eine angeregte Debatte.

Die Herren wurden ja auch kräftig herausgefordert: Dass es eine reibungslose Begegnung werden würde, wenn eine Gruppe irakischer Juristen auf arabische Feministinnen trifft, hatte niemand erwartet. So gab es in einigen Fällen harte Wortgefechte; am Ende klang aber jeder Tag versöhnlich aus.

Das irakische Familienrecht ist zwar moderner als das einiger Nachbarstaaten, aber doch von Gleichstellungsvorstellungen noch weit entfernt. Bei dem Workshop hatten die Juristen Gelegenheit, es an internationalen Normen zu messen und mit den Bestimmungen in Marokko und im Libanon zu vergleichen. Da der Irak viele internationale Abkommen unterzeichnet hat, haben die Richter die Möglichkeit, sich bei ihren Entscheidungen darauf zu berufen.

Die beiden Beispiele sollten ihnen vor Augen führen, wie ein Personenstandsgesetz in einem islamischen Land aussehen kann, das internationalen Standards entspricht (Marokko), bzw. wie gefährlich es ist, wenn es partikularen Vorstellungen einzelner Gruppierungen angepasst wird (Libanon). Mitveranstalter waren die Iraqi Al-Amal Association, die über ein extensives Netzwerk in allen irakischen Provinzen verfügt, und die libanesische Frauenorganisation Kafa – (Enough) Violence and Exploitation, beide bewährte Partner der Heinrich-Böll-Stiftung.

KAFA hatte schon ein Jahr zuvor ein intensives Gender-Training für 18 irakische Aktivisten, Journalisten, Rechtsexperten und Sozialarbeiter durchgeführt: Gender ist ein Bereich, der von den irakischen Partnern des Mittelostbüros der Heinrich-Böll-Stiftung ausdrücklich angefragt wurde. Hintergrund ist, dass viele irakische NGO-Aktivisten kurz nach Kriegsende im Gender-Bereich trainiert wurden, ihnen aber die nötige Expertise fehlte, das Gelernte umzusetzen.

Literatur

Layla Al-Zubaidi: «DER STREIT UM FRAUENRECHTE UND DAS PERSONENSTANDSRECHT: TESTFALL FÜR DIE DEMOKRATIE IM IRAK.» Beirut, März 2009

www.boell.de/demokratie/demokratie-6428.html

Vorbild Marokko

Marokko hat sein Familiengesetz auf Druck von Frauenrechtsorganisationen frauengerechter gestaltet. Am 10. Dezember 2008, dem 60. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, verkündete König Hassan feierlich, dass alle bestehenden Vorbehalte zur UN-Frauenrechtskonvention CEDAW aufgehoben werden. «Wir hoffen», sagt Lina Abou-Habib, «dass Marokkos Handeln andere arabische Länder motiviert, die Rechte der Frauen zu stärken, indem sie alle Vorbehalte zu CEDAW aufgeben.» Eine Kampagne fordert nun, dass auch die anderen Regierungen diese Vorbehalte zurücknehmen. Und nicht nur das; sie sollen auch dem «Optional Protocol» zu CEDAW beitreten, das 1999 von der UN-Vollversammlung angenommen wurde und es Individuen und Gruppen ermöglicht, sich an das CEDAW-Komitee zu wenden, das über die Einhaltung der Konvention wacht.

ÄGYPTEN

Ein Leben ohne Gewalt und Diskriminierung ist möglich!

Zehn Organisationen aus sieben Ländern verfolgen eine gemeinsame Vision: Ein Leben ohne Gewalt und Diskriminierung ist möglich! Was sich so selbstverständlich anhört, ist es nicht. Denn Gewalt gegen Frauen ist in allen arabischen Gesellschaften ein Tabu. Und wenn sie öffentlich gemacht wird, gehen die Emotionen hoch. Gleichberechtigung steht zwar hier und da im Gesetz, ist aber in keinem der Länder umfassend vorgeschrieben und schon gar nicht gelebte Realität.

Kern der Kooperation sind drei Organisationen in Ägypten, Jordanien und Palästina: Die ägyptische Gruppe El Nadeem for the Management and Rehabilitation of Victims of Violence wurde 1993 gegründet, um gegen die in Ägypten weitverbreitete Folter zu kämpfen. Doch neben den weiblichen Folteropfern kamen auch Frauen ins Zentrum, die daheim sexistischer Gewalt ausgesetzt waren. Deshalb wurde 2004 eine eigene Frauenabteilung gegründet, die geschlagenen und sexuell missbrauchten Frauen Hilfe leistet. El Nadeem bietet auch Fortbildung für Frauen an, die sich auf dem Land freiwillig sozial engagieren, vor allem in der Betreuung von Gewaltopfern.

Weil sich El Nadeem für Menschen einsetzt, die in Gefängnissen gefoltert wurden oder deren Menschenrechte durch den ägyptischen Staat auf andere Weise verletzt werden, steht die Organisation im Visier des Geheimdienstes.

Sisterhood is Global Institute/Jordan (SIGI/J) wurde 1998 in Amman gegründet. Die Organisation setzt sich für Frauenrechte ein und kämpft gegen genderspezifische Gewalt. Sie hat 2005/2006 eine landesweite Kampagne gegen Minderjährigeneheirat durchgeführt. König Abdullah II hatte das Mindestalter schon 2001 für beide Geschlechter auf 18 Jahre festgelegt, aber das Parlament hatte dieses Gesetz auf Zeit («temporary law») nicht übernommen. SIGI/J betreibt seit 2001 eine Website – das größte Internet-Portal zum Thema «Gewalt gegen Frauen» in der arabischen Welt (www.amanjordan.org). Es wurde mehrfach ausgezeichnet. 86.000 Dokumente sind hier zugänglich, allein zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember 2008 gab es 14,7 Millionen Besucher. Die größte Nutzergruppe (27,5 Prozent) lebt in Saudi-Arabien.

WENN GEWALT GEGEN FRAUEN ÖFFENTLICH GEMACHT WIRD, GEHEN DIE EMOTIONEN HOCH.

Ausgangspunkt des 1991 gegründeten Women's Centre for Legal Aid and Counselling (WCLAC) in Ramallah war die Erkenntnis, dass zwischen einem militarisierten Patriarchat und der zunehmenden Unterdrückung von Frauen im privaten und öffentlichen Leben ein Zusammenhang besteht. Die WCLAC-Feministinnen wollten sich am Kampf gegen die Okkupation beteiligen, aber sie wollten sich nicht marginalisieren lassen, wie das bei anderen Befreiungsorganisationen immer wieder geschehen war. Und so prangern sie in ihren Lobbyaktivitäten bis heute die israelische Besatzungsmacht genauso an wie die geschlechtsspezifische Diskriminierung innerhalb der palästinensischen Gesellschaft.

Im konservativ islamisch geprägten Gazastreifen ist Gewalt gegen Frauen immer noch ein Tabuthema. Nach Angaben von Mashoor Basissy, Direktor im Frauenministerium (MOWA), wenden sich nur 1,2 Prozent der Opfer familiärer Gewalt an die

Polizei. Immerhin wurde in Jericho nach monatelangen Auseinandersetzungen mit dem palästinensischen Sozialministerium das erste Frauenhaus in der Westbank eröffnet.

Initiator des Verbundes dieser drei Partner mit sieben anderen Organisationen ist das Büro in Ramallah, das bis heute alle regionalen Aktivitäten unter dem Namen SALMA steuert. Weil die Vertreterinnen der anderen arabischen Organisationen aus politischen Gründen nicht nach Ramallah kommen können, reisen die palästinensischen Frauen zu Treffen mit den anderen Organisationen ins Ausland.

Die im Rahmen von SALMA zusammenarbeitenden Organisationen sind ziemlich verschieden. Das zeigt sich schon an den drei Kernorganisationen: Sisterhood is Global Institute/Jordan (SIGI/J) ist mit einer ehemaligen Ministerin und Regierungssprecherin als Chefin eher liberal-bürgerlich. Das Women's Centre for Legal Aid and Counselling (WCLAC) verfolgt für die palästinensischen Gebiete einen umfassenden gesellschaftspolitischen Reformansatz. Die ägyptische Organisation El Nadeem for the Management and Rehabilitation of Victims of Violence ist eine basisdemokratisch-feministische Organisation, die in Opposition zur Regierung in Kairo steht.

In den Debatten treffen deshalb die unterschiedlichsten Standpunkte aufeinander: Soll man mit islamischen Frauenorganisationen punktuell zusammenarbeiten oder nicht? Mit islami(sti)schen Parteien (Hamis, Hisbollah, Muslimbrüder), die man ansonsten politisch bekämpft, die aber beim Thema Gewalt gegen Frauen eher «zugänglich» sind? Ist die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen (vor allem der Polizei) legitim? Für die Teilnehmerinnen aus Palästina und Jordanien ist das kein Problem, für die Ägypterinnen aber ein Tabu: Mit den Folterern von der Polizei kommt eine Kooperation nicht in Frage, das würde nur den repressiven Staat unterstützen. Was aber ist mit Richtern? Soll man Parlamentarier ansprechen, oder ist das in den meist autokratisch regierten Ländern nicht sinnvoll? Soll man überhaupt Gesetzesänderungen anstreben, sich nicht vielmehr auf die Verwaltungs- und Exekutivorgane konzentrieren und eher verwaltungstechnisch für eine Verbesserung der Schutzmechanismen einsetzen?

Einig aber sind die Frauen sich, dass die Gesetze geändert werden müssen. Im Gaza-Streifen gilt das ägyptische Strafrecht, auf der Westbank das jordanische. Wird ein Mann wegen eines Ehrenmordes verurteilt, bekommt er maximal eine Haftstrafe von sechs Monaten. Es gibt kein Gesetz, das innerfamiliäre Gewalt unter Strafe stellt. Um einen Mann wegen eines Angriffs zu belangen, muss eine Frau mindestens 10 Tage im Krankenhaus gewesen sein und zwei Zeugen haben. WCLAC hat einen Entwurf für ein Familienschutzgesetz erarbeitet, das aber angesichts der Hamas-Mehrheit im Palästinensischen Legislativrat (PLC) keine Aussicht auf Verabschiedung hat. Es könnte nur durch Präsident Mahmoud Abbas per Dekret verordnet werden, aber das ist wenig wahrscheinlich. Abbas hat die CEDAW-Konvention unterzeichnet, aber eine Ratifikation ist auch da nicht in Sicht.

Dass Frauen aus verschiedenen Ländern Kampagnen mit einem gemeinsamen Logo, mit dem gleichen Plakat und mit in allen Ländern verteilten Materialien planen und durchführen, – so viel grenzüberschreitende Kooperation ist in der arabischen Welt selten. Gemeinsam gefeiert werden anschließend auch die Erfolge, gemeinsam bedauert und analysiert die Niederlagen.

www.alnadeem.org www.wclac.org
www.sigi-jordan.org

Rückkehr der Religion (die nie verschwunden war)

Kaum jemand zweifelte in den vom Gedanken an gesellschaftlichen «Fortschritt» bestimmten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg daran, dass mit der eintretenden Modernisierung selbst in Afrika, Asien und Lateinamerika Religion zur Privatsache werden würde. So wie Europa das vorgemacht hatte. Doch die Entwicklung dort erwies sich nicht als Regel, sondern als Ausnahme. Und selbst im vergleichsweise stark säkularisierten Europa prägt Religion als Tradition implizit noch immer das Selbstverständnis («christliches Abendland») der Gesellschaften. In manchen Ländern sind religiös geprägte Bewegungen politisch aktiv, etwa im Widerstand gegen Reformen des Abtreibungsrechts in Polen und Spanien.

Wie stark die Religion Wertvorstellungen und Empfinden vieler Menschen prägt, manifestierte sich auch in der Politik. Die islamische Revolution im Iran (1979), die katholisch geprägte Solidarnosz-Bewegung in Polen (70er/80er Jahre), die Rolle der katholischen Kirche in den politischen Auseinandersetzungen in Lateinamerika (70er/80er Jahre) und das Auftreten einer protestantisch geprägten «Moral Majority» in den USA (seit den 80er Jahren) machten das aller Welt deutlich. Seither haben die Wahlerfolge islamistischer, hindunationalistischer oder von Evangelikalen unterstützter Parteien diesen Eindruck noch verstärkt. Selbst in der seit Atatürk offiziell säkularen Türkei kam in demokratischen Wahlen 2002 eine vom Islam geprägte Partei an die Macht.

An der Entwicklung im Iran entzündete sich eine Debatte, in der «die Rolle der Frauen» zu einem Kriterium der Beurteilung islamistischer Bewegungen, oft des Islam überhaupt wurde. Der weitgehend säkularisierte Westen, in dem zu gleicher Zeit die juristische Benachteiligung von Frauen korrigiert wurde, sah sich selbst als «fortschrittlich», auf anderen Vorstellungen von der Rolle der Frau beharrende Religionen, Bewegungen und Gesellschaften dagegen als rückständig oder rückschrittlich. Einschränkende Vorschriften für Frauen und an ihnen verübte Verbrechen in islamischen Ländern stärkten dieses Gefühl. Das hat mit dazu beigetragen, dass Samuel Huntingtons radikal verkürzende These vom «Kampf der Kulturen» so viel Zustimmung fand.

Doch mit dem zu jener Zeit an Bedeutung gewinnenden Begriff des religiösen Fundamentalismus rückten auch die anderen großen Weltreligionen kritisch in den Blick. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen arbeiteten heraus, dass es in fundamentalistischen Bewegungen fast immer auch um das Verständnis von Sexualität, die Vorstellung von Familie und damit auch um Kontrolle über Frauen geht. Homosexualität wird von allen fundamentalistischen Bewegungen vehement abgelehnt und attackiert, Homosexuelle vielfach mit Gewalt bekämpft.

Doch warum wählen Frauen dann fundamentalistische Parteien oder engagieren sich in fundamentalistischen Bewegungen? Auch dafür gibt es Erklärungen: Autoritäre, manchmal auch elitäre oder repressive Modernisierung von oben, wie etwa der Schah im Iran sie praktizierte, kam auch bei vielen Frauen nicht gut an. Umgekehrt spricht der Appell an Familienwerte sie an, insbesondere dann, wenn ihr Alltag dem nicht entspricht: Manche Frau, etwa in den Slums Lateinamerikas, erhofft sich von den Moral predigenden Protestanten bessere Männer (= ohne Alkohol und andere Frauen). In anderen Ländern (zum Beispiel im Libanon) leistet religiös geprägte Sozialarbeit das, was der Staat verspricht, aber nicht liefert. Schließlich schaffen fundamentalistische Bewegungen, teilweise gegen ihre Programmatik, auch Räume für Frauen außerhalb ihrer Beschränkungen auf Haus und Familie (zum Beispiel die Hindutva-Bewegung in Indien).

Inspiziert von der Frauenbewegung haben sich in den letzten 25 Jahren feministische Theologinnen in Christentum und Islam daran gemacht, die religiösen Überlieferungen von ihren patriarchalischen Interpreten und den sie beeinflussenden Traditionen zu trennen. Und da, wo politische Spielräume bestanden, verschafften Frauen in islamisch geprägten Ländern sich auf verschiedenen Wegen privat und manchmal auch öffentlich Gehör und Einfluss.

So unübersichtlich die Situation ist und so kompliziert die Zusammenhänge sind: Sicher ist, dass Religion in den meisten Teilen der Welt eine große öffentliche Rolle spielt und sich auch politisch artikuliert und organisiert. Gewiss ist auch: Religion spielt im Verhältnis der Geschlechter und in den Auseinandersetzungen über die Gesellschaftsordnung eine zentrale Rolle. Die Debatten darüber finden sowohl auf zivilgesellschaftlicher Ebene statt als auch im politischen Raum und bei der Frage nach der Staats- und Regierungsform. «Und genau deshalb sind sie Teil unserer politischen Arbeit in den verschiedenen Regionen der Welt», so Barbara Unmüßig.

Wie aber wirken Religion und Politik genau zusammen? Und was bedeutet das im Alltag, insbesondere für Frauen und Geschlechterverhältnisse? Gehen von religiös motivierten politischen Bewegungen Gefahren für die – im Gefolge der Weltfrauenkonferenzen juristisch in vielen Ländern verankerte – Gleichstellung der Geschlechter aus? Und auch für die Demokratie? Oder schafft eine religiös geprägte Bewegung Frauen neue öffentliche Räume und Zugang zu demokratischer Mitbestimmung? Müssen die Rechte von Frauen gegen die Religionen durchgesetzt werden, oder kann das auch mit ihnen geschehen?

Um diesen – häufig sehr emotional diskutierten – Fragen auf den Grund zu gehen, sich ihnen qualifiziert stellen und einen Beitrag zur politischen Debatte leisten zu können, ist die Heinrich-Böll-Stiftung eine Kooperation mit dem United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD) in Genf eingegangen.

Elf Länderbeispiele werden nun von Frauen und Männern aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen untersucht: der islamisch (Shi'a) geprägte Iran, der jüdische Staat Israel, Pakistan mit seiner dem Sunni-Islam anhängenden Bevölkerung, das katholisch-konservative Chile, das zu 80 Prozent hinduistische Indien, Nigeria mit seinen Spannungen zwischen Islam-Anhängern und Christen, das christlich-orthodoxe Serbien, die säkular verfasste Türkei mit ihrer überwiegend islamischen Bevölkerung, Mexiko, in dem die katholische Kirche ihre Monopolstellung verliert, das katholische Polen und die USA, in der Staat und Kirche klar getrennt sind, die Bevölkerung sich aber bei ihren Wahlentscheidungen auch von ihren religiösen Überzeugungen leiten lässt.

Die Expertinnen und Experten beschäftigen sich mit dem Zusammenhang von Religion, Politik und Geschlechtergleichstellung in ihren Ländern. Eine internationale Konferenz «Religion Revisited» (5.–6. Juni 2009) in Berlin diskutierte die politische und religiöse Praxis aus verschiedensten Ländern der Welt und ging der Frage nach, ob und wie Frauenrechte und Religion miteinander vereinbar sind.

Die Langversionen der elf Länderstudien sowie der beiden in Auftrag gegebenen thematischen Papiere zum Konzept der öffentlichen Religion (José Casanova) und die feministische Antwort auf dieses (Anne Phillips) werden unter <http://religionrevisited.gwi-boell.de> allgemein zugänglich. Gekürzte Fassungen werden zudem spätestens 2010 in Buchform veröffentlicht.



«WIESO WAREN AUF MEINER
HÖHEREN SCHULE AUSSER MIR
NUR ZWEI WEITERE SCHWARZE
MÄDCHEN UND SONST NUR WEISSE
PORTUGIESINNEN? WARUM
MUSSTE MEIN ONKEL, DER DURCH
EINE MINE SCHWER VERLETZT
WURDE, IN DER PORTUGIESISCHEN
ARMEE KÄMPFEN?»

Ana Paula Assubuji

Als Mosambik 1975 unabhängig wurde, war Ana Paula Assubuji erst elf Jahre alt. Sie registrierte aber deutlich, wie ihr gesamtes Umfeld – Elternhaus, Schule, Freunde im Stadtteil – über eine neue, bessere Gesellschaftsordnung diskutierte. Fragt man sie heute, so war diese frühe Auseinandersetzung mit Macht und Machtverhältnissen, mit Ausbeutung und Ungerechtigkeit, die Grundlage für ihr späteres feministisches Engagement: «Wieso waren auf meiner höheren Schule außer mir nur zwei weitere schwarze Mädchen und sonst nur weiße Portugiesinnen? Warum musste mein Onkel, der durch eine Mine schwer verletzt wurde, in der portugiesischen Armee kämpfen?»

Wenige Jahre später, Paula war 18 Jahre alt und wollte studieren, machte ihr die neue sozialistische Regierung einen Strich durch die Rechnung. Sie wurde an einer technischen Ausbildungsanstalt als Lehrerin eingesetzt. Das zentrale Planungssystem bestimmte, wo der Mangel an Arbeitskräften am größten war.

Das Studium holte Paula später in Deutschland nach, die Liebe zu einem jungen Mann aus Hamburg machte es möglich. Als diplomierte Volkswirtin kam sie 1984 zur FrauenAnstiftung – eine der Vorgängerorganisationen der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie arbeitete an Projekten zum Frauen-Empowerment in der ganzen Welt und setzte sich systematisch mit feministischen Theorien auseinander. «Bis dahin hatte ich ein Gespür für Ungerechtigkeit und Prozesse gesellschaftlicher Marginalisierung. Der enge Kontakt mit den Feministinnen in Deutschland hat mich dazu gebracht, mich mit dem Feminismus als Konzept zu beschäftigen.»

Nach 17 Jahren in Deutschland – zum Schluss in der Zentrale der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin – fassten Paula und ihre Familie den Entschluss, zurück ins südliche Afrika zu gehen. Sie arbeitete einige Jahre als Entwicklungshelferin für eine internationale NGO, bevor sie 2008 erneut zur Heinrich-Böll-Stiftung kam, diesmal ins Regionalbüro Kapstadt. Heute ist sie Koordinatorin des Programms «Menschenrechte und Politische Rechte», das einen starken geschlechterdemokratischen Schwerpunkt hat.

Was Paula in ihrer Arbeit auszeichnet, ist ihr besonderer Zugang zu Menschen, ihr politisches Gespür und ihre hohe Glaubwürdigkeit. Sie vertritt nicht lediglich eine westliche «Geberorganisation», die sich, einer entwicklungspolitischen Mode folgend, plötzlich «Gender» auf die Fahnen geschrieben hat. Die Partnerinnen nehmen ihr ab, dass sie Teil der Bewegung ist, dass die Heinrich-Böll-Stiftung es ernst meint mit ihren geschlechterpolitischen Zielen. Mit ihrem Charme und ihrer Beharrlichkeit kann Paula selbst in Situationen vermitteln, in denen andere längst aufgegeben hätten – beispielsweise, wenn eher traditionelle afrikanische Frauenrechtlerinnen und LGBT-Aktivistinnen keine gemeinsame politische Strategie finden. Und dies, obwohl beide Seiten betonen, dass die südafrikanische Frauenbewegung sich nicht spalten darf. ■

Kapitel III.

WIRTSCHAFT GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN

Wirtschaftliche Globalisierungsprozesse haben mit ihren Ungleichzeitigkeiten und Brüchen sehr verschiedene und oft gegenläufige Auswirkungen auf Frauen und Männer. Sie verändern Ökonomien, Sozialsysteme und Kulturen in unterschiedlicher Weise. In manchen Ländern, Regionen oder Branchen haben Frauen Arbeitsplätze gefunden, die ihnen zu mehr Unabhängigkeit verhelfen. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Auf der anderen Seite konzentrieren sie sich immer noch in schlecht bezahlten Berufen und Tätigkeiten. Sehr viele können von ihrem Einkommen nicht angemessen leben: Frauen stellen weltweit 60 Prozent der arbeitenden Armen.

Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise verlieren zusätzlich viele Menschen ihren Arbeitsplatz. Die zunehmende Prekarisierung trifft Frauen auch indirekt, weil sie viele Männer in ihrem Selbstverständnis als Ernährer einer Familie erschüttert.

Informelle Beschäftigung hat weltweit ein Rekordniveau erreicht. 1,8 Milliarden Menschen arbeiten ohne formalen Arbeitsvertrag und ohne soziale Absicherung. In Subsahara-Afrika sind schon jetzt drei Viertel aller Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft «informell». Mehr als 700 Millionen informell Beschäftigte leben von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag. Auch der informelle Sektor, wo jeder auf eigene (bescheidene) Rechnung arbeitet, ist von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten gekennzeichnet. Das zeigt die Statistik, wenn man die Daten für Afrika aufschlüsselt: Dann sind es 84,1 Prozent der Frauen, die im informellen Sektor arbeiten, und 63 Prozent der Männer.

Geschlechterungleichheit besteht nicht nur in der Erwerbsarbeit, sie setzt sich in der Sorgearbeit fort. Sie wird weitgehend unbezahlt von Frauen geleistet. Die ökonomisch gut gestellte globale Mittelklasse verharrt in der tradierten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, nur leistet sie sich häufig – ob in Berlin oder Beirut, ob in Lagos oder Los Angeles – schlecht bezahlte Putzhilfen, Kindermädchen oder Altenpflegerinnen. Die Neuverteilung von Sorgearbeit findet rund um den Erdball statt. Jedoch nicht zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen Frauen aus ganz verschiedenen Ländern, sozialen Klassen und Kulturen.

Migration – immer noch als Männerdomäne angesehen – ist deshalb längst weiblich: Die Hälfte aller Migranten sind Frauen. Nahmen sie in der Vergangenheit überwiegend als Familienangehörige, Vertriebene oder Flüchtlinge an den internationalen Wanderungsbewegungen teil, so ziehen heute immer mehr Frau-

en auf der Suche nach Arbeit in die Ferne. Obwohl sie oft eher wenig verdienen, sparen sie eisern und unterstützen die zurückgebliebenen Familien.

Die Ambivalenz ökonomischer Globalisierungsprozesse zu verstehen und ihre Auswirkungen in Entscheidungsprozesse einzubringen ist ein wichtiges Themenfeld für internationale Geschlechterpolitik. Das Wissen um die Auswirkungen globaler wirtschaftlicher Prozesse und politischer Entscheidungen zu vertiefen und zu erweitern – sei es in der Handels-, Arbeitsmarkt-, Finanz- und Investitionspolitik – ist ein großes Anliegen der internationalen Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung. Unsere Kapazitäten dafür müssten in Zukunft noch systematischer ausgebaut werden. Kompetente Partnerinnen und Partner vor Ort zu finden ist nicht ganz einfach. Frauenorganisationen weltweit haben sich immer stärker auf die politische Sphäre, auf rechtliche Gleichstellungspolitik, auf die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterpolitik konzentriert und weniger auf ökonomische Fragen. Auch die globalisierungskritischen Bewegungen weltweit sind erstaunlich geschlechterblind. Dennoch gibt es mittlerweile eine Vielzahl von geschlechterdifferenzierten Analysen, insbesondere zu einzelnen Sektoren wie der Textil- und Computerbranche oder zur Landwirtschaft, wo das Gros der formalen und informellen Beschäftigung von Frauen stattfindet. Ökonomische Feministinnen haben vielfältige konzeptionelle Grundlagen für geschlechtersensible Konzepte und Analysen geschaffen. Solche Perspektiven in ökonomische Entscheidungsfindungsprozesse einzubringen ist u. a. das Ziel unseres Engagements beim laufenden bilateralen Abkommen zwischen der Europäischen Union und Indien.

Wirtschaftliches Empowerment von Frauen zu stärken ist zwar häufig Ziel vieler klassischer Entwicklungsprojekte. Unser Ansatz zielt darauf ab, geschlechterpolitisches Wissen und die Kompetenzen von Frauen (und Männern) bei nationalen und internationalen wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu vertiefen und globale Netzwerke in ihrer Fähigkeit zur Einmischung zu unterstützen. Ein Schlüsselprojekt sind regelmäßige Summer Schools unter dem Motto «Engendering Macroeconomics». Drei internationale und drei regionale Summer Schools haben wir in den letzten Jahren umgesetzt. Wir haben dieses Programm ausgewertet: Der Bedarf nach ökonomischem Wissen ist immens, Kompetenzen werden bei solchen Summer Schools gestärkt. Jedoch brauchen solche Summer Schools vielmehr Nachbereitung und Engagement, wenn daraus politische Netzwerke mit Einfluss auf ökonomische Entscheidungsprozesse entstehen sollen. Wir nehmen diese Herausforderung an und werden uns in Zukunft auf regionale Summer Schools konzentrieren. ■

SÜDAFRIKA

Am Ende der Kette

Gertruida Baartman musste ihren ganzen Mut zusammennehmen, als sie 2006 vor den Aktionären der britischen Supermarktkette TESCO stand. Aber sie war sich ihrer Sache sicher: dass es nicht recht ist, dass sie, Witwe und Mutter von drei Kindern, so wenig verdient, dass es hinten und vorne nicht reicht. Frau Baartman pflückt sechs Monate im Jahr Obst auf einer Farm in Ceres (Südafrika) – Früchte, die TESCO in seinen Geschäften verkauft.

Sie bekam viel Beifall für diese Rede; David Reid, der TESCO-Chef, lobte ihren Mut und versprach, dass sie dafür nicht bestraft werde und dass man die Arbeitsbedingungen in Südafrika überprüfen werde. Doch kaum war Gertruida Baartman wieder zuhause, musste sie erleben, dass der Farmer sie für die nächste Saison nicht wieder anheuern wollte. Nur einer energischen Intervention von Women on Farms (WFP), der Gruppe, die sie nach London entsandt hatte, ist es zu verdanken, dass sie am Ende wieder beschäftigt wurde. Aber für Loyalität über den Lohn hinaus war nun kein Platz mehr: Hatte der Farmer früher ihren im Rollstuhl sitzenden Bruder zum Arzt transportiert, muss sie nun selbst dafür sorgen und aufkommen.

Auf «ihrer» Farm haben sich die Arbeitsbedingungen seither etwas verbessert, aber grundlegend geändert hat sich für die Saisonarbeiterinnen am Kap kaum etwas. Gertruida Baartman ist deshalb 2007 noch einmal nach Großbritannien gereist. Sie hat den Aktionären vorgerechnet, dass sie vier Stunden arbeiten muss, um sich eine Tüte südafrikanische Birnen bei TESCO leisten zu können.

Dass eine Arbeiterin zu Aktionären sprechen kann, zeigt, wie weit der Horizont von Women on Farms reicht. Die Organisation vertritt die Interessen der in der kommerziellen Landwirtschaft tätigen Frauen – im Alltag gegenüber dem einzelnen Farmer, aber auch im Widerstreit mit der Regierung oder gegen ausländische Konzerne. Fatima Shabodien, die Direktorin, bewegt sich auf einer Farmarbeiterinnenversammlung genauso sicher wie auf feministischen Kongressen oder in harten Debatten über die strukturell ungerechte Weltwirtschaft.

Noch nie in der Geschichte Südafrikas waren so viele Frauen in der Landwirtschaft beschäftigt. Unter der Apartheid lebten die Arbeiterfamilien in einfachen Häusern auf dem Land ihres Arbeitgebers, in einem quasifeudalen Verhältnis vom Farmer abhängig. Und Frauen waren Anhängsel der Männer, arbeiteten als «Frau von» im Haus oder in der Saison mit. Über Generationen ging das so.

Mit den neuen Gesetzen zugunsten der Farmarbeiter und im kalten weltwirtschaftlichen Wind werden die informellen, aber permanenten und mit Wohnmöglichkeit verbundenen Arbeitsverhältnisse zugunsten von Saisonverträgen abgelöst. Mit diesem Prozess geht eine Feminisierung einher: «Etwa 60 % der Arbeit wird heute durch Saisonkräfte erledigt, und zwei Drittel davon sind Frauen», sagt Fatima Shabodien.

Women on Farms ist aus einer 1992 ins Leben gerufenen Initiative von Menschenrechtsanwälten entstanden. 1996 wurde WFP dann als eigenständige Organisation anerkannt und gewann auch bald ausländische Förderer. «Wir tragen mit dazu bei, dass der Auftritt von Gertruida in London keine isolierte Initiative bleibt», sagt Paula Assubuji, Programmmanagerin im Kapstädter Büro der Heinrich-Böll-Stiftung, «sondern dass weitere Schritte geplant, vorbereitet und durchgeführt werden können, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation von Frauen auf den Farmen beitragen.» Dazu gehört zum Beispiel juristische Expertise: Bei Women on Farms werden Gesetzesentwürfe auf ihre Auswirkungen auf Frauen auf den Farmen geprüft. Und wenn dann eine Anhörung im Parlament stattfindet, wissen die WFP-Frauen ihre Interessen gut zu vertreten. Die Arbeiterinnen werden bei verschiedenen Zusammenkünften über ihre Rechte informiert und dazu ermuntert und angeleitet, nicht nur bei Kampagnen mitzumachen, sondern dabei Führungsrollen zu übernehmen.

Doch NGOs können kommen und gehen, deshalb beschlossen die bestehenden «Vroue Regte Groepe» von WFP, diese Basisstruktur zum Kern einer starken Organisation zu machen, die im Namen ihrer Mitglieder handeln kann. 2004 war es dann so weit: Am 9. August, dem nationalen Frauentag, wurde die Gewerkschaft Sikhula Sonke («Wir wachsen gemeinsam») gegründet. Sie hat heute mehr als 3.500 Mitglieder auf mehr als 120 Farmen. Bis Ende 2008 hat die Mutter WFP die Tochter noch unterstützt, seither ist Sikhula Sonke komplett selbständig, und die beiden verstehen sich eher als Schwestern.

Wie andere Gewerkschaften streitet Sikhula Sonke für bessere Löhne und gegen Verstöße gegen das Arbeitsrecht, etwa ungerechtfertigte Entlassungen. Bei einer Anhörung des Arbeitsministeriums im September 2008 in Paarl im Weingebiet der Kapprovinz haben mehr als 400 Arbeiter, die meisten Frauen, den Behördenvertretern deutlich gemacht, dass ihr Lohn zum Leben nicht ausreicht. Nirgendwo sonst im Land waren so viele Menschen zu einer solchen Anhörung erschienen. Seit dem 1. März 2009 gilt immerhin ein neuer, der Inflation angepasster Mindestlohn von 100 Euro im Monat. Und die Regierung hat endlich auch einer Forderung der Frauen entsprochen, diesen Lohn nicht auch noch nach Regionen zu differenzieren.

Eine Frauengewerkschaft wie Sikhula Sonke geht aber weit über das hinaus, was vergleichbare männliche Organisationen behandeln. Sie muss sich, so Fatima Shabodien, in einem «integrierten Ansatz» mit allem beschäftigen, was das Leben der Farmarbeiterinnen beeinträchtigt und gefährdet. Und da gibt es jede Menge Probleme. So sind zum Beispiel die Verträge zum Wohnrecht auf dem Farmgelände fast alle mit einem Mann abgeschlossen. Stirbt er, hat die hinterbliebene Frau keinen Rechtsanspruch, manche müssen gehen und verlieren damit auch ihre Arbeit. Und sie müssen oft allein für die Kinder aufkommen, weil die Männer sich der Verantwortung entziehen. Die Frauen haben zwar Anspruch auf Leistungen aus Südafrikas rudimentärem Sozialstaat (zum Beispiel Kindergeld), brauchen aber Unterstützung, um Anträge zu stellen.

Besonders schwierig ist der Kampf gegen die endemische Gewalt auf den Farmen. Alle Gewerkschaftsmitglieder machen es sich zur Aufgabe, gegen Übergriffe auf Frauen in ihren Gemeinschaften vorzugehen. Sie wissen, dass sie sich auf die Polizei

nicht verlassen können. «Die ist in ländlichen Gebieten mehr auf die Bekämpfung von Viehdiebstahl ausgerichtet», sagt Wendy Pekeur mit bösem Spott.

Gertruida Baartman, Fatima Shabodien und Wendy Pekeur kämpfen mit den aus der Apartheid übernommenen Strukturen, gegen zu niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und die Missachtung und Misshandlung von Frauen. Und gleichzeitig rütteln sie an einer langen weltwirtschaftlichen Kette, die immer straffer organisiert wird, weil am anderen Ende der Welt Aktionäre Geld sehen wollen. Damit sich an dieser Ungerechtigkeit etwas ändert, ist Gertruida Baartmann zweimal nach London gereist.

www.wfp.org.za

BRASILIEN

Auf den Teller und nicht in den Tank

Brasilien hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer Agrargroßmacht entwickelt. Das Land ist weltweit der größte Produzent von Zucker und Fleisch, bei Soja steht es nach den USA an zweiter Stelle. Große Unternehmen, oft als Agrobusiness bezeichnet, führen diesen Prozess an und dringen in immer neue Gebiete vor. So wird Soja in Amazonien angebaut und trägt zur Zerstörung der Regenwälder bei.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat Studien zu den ökologischen Konsequenzen des zunehmenden Anbaus von Agrotreibstoffen unterstützt und hilft Nichtregierungsorganisationen, Netzwerken, Foren und Forschungseinrichtungen dabei, eigene Positionen zu entwickeln.

Der großflächige Anbau von Monokulturen ist nicht nur eine Bedrohung für die letzten Ökosysteme Brasiliens, sondern auch für Kleinbauern und traditionelle Gemeinschaften. Die oft versprochene Landreform kommt nur schleppend voran. Währenddessen expandiert das Agrobusiness nicht nur, es verändert auch das Modell der landwirtschaftlichen Produktion. Insbesondere durch die Einführung genetisch veränderten Saatguts werden Bauern in Abhängigkeit von Agrarkonzernen gebracht.

BEI DEN JÜNGSTEN

LATEINAMERIKA-GIPFELN

WAREN DIE FRAUEN SO

PRÄSENT, DASS AUCH DIE

REGIERUNGSCHEFS IHNEN

ZUHÖREN MUSSTEN.

Gegen dieses Modell wehren sich die sozialen Bewegungen Brasiliens, die Landlosenbewegung MST, die Gewerkschaften der Kleinbauern, aber auch indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften. In den vergangenen Jahren haben sich in all diesen Bewegungen auch Frauen organisiert: Sie haben eine eigene Organisation von Landfrauen gegründet (MMC), die in vielen brasilianischen Bundesstaaten präsent und landesweit anerkannt ist.

Unterstützung bekommen sie auch von der alteingesessenen Organisation Sempreviva Organização Feminista (SOF), der die Heinrich-Böll-Stiftung seit vielen Jahren verbunden ist. Die Feministinnen aus São Paulo arbeiten mit den Frauen in den Bauernbewegungen zusammen, führen Fortbildungsmaßnah-

men durch, organisieren Treffen, veröffentlichen Materialien. Im August 2008 luden sie zu einer Diskussion über die zunehmende Produktion von Agrotreibstoffen ein. Etwa 500 Frauen aus dem ganzen Land kamen und erörterten in Belo Horizonte, was diese Entwicklung für Frauen bedeutet: die weitere Verdrängung des Nahrungsmittelanbaus, die zunehmende Marginalisierung der bäuerlichen Landwirtschaft durch das Agrobusiness, das Frauen allenfalls als Erntehelferinnen oder Köchinnen beschäftigt.



Campos Lindos: Kleinbäuerin vor der Enteignung – auf ihrem Land soll Soja angebaut werden.

Mit ihrer Kritik geraten die sozialen Bewegungen und SOF in Konflikt mit den progressiven Regierungen Lateinamerikas. Das schreckt sie nicht, sie verschaffen sich sogar auf höchster Ebene Gehör: Bei den jüngsten Lateinamerika-Gipfeln waren die Frauen, unterstützt von SOF und der Heinrich-Böll-Stiftung, so präsent, dass auch die Regierungschefs ihnen zuhören mussten. Sie fanden dabei mehr Resonanz bei Evo Morales (Bolivien) und Rafael Correa (Ecuador) als bei Lula da Silva (Brasilien) und Hugo Chavez (Venezuela). Immerhin: Durch den Einsatz der Frauen hat die Kritik an einem Entwicklungsmodell an Gewicht gewonnen, das auf der rücksichtslosen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Verdrängung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen beruht.

www.sof.org.br

CHINA

Zugang zu Arbeit und sozialer Sicherung für Chinas Frauen

Die Wirtschaftsreformen der letzten 30 Jahre haben der Volksrepublik China zu einem beeindruckenden Wirtschaftswachstum verholfen. Für Millionen Menschen haben sich die Lebensbedingungen verbessert. Doch die Transformation der Plan- zur Marktwirtschaft hat auch einen Preis: Die staatlichen kollektiven Versorgungsstrukturen sind zu großen Teilen aufgelöst worden, neue soziale Sicherungssysteme werden zwar geplant, sind aber bisher kaum eingeführt worden. Das belastet insbesondere die Frauen, die unter dem doppelten Druck von Flexibilität (für die Arbeit) und Versorgung (diverser Generationen der Familie) stehen.

Um Politikempfehlungen für die Durchsetzung eines gleichberechtigten Zugangs zum ersten Arbeitsmarkt und zu sozialer



Chinesische Arbeiterinnen in einer Spielzeugfabrik in Guangdong

Sicherung zu erarbeiten, hat die Heinrich-Böll-Stiftung zwei Forschungsprojekte zu «Frauen und informelle Beschäftigung» und «Frauen und unbezahlte Reproduktionsarbeit» (2006–2008) gefördert.

Die informelle Beschäftigung, d. h. eine Tätigkeit ohne Arbeitsvertrag, ist in den Städten zwischen 2002 und 2005 von 18,5 % auf 32,6 % angestiegen, und die Tendenz bleibt steigend. Die Soziologin Deng Quheng weist darauf hin, dass es im informellen Sektor sowohl selbständig Arbeitende als auch Lohnempfänger gibt. Wie wirkt sich dessen Anwachsen auf die Arbeitsverhältnisse von Frauen und ihre soziale Absicherung aus? Welche Rolle spielt dabei die Versorgung von alten Menschen und Kindern? Welche Unterschiede gibt es zwischen Frauen aus städtischen und aus ländlichen Regionen? Diesen und weiteren Fragen, die im regulären Curriculum der Wirtschaftswissenschaften ausgeblendet werden, sollte mit den Studien nachgegangen werden.

Die Studien zeigen die komplexe Verschränkung von Familie, Arbeitsmarkt, Binnenmigration, von Heimat-, Wohn- und Arbeitsort und die damit verbundenen Probleme von Frauen auf. Beispielsweise haben nur gut ausgebildete städtische Ehefrauen mit Kindern ab zwei Jahren gute Chancen, ihr Kind in einem öffentlichen städtischen Kindergarten unterzubringen und einer Arbeit mit regulärem Arbeitsvertrag und Sozialversicherung nachzugehen. Die Fürsorgepflicht für die eigenen Eltern, so ein Teilergebnis einer Studie, beeinflusst die Möglichkeit, außerhalb des Hauses zu arbeiten, kaum, während die Pflege der Schwiegereltern sie deutlich verringert und zeitlich begrenzt.

Frauen aus ländlichen Regionen, so eine andere Studie, die Arbeit in Fabriken oder informelle Beschäftigung in den Städten suchen, lassen ihre Kinder zunehmend bei ihren Eltern auf dem Dorf zurück und gehen auch nach der Heirat und Geburt von Kindern arbeiten. Klassische Pflichten der Reproduktionsarbeit halten sie nicht mehr von einem Eintritt in den (zumeist informellen)

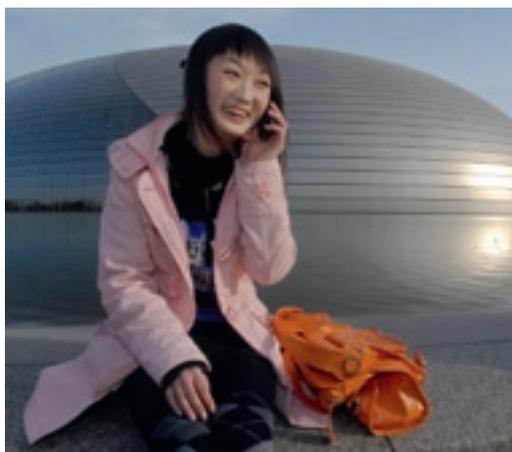
Arbeitsmarkt ab. Die zunehmende Binnenmigration hat bewirkt, dass sichtbar mehr Kinder, Jugendliche und Großeltern in die Betreuung von Kleinkindern und Hausarbeit einbezogen werden, insbesondere Mädchen und Großmütter.

Allgemeine Thesen über Reproduktionsarbeit und Zugang zum formellen und informellen Arbeitsmarkt von Frauen lassen sich nur schwer aufstellen: Wegen der extremen Stadt-Land-Gegensätze und großen Unterschieden zwischen den einzelnen Teilen des Landes fehlen auch oft detaillierte Statistiken. Die sehr unterschiedlichen Lebenssituationen müssten in den Politikempfehlungen für eine frauengerechtere Sozialversicherung berücksichtigt werden, wenn diese wirksam sein soll.

Im Rahmen der beiden Projekte sollte über die reine Forschungsarbeit hinaus ein Netzwerk von Wissenschaftlerinnen, Mitgliedern von NGOs und GONGOs (regierungskontrollierten NGOs) aufgebaut werden. Dazu ermöglichte die Heinrich-Böll-Stiftung Anfang 2007 zwei chinesischen Wissenschaftlerinnen des Allchinesischen Frauenverbandes (ACWF) und des Nationalen Statistikbüros (NSdB) eine Forschungsreise nach Indien. Dort besuchten sie Workshops zum Thema «Informelle Arbeit in China und Indien» und lernten Mitglieder der Frauengewerkschaft The Self-Employed Women's Association (SEWA) und des Social Centre for Rural Initiative and Advancement (SCRIA) kennen. Aufgrund der administrativen Regularien chinesischer Organisationen hinsichtlich der Verwaltung von Finanzen hat es sich jedoch als schwierig erwiesen, den Aufbau eines Netzwerkes langfristig finanziell zu unterstützen. Infolgedessen werden zukünftig Projekte nur noch mit jeweils einem chinesischen Kooperationspartner durchgeführt.

Und doch sind neue Querverbindungen entstanden: Vier Doktorandinnen aus dem Forschungsprojekt präsentierten auf der landesweiten Konferenz der chinesischen Wirtschaftswissenschaften im Herbst 2008 in Chongqing ihre Forschungspapiere

zu unbezahlter Reproduktionsarbeit. Bei einem gemeinsamen Mittagessen von Wirtschaftswissenschaftlerinnen am Rande der Konferenz war deutlich sichtbar, dass sich ein informelles Netzwerk verschiedener Generationen von Forscherinnen aufgebaut hat. Ein großer Teil von ihnen hatte sich vor einigen Jahren auf einem Workshop in der Pekinger Universität kennengelernt, andere auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung in Shanghai. Nicht wenige der etwas älteren Frauen waren zwischenzeitlich im Ausland und können dadurch auch internationale Kontakte in das Netzwerk einbringen und den jüngeren Frauen Stipendien etc. vermitteln.



Junge Frau vor dem National Centre for the Performing Arts in Beijing, VR China

Die Motivation der chinesischen Forscherinnen, den Reformprozess Chinas aktiv und konstruktiv mitzugestalten, ist beeindruckend. Sie sehen sich als Intellektuelle in der Verantwortung, sich für das Allgemeinwohl und die Weiterentwicklung der chinesischen Gesellschaft einzusetzen, was sowohl auf die «konfuzianische» als auch die «sozialistische» Tradition zurückgeht. Viele von ihnen gründen zusätzlich zu ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit Initiativen und NGOs an den Universitäten, um Beratung für Leute aus diversen Schichten der Bevölkerung anzubieten. Auf diese Art und Weise sind sie Teil des öffentlichen Lebens und haben einen Praxisbezug zu den sozialen Problemen, der in der akademischen Welt in Deutschland nicht sehr häufig zu finden ist.

www.boell.de

CHINA

Peinliche Prüfung

Eine Anleitung, um der Regierung auf den Zahn zu fühlen, ob sie das Geld für die richtigen Ziele ausgibt – für die allermeisten Chinesinnen und Chinesen ist das eine ungewohnte Vorstellung. Von großen Banken zu verlangen, dass ihre Investitionen auch Frauen zugute kommen, mit Sicherheit auch. Genau dazu aber hat Gender Action aus Washington zusammen mit Juristinnen vom Women's Law Studies and Legal Aid Center (WLSLAC) der Universität Peking eine Handreichung erarbeitet.

Gender Action und WLSLAC haben sich gleich an schwergewichtige Projekte herangewagt – die Investitionen der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der International Finance Corporation, kurz: der in China tätigen International Financial Institutions (IFIs). In deren Entscheidungsgremien hat auch die chinesische Regierung Sitz und Stimme.

Nützen die Projekte auch Frauen? Oder haben sie gar schädliche Auswirkungen auf deren Lebenssituation und das Ge-

schlechterverhältnis? Dass alle drei Banken erklärtermaßen eine «Genderpolitik» haben und dass man bei ihnen vorstellig werden kann, wenn man der Meinung ist, dass sie sich nicht daran halten, erklären die ersten beiden Abschnitte der Handreichung. Welche Fragen man stellen muss, um sich ein präzises Bild zu machen und ihnen wirklich auf den Zahn fühlen zu können, zeigen die «Checklisten» des dritten Kapitels. Im vierten Kapitel stellen Gender Action und WLSLAC ihre gemeinsam erarbeitete Prüfung von 50 Investitionen der drei Banken in China vor, eine repräsentative Stichprobe von deren China-Engagement.

Mehr als die Hälfte aller in dieser Studie berücksichtigten IFI-Investitionen analysieren das Geschlechterverhältnis überhaupt nicht, über drei Viertel benennen die Kluft zwischen Männern und Frauen nicht und nehmen sich auch nicht vor, daran etwas zu verändern, beziehungsweise wollen auch gar nicht in Betracht ziehen, wie sich das, was sie tun, auf Frauen und Männer jeweils auswirkt. Die Asiatische Entwicklungsbank schneidet dabei besser ab als die Weltbank, und die liegt wiederum vor der International Finance Corporation. Bestanden aber haben alle drei das Examen nicht.

Literatur

Gender Action/NGO Legal Aid (supported by Heinrich Böll Foundation): IFI Gender Audit and Advocacy. A Toolkit for Chinese Civil Society Organizations, Washington 2008

INDIEN

Freihandel verhindert Frauenförderung

Indien ist stolz darauf, die größte Demokratie der Welt zu sein. 15-mal wurde seit der Unabhängigkeit ein Parlament gewählt, beim Urnengang 2009 gab es 714 Millionen Stimmberechtigte – mehr als zweimal so viele wie bei der Wahl zum Europäischen Parlament.

Doch wie steht es im Alltag um die Demokratie, wenn das Ministerium für Handel und Industrie hinter verschlossenen Türen mit der EU einen Vertrag aushandelt, der Auswirkungen auf das Leben der 1,14 Milliarden Inderinnen und Inder haben wird? Die Verhandlungen für ein EU-India Free Trade Agreement (FTA) waren am 28. Juni 2007 aufgenommen worden.

Aber wo ist die Mitbestimmung des Parlaments, wo wird der Sachverstand der Zivilgesellschaft gehört, wo wird berücksichtigt, welche Auswirkungen einzelne Gruppen der Gesellschaft befürchten?

Um diese Fragen in einem Brückenschlag zwischen Indien und der EU aufzunehmen und dabei einen Akzent auf «Gender und Handel» zu setzen, ging die Heinrich-Böll-Stiftung in Indien eine Kooperation mit WIDE, einem feministischen Netzwerk von Frauen- und Entwicklungsorganisationen in Europa, ein. Im WIDE-Netzwerk beschäftigen sich Gender-Expertinnen und Aktivistinnen bereits seit 1995 mit Handelsfragen. Dabei geht es insbesondere um die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Implikationen von Handelspolitik. Eine Studie von Christa Wichterich zu den genderbezogenen und sonstigen sozialen Auswirkungen des EU-Indien-Handelsabkommens war Grundlage für einen Workshop im März 2008 in New Delhi mit indischen NGOs, bei dem detailliert analysiert wurde, wo die Gefahren eines derartigen Freihandelsabkommens liegen.

Wie jede andere ökonomische Politik wirken sich auch Freihandelsabkommen unterschiedlich auf die Geschlechter aus. In einem Land, in dem ein Viertel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt und Frauen am unteren Ende der Werte- und Einkommensskala angesiedelt sind, wird freier Wettbewerb ihre Lage noch prekärer machen. Kleine und mittlere Industriebetrie-

be, Bäuerinnen und Saisonarbeiterinnen, Kleinhändlerinnen und Frauen im informellen Sektor werden der Macht und dem Sog von Großunternehmen ausgesetzt sein. Gleichzeitig setzen ausländische Investoren in Exportsektoren wie der Herstellung von Textilien und Leder, der Diamantenverarbeitung und in Call-Centern ganz stark auf Frauen als Billigarbeiterinnen.

Und wenn gleichzeitig der politische Spielraum der indischen Regierung beschnitten wird, durch Vorgaben bei Ausschreibungen bestimmte Gruppen der Gesellschaft bevorzugt zum Zuge kommen zu lassen («affirmative action») oder bei der Landwirtschaftspolitik die Ernährungssicherung in den Vordergrund zu stellen, dann wird es noch schwerer, die Lage der Frauen zu verbessern. Bedroht sein kann auch der Zugang zu grundlegenden Diensten wie Wasser- und Gesundheitsversorgung. Kommen hier private Anbieter zum Zug, wird nicht mehr die Grundversorgung im Mittelpunkt stehen, sondern der Gewinn. Und darunter werden auch wieder insbesondere die Frauen zu leiden haben.

Ziel des Workshops im März war, Aufmerksamkeit zu lenken auf die sozialen und genderbezogenen Konsequenzen des Abkommens. Eine Lobby-Reise nach Brüssel machte fünf indische NGO-Vertreterinnen und -Vertreter mit den politischen Strukturen bei der EU vertraut. Sie motivierte und stärkte die Vernetzung weiter und gab entscheidende Impulse für das neu gegründete indische Forum on FTAs, ein Netzwerk indischer Organisationen, das sich kritisch mit allen derzeit geplanten

WIE JEDE ANDERE
ÖKONOMISCHE POLITIK
WIRKEN SICH AUCH
FREIHANDELSABKOMMEN
UNTERSCHIEDLICH AUF DIE
GESCHLECHTER AUS.

Freihandelsabkommen Indiens auseinandersetzt. Ein internetgestütztes Netzwerk wurde eingerichtet, eu-india-fta-l@gn.apc.org, das 95 Abonnenten hat, 2/3 davon in Europa, 1/3 in Indien und anderen asiatischen Ländern. Meist sind es NGOs, aber auch Europa-Parlamentarier sind darunter. Hier werden Informationen zum Verhandlungsstand und anderen Themen im Zusammenhang mit dem EU-Indien-Freihandelsabkommen zwischen europäischen und indischen Interessierten ausgetauscht.

Am 21. September 2008 trat das Forum on FTAs mit einer Demonstration vor der EU-Vertretung in New Delhi zum ersten Mal an die Öffentlichkeit und forderte die Aussetzung der Verhandlungen. 75 Personen und Organisationen haben den Aufruf unterzeichnet, Frauengruppen sind kaum darunter. Auch in Indien ist die Zivilgesellschaft thematisch und regional zersplittert. Deshalb wird die Kampagne nun verstärkt den Kontakt zu Basisbewegungen suchen, die gegen Probleme kämpfen, die durch ein Freihandelsabkommen noch verschärft werden könnten.

Zum Austausch und der Koordination weiterer Aktivitäten kamen im April 2009 dann drei Repräsentantinnen des Forums on FTAs zu einem von WIDE und anderen europäischen NGOs organisierten Workshop zum EU-Indien-FTA nach Berlin. WIDE in Europa und das Forum on FTAs in Indien verlangen, dass Öffentlichkeit über den Verhandlungsprozess hergestellt wird, dass sie Zugang bekommen, gehört werden und Einfluss nehmen können. Sie wissen, dass Abkommen wie diese nicht geschlechtsneutral sind – was immer auch über gleiche Bedingungen für alle behauptet werden wird. Deshalb müssen die Auswirkungen auf

Frauen immer mitbedacht und die Abkommen so gestaltet werden, dass sie die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Frauen und Männern nicht noch verbreitern, sondern den Abbau von Armut, nachhaltige Entwicklung und Geschlechtergerechtigkeit fördern.

Offenbar müssen auch die beiden größten Demokratien der Welt durch kleine, aber effektive Netzwerke zu Transparenz angehalten und auf Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet werden.

www.wide-network.org

www.boell-india.org

LIBANON

Rechtzeitig handeln

Strukturanpassungsprogramme, Handelsabkommen und die Einbindung in Freihandelszonen haben gravierende Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerungen im Nahen Osten. Doch sie erfahren erst etwas von diesen internationalen Verträgen, wenn sie schon deren Folgen spüren. Da viele Frauen im informellen Sektor und in der Landwirtschaft arbeiten, sind sie von der ökonomischen Integration ganz besonders betroffen. Im Libanon ist eine nationale Kommission mit den WTO-Verhandlungen betraut; zivilgesellschaftliche Kräfte sitzen dort nicht mit am Tisch. Um die Verhandlungen von außen zu beobachten und beeinflussen zu können, fehlt es ihnen an der nötigen Expertise.

Seit dem Jahr 2005 unterstützt das Büro Beirut daher die libanesische Collective for Research and Training on Development-Action (CRTD.A) darin, anhand von Pilotstudien und Seminaren Expertise zu schaffen und Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass internationale Handelsabkommen langfristige Auswirkungen auf Geschlechterbeziehungen und die soziale und ökonomische Stellung der Frau haben. 2008 förderte die Stiftung erstmalig ein vom International Gender and Trade Network durchgeführtes Training für über 50 Repräsentanten libanesischer NGOs, Kooperativen, Gewerkschaften, UN-Organisationen und Ministerien. In Workshops wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermutigt, sich sektoriell (Landwirtschaft, Dienstleistungen, Textilindustrie etc.) wie auch thematisch (GATs, GATTS, TRIPS, Rechte lokaler Produzenten, Subventionen) mit der Problematik intensiv auseinanderzusetzen. Am Ende verständigten sie sich auf Prioritäten für gemeinschaftliche Aktionen im Jahr 2009: nämlich die neu gewonnenen Einsichten weiterzugeben, die Beitrittsverhandlungen aktiv zu begleiten und eine Schaltstelle für die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor einzurichten.

Um grenzüberschreitende Kooperationen zu ermöglichen, waren auch syrische Aktivistinnen zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen worden, um sich mit den Mechanismen der WTO vertraut zu machen. Mittelfristig soll eine regionale Advocacy-Plattform ins Leben gerufen werden.

In Anschluss an das Training führte Mariarosaria Iorio, Direktorin des International Gender and Trade Network, mit Unterstützung der Stiftung eine Reihe von Konsultationen mit Personen und Institutionen durch, die an den libanesischen WTO-Beitrittsverhandlungen beteiligt sind. Gesprächspartner waren Personen in den verschiedenen Ministerien, der Handelskammer und der Zentralbank, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der Europäischen Kommission. Die Ergebnisse sind in dem Dokument «Lebanon's Accession to the WTO: Highlights of Critical Issues» pointiert zusammengefasst, das in englischer und arabischer Sprache online gelesen werden kann.

www.crtda.org.lb

www.igtn.org

USA

Für Geschlechtergerechtigkeit in der globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik

Wie kann die gegenwärtig weitgehend geschlechterblinde volkswirtschaftliche Theorie und Praxis so verändert werden, dass nicht ökonomischer Profit als Wert an sich, sondern soziale Gerechtigkeit, Achtung von Menschen- und insbesondere Frauenrechten und damit letztlich Geschlechtergerechtigkeit die Ziele wirtschaftlichen Handelns werden?

Die fünfte internationale Summer School in Washington beschäftigte sich 2007 mit Gender-Politiken und Gender-Implikationen der Politik der Internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds sowie multilaterale Entwicklungsbanken). Einmal sollten Frauen(gruppen) aus den Partnerländern motiviert werden, sich mit makroökonomischen Fragen zu beschäftigen, zum anderen sollten Ökonomen und Entwicklungsexperten dazu bewegt werden, einen Gender-Blick auf ihr Metier zu wagen.

Das Büro Washington der Heinrich-Böll-Stiftung hatte sich schon zuvor viele Jahre mit Gender und Makroökonomie beschäftigt, vor allem im Handelsbereich und in Kooperation mit Gender Action, einer Nichtregierungsorganisation, die sich seit langem auf dieses Thema spezialisiert hat.

Die öffentlich finanzierten internationalen Finanzinstitutionen sollen Armut reduzieren und wirtschaftliches Wachstum fördern. Dennoch ignorieren sie oft die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen und tragen dazu bei, dass Armut, Prostitution und HIV/Aids zunehmen, urteilen Gender Action und das Center for International Law, beide mit Sitz in Washington. Obwohl einige der untersuchten multilateralen Banken eine Gender-Politik haben, kommt sie wegen mangelnder Finanz- und Personalausstattung kaum zum Zuge. Weniger als ein Prozent der Angestellten dieser Institutionen sind Gender-Expertinnen und Gender-Experten.

Von den Finanzinstitutionen selbst als geschlechterneutral bewertet, zeigen diese Politiken eindeutig geschlechterdifferenzierte Auswirkungen, die Frauen überproportional benachteiligen. Dies analysierten die Sommer-Schülerinnen und -Schüler an Beispielen wie dem «inflation bias» der globalen Währungshüter des IWF: Fallen staatliche Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsangebote für die ärmeren Bevölkerungsschichten weg, übernehmen Frauen – unbezahlt – diese Fürsorgepflichten, die sich in keiner nationalen Wirtschaftsstatistik eines Landes wiederfinden.

Neben der Eröffnung neuer Kontakte und künftiger Kooperationsmöglichkeiten gab die Summer School den Teilnehmenden Gelegenheit, ihr neuerworbenes Wissen und ihre Fähigkeit als Advokaten und Advokatinnen für geschlechtergerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern der Weltbank, des IWF und der US-Regierung bei Besuchen in den entsprechenden Institutionen zu testen.

Um die Ergebnisse weiterzutragen, wurden Lehrmodule entwickelt, die als Webdossier heruntergeladen werden können.

Literatur

GenderAction: «GENDER GUIDE TO WORLD BANK AND IMF POLICY-BASED LENDING» (Washington 2006)

GenderAction/Center for International Law: «GENDER JUSTICE: A CITIZEN'S GUIDE TO GENDER ACCOUNTABILITY AT INTERNATIONAL FINANCIAL INSTITUTIONS» (Washington 2007)

www.boell.org

THAILAND

Die «Aunties» übernehmen die Führung

In Thailand hat der Zusammenhalt und der Einfluss der Frauenbewegung in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Die nachwachsende Generation von Feministinnen und Gender-Aktivistinnen erhält in den hierarchischen Strukturen vieler Organisationen von der älteren Generation wenig Chance, sich zu etablieren und zukunftsweisend und, wie sie es selbst nennen, «postmodern» oder «postkolonial» zu positionieren.

Dagegen spielen Frauen in den sozialen Bewegungen in Thailand eine große und oft auch eine führende Rolle. Eine Studie der «Campaign for Alternative Industry Network» (CAIN) hat untersucht, warum das so ist. «Wir wollen keine Zwietracht zwischen Männern und Frauen säen», sagt Penchom Saetang von CAIN, «aber uns ist aufgefallen, dass in vielen Graswurzelbewegungen hoch motivierte und starke Frauen aktiv sind. Männer engagieren sich auch, aber Frauen haben eine andere Herangehensweise und verfolgen andere Strategien.»



Dawan Chantharahassadee

Es sind die «Aunties» (Tanten), die in diesen Bewegungen den Ton angeben. Dabei – das haben die Befragungen für die Studie ergeben – haben sie jede Menge Widerstände zu überwinden. Das beginnt schon in der eigenen Familie. Somboon Sirkhamdokkae, die für betriebliche Arbeitsschutzmaßnahmen kämpft, wurde wegen ihrer Staublunge nicht nur vom Rest der Familie isoliert, ihr Mann drohte auch dreimal mit Scheidung, weil er nicht einsehen mochte, warum sich seine Frau für andere engagiert. Dawan Chantharahassadee, die Korruption bei einem großen Wasseraufbereitungsprojekt aufgedeckt hatte, fürchtete sich mehr davor, dass ihr Mann sie eines Tages verlassen könnte, als sich mit hohen Regierungsbeamten anzulegen.

Viele Frauenaktivistinnen mussten sich übler Nachrede erwehren; so wird zum Beispiel oft verbreitet, dass sie fremd gingen. Die Gruppe von Sompong Wiangjand und Charoen Kongsuk, die gegen einen Damm kämpft, hat deshalb begonnen, die Familien der beteiligten Frauen in mehr als 60 Dörfern regelmäßig zu besuchen. Nur eine Frau, Phinant Chotirosseeranee, wurde von ihrem Mann von Anfang an unterstützt: Mit dem, was sein Laden abwirft, finanziert er einen Teil ihrer Kosten. Chintana Kaewk-

hao, die immerhin ein Kohlekraftwerk verhindert hat, ist finanziell nicht so gut gestellt. Sie ist immer wieder bedroht worden, so dass ihr Mann sie meist begleiten und der familieneigene Gemüseladen geschlossen bleiben muss.



Chintana Kaewkhao

Die Frauen hatten keineswegs schon zu Beginn an der Spitze ihrer jeweiligen Bewegung gestanden. Sie haben erst übernommen, nachdem die Männer müde wurden oder sich durch lukrative Angebote kooptieren ließen. Charoen Kongsuk, die alte Dame, die von Anfang an gegen den Damm kämpfte, der ihre Lebensgrundlagen bedrohte, bekam an 15 Tagen in Folge Besuch von einem früheren Gouverneur, der sie von ihrer Kampagne abbringen wollte. «Warum bieten Sie mir so viel Geld an, wie ich will?», fragte sie ihn. «Das kann ich nicht akzeptieren. Ich hatte Geld, bevor es mit diesen staatlichen Entwicklungsprojekten los ging. Ich hatte Vieh – Schweine, Enten, Hühner. Und ich hatte Halsketten. Von allem genug. Ich habe Kleider, Kinder, meinen Mann und das Haus, in dem Sie sitzen. Für was sollte ich das Geld brauchen?»

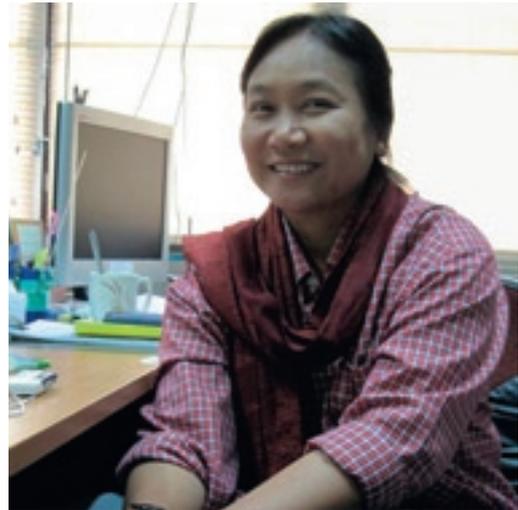
Die Frauen kämpfen nicht nur mit einem bodenständigen Selbstbewusstsein, sie eignen sich auch das nötige Wissen an, um den Experten der Unternehmen und der Regierung entgegenzu-

VIELE FRAUENAKTIVISTIN- NEN MUSSTEN SICH ÜBLER NACHREDE ERWEHREN.

treten. Haben sie Erfolg, heben sie keineswegs ab, hat Penchom Saetang beobachtet, «sie kommandieren die anderen nicht herum und pflegen einen egalitäreren Kommunikationsstil.» Damit die Frauen nicht immer die Hilfsarbeiten übernehmen, während die Männer die Mikrofone ergreifen und die Lorbeeren einstreichen, «müssen wir die sozialen Strukturen ändern», sagt Phinant Chotirosseeranee. «Solange die Gesellschaft weiter auf die Frauen herabsieht und dann von ihnen fordert zu kämpfen, wird es noch ungefähr 200 Jahre dauern, bis wir Gleichberechtigung haben. Aber wenn wir die Politik ändern und auch die Infrastruktur, dann dauert es vielleicht nur 30 Jahre.»

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich nach der Studie und einem Workshop im November 2007 über von Frauen geleitete Umweltbewegungen entschlossen, zwei der Frauen zu unterstützen: Bei Chintana Kaewkiao von der Ban Krud Environment and Nature Conservation Group geht es nicht nur um den Kampf

gegen Kohlekraftwerke, sondern auch um die Rekrutierung und Ausbildung von jungen Frauen als Trägerinnen zukünftiger Bürgerbewegungen. «Mir gefällt daran», sagt Jana Mittag vom Südostasienbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Chiang Mai, «dass wir unserem Ziel näherkommen, Gender in die programmatische Arbeit zu integrieren». Mit Sombun Srikamdokkae vom Council of Work and Environment Related Patient's Network of Thailand (WEPT) gelingt es, Berufskrankheiten und betriebliche Sicherheitsstandards aus geschlechterpolitischer Perspektive zu thematisieren. Während Männer eher Verletzungen davontragen, leiden Frauen unter durch chronische Belastungen verursachten Schäden. Auch bei diesem Vorhaben geht es darum, ein Netzwerk von weiblichen Aktivistinnen aufzubauen.



Sombun Srikamdokkae

Mit den aus Bürgerbewegungen kommenden Frauen kann dann vielleicht eines Tages das grundsätzliche Dilemma angegangen werden: «Frauen sind in nationale Politikentscheidungen nur wenig involviert, da sie diese von Männern dominierte Sphäre als zu «schmutzig», korrupt und ohne bestehende Netzwerke als zu ineffizient empfinden, um sich darin erfolgversprechend zu engagieren. Folglich ist stärkere politische Partizipation und Vertretung von Frauen auf der nationalen Politikebene nur aussichtsreich, wenn sich die grundsätzlichen Mechanismen, die nepotistischen, semi-feudalen männlich dominierten Traditionen des Regierens verändern» (Heike Löschmann, Büroleiterin bis 2008).

www.boell-southeastasia.org

CAIN

Die Campaign for Alternative Industry Network (CAIN) entstand aus dem Toxic Chemical Campaign Committee (TCCC), das nach dem chemischen Großbrand in Bangkoks Klong Toey Port im März 1991 gegründet worden war. CAIN hat seit ihrer Gründung vorrangig zu den Auswirkungen von Industrialisierung und Schadstoffbelastung der Chemieindustrie auf Ökosysteme, Gemeinden und die Gesundheit der Beschäftigten gearbeitet. Um die Arbeiter/innen und die Anlieger in ihrem Recht auf eine saubere Umwelt zu unterstützen, beteiligt sich CAIN an verschiedenen Kampagnen wie dem «Right to Know» und dem «Right to Justice and Participation». Und für die Menschen, die besonders unter den negativen Auswirkungen der Industrialisierung gelitten haben, versucht CAIN eine Verbesserung der Lebensbedingungen und der gesundheitlichen Versorgung zu erreichen.



IN ISRAEL GIBT ES ZAHLREICHE
FEMINISTISCHE GRUPPEN,
DIE SICH FÜR FRAUENRECHTE
EINSETZEN. IN EINER GESELL-
SCHAFT, IN DER SOWOHL DIE
JÜDISCHE MEHRHEIT WIE DIE
PALÄSTINENSISCHE MINDERHEIT
STARK PATRIARCHAL UND MILITA-
RISTISCH GEPRÄGT SIND, IST DIESE
ARBEIT EIN HARTES GESCHÄFT
UND EINE GROSSE
HERAUSFORDERUNG.

Romy Shapira

Romy Shapira ist immer für eine Überraschung gut. Seit einiger Zeit nimmt sie Fahrstunden, um einen LKW-Führerschein zu machen. Die kleine und zierliche Person ist voller Energie und Ideen. In ihrer Freizeit spielt sie auch noch Flöte und macht Yoga.

Auch bei der Arbeit im Büro Tel Aviv der Heinrich-Böll-Stiftung ist sie immer offen für Neues. Sie, die Hebräisch und Englisch fließend spricht, fragt Praktikantinnen und Praktikanten neugierig nach deutschen Ausdrücken. Als der Büroleiter sie kürzlich um die Erledigung einer Sache bat, konterte sie humorvoll in fast akzentfreiem Deutsch: «Ich habe keinen Bock!»

Zum Team gehört Romy Shapira seit April 2008. Für ihre Tätigkeit als Programmkoordinatorin für Gender-Projekte hat sie nicht nur die nötigen Kenntnisse mitgebracht, sondern auch ihre guten Kontakte. Sie studierte an den Universitäten von Jerusalem und Tel Aviv Wirtschaftswissenschaften, Soziologie und Anthropologie. Seit vielen Jahren engagiert sie sich in verschiedenen Gruppen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Romy Shapira ist in Frauenorganisationen aktiv, die allen widrigen Umständen zum Trotz weiterhin versuchen, israelisch-palästinensische Kommunikation und Kooperation zu praktizieren. Dazu gehört die Gruppe Bat Shalom ebenso wie die Internationale Frauenkommission für einen gerechten und dauerhaften palästinensisch-israelischen Frieden. Romy Shapira hält regelmäßig Vorträge zu Menschenrechtsfragen, vor allem im Zusammenhang mit der Lage ausländischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und dem Problem des Frauenhandels.

Sie nahm die Fäden der bestehenden Arbeit im Büro der Heinrich-Böll-Stiftung schnell auf und trug dazu bei, die Schwerpunkte zu präzisieren und zu profilieren oder neue Akzente zu setzen. Einer von der Stiftung in Auftrag gegebenen Studie über feministische Organisationen in Israel verhalf sie durch ihre zielgerichtete, präzise, kenntnisreiche Arbeitsweise zu einer solchen Qualität, dass sie nun auch veröffentlicht wird.

Romy Shapira versteht sich als Feministin und hat dazu ein umfassendes und differenziertes Verständnis. So wehrt sie sich gegen Versuche, Feminismus auf das Thema Frauenrechte zu reduzieren oder gar auf die Frage, ob Frauen bei einer Podiumsdiskussion vertreten sind. Um zu einer Geschlechterdemokratie zu kommen, müssen Männer ihrer Meinung nach integriert und herausgefordert werden.

In Israel gibt es zahlreiche feministische Gruppen, die sich für Frauenrechte einsetzen. In einer Gesellschaft, in der sowohl die jüdische Mehrheit wie die palästinensische Minderheit stark patriarchal und militaristisch geprägt sind, ist diese Arbeit ein hartes Geschäft und eine große Herausforderung.

Glücklicherweise ist Romy Shapira nicht nur kenntnisreich, sondern auch hartnäckig. Und falls sie wirklich mal eine Auszeit vom Kampf für eine gerechtere Welt brauchen sollte, hat sie bald die Möglichkeit, Lastwagen zu fahren. ■

Kapitel IV.

FRIEDEN STIFTEN UND SICHERN

Dass dies ein besonderes Ereignis in der Geschichte der Vereinten Nationen war, war von Beginn an offensichtlich. Der UN-Sicherheitsrat hatte im Oktober 2000 ein paar Frauen zu seiner Sitzung eingeladen – Frauen, die etwas über Krieg und Frieden zu sagen hatten. Und auch auf den Besucherrängen drängten sich ungewöhnlich viele weibliche Gäste. Nach längerer Diskussion verabschiedete der Rat am 31. Oktober eine Resolution, die sogleich als historisch eingestuft wurde: die Resolution 1325.

55 Jahre hatte es gedauert, bis am Sitz der Vereinten Nationen in New York amtlich wurde, was eigentlich offensichtlich ist: dass Krieg keine Sache unter Männern ist, dass der Krieg vielmehr beide Geschlechter trifft, wenn auch in unterschiedlichem Maße und auf verschiedene Weise. Dass der Sicherheitsrat das Kriegsgeschehen endlich mit den Augen der Frauen betrachtete, ist auf zwei Entwicklungen zurückzuführen: den Krieg im ehemaligen Jugoslawien und die jüngere Frauenbewegung, die den Blick dafür schärfte, dass Frauen längst formulierte Rechte haben und über jede Menge Talente verfügen. So hatte die Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz von Peking (1995) «Frauen und Sicherheit» ein eigenes Kapitel gewidmet, und auch am Sitz der Vereinten Nationen in New York hatten engagierte Frauen, Friedensaktivistinnen und -aktivisten, UN-Angestellte und Diplomaten einiger Länder diesen «Meilenstein» vorbereitet.

Jahre später wirkt die in Resolution 1325 formulierte Botschaft, dass «Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, die weitaus größte Mehrheit der von bewaffneten Konflikten betroffenen Personen stellen ... und dass sie in zunehmendem Maße von Kombattanten und bewaffneten Elementen gezielt angegriffen werden», ziemlich harmlos, hat sich die Welt doch inzwischen daran gewöhnen müssen, dass sexualisierte Gewalt in Konflikt um Konflikt eingesetzt wird und dass die kalkulierte Grausamkeit keine Grenzen kennt. Die Berichte aus dem Ostkongo, wo Frauen vor den Augen ihrer Kinder und Männer sexuell gefoltert werden, sind dafür nur das bislang letzte Beispiel.

Der Sicherheitsrat hat daraus selbst im Juni 2008 die Konsequenz gezogen und zu sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten eine eigene, wesentlich schärfere Resolution verfasst (1820),

die einstimmig verabschiedet wurde. Darin heißt es nun: «dass es sich bei der großen Mehrheit der von bewaffneten Konflikten Betroffenen um Zivilpersonen handelt, dass der Einsatz sexueller Gewalt insbesondere gegen Frauen und Mädchen gerichtet ist, namentlich auch als Kriegstaktik mit dem Ziel, die zivilen Mitglieder einer Gemeinschaft oder ethnischen Gruppe zu erniedrigen, Macht über sie auszuüben, ihnen Furcht einzuflößen, sie zu zerstreuen und/oder zwangsweise umzusiedeln und dass die in dieser Weise begangene sexuelle Gewalt in einigen Fällen auch nach der Einstellung der Feindseligkeiten anhalten kann».

In der Debatte hatte der holländische Generalmajor Patrick Cammart, der für die UN-Mission im Kongo (MONUC) tätig war, seine Erkenntnisse nach 39 Berufsjahren so zusammengefasst: «Es ist in einem bewaffneten Konflikt wahrscheinlich gefährlicher, eine Frau zu sein als ein Soldat.» Ungewöhnlich deutliche Worte in der Welt der internationalen Diplomatie. Die Täter sollen nicht länger davonkommen. Der Rat betont, dass sexuelle Gewaltverbrechen von Amnestiebestimmungen ausgenommen werden müssen, und fordert die Mitgliedsstaaten auf, ihrer Verpflichtung zur strafrechtlichen Verfolgung der Täter nachzukommen. Auch diese Resolution wurde wegen ihrer klaren Ansage sogleich «historisch» genannt.

Der Meilenstein bleibt dennoch die Resolution 1325. Denn ihr geht es nicht allein um den Schutz der Opfer und die Bestrafung der Täter, sie sieht nicht nur die Frauen am Konfliktort, sie will ihnen auch einen Platz am Verhandlungstisch und in der Nachkriegsgesellschaft einräumen. ■

IV. 1

FRAUEN AN DEN VERHANDLUNGSTISCH!

Dass am 31. Oktober 2000 in New York etwas möglicherweise Welt veränderndes verabschiedet worden war, hat in Deutschland kaum jemand bemerkt. Dass es überhaupt inzwischen eine Debatte und eine Bewegung zum Thema gibt, ist überall auf der Welt engagierten Frauen zu verdanken. Sie sind es, die die Resolution 1325 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und auf die Regierungen Druck machen, die völkerrechtsverbindliche Resolution endlich mit Leben zu füllen. In Deutschland arbeitet das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit dem «Frauensicherheitsrat» – ein Zusammenschluss friedensengagierter Feministinnen – daran, Druck auf die Bundesregierung zu machen und endlich einen Aktionsplan zu 1325 zu verabschieden.

Das Buch *Hoffnungsträger 1325: Resolution für eine geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa*, gibt Auskunft, was Frauenbündnisse mit viel ehrenamtlichem Engagement und, anders als Lobbygruppen mit wenig Geld ausgestattet, politisch bewirken können. Wie kaum eine andere Resolution des UN-Sicherheitsrates kommt 1325 allmählich an der Basis an, insbesondere bei den Frauen in den Konflikt- und Kriegsgebieten. Selbst Frauen in Palästina, berichtet Maha Abu-Dayyeh Shamas von der Partnerorganisation Women's Centre for Legal Aid & Counselling in Ramallah, sprechen von dieser Resolution und setzen Hoffnung in sie, während sie sonst kein gutes Haar am UN-Sicherheitsrat lassen. In Nordnigeria hat man sie sogar ins Hausa übersetzt und versucht, mit dieser Rückendeckung aus dem fernen New York nun den örtlichen Autoritäten die Beteiligung von Frauen an Friedensinitiativen abzurufen.

2010 feiert die UN-Resolution 1325 bereits ihren 10. Geburtstag. Anlass, weltweit Bilanz zu ziehen und Regierungen in aller Welt auf deren Umsetzung zu drängen. Denn nach wie vor ist Außen- und Sicherheitspolitik eine Männerdomäne. Und selbst Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung meint immer noch ohne Geschlechterperspektive und ohne die unmittelbare Beteiligung von Frauen an Lösungen auszukommen. Ein gravierender Fehler wie viele Beispiele gescheiterter Konfliktbearbeitung zeigen. Überall macht Geschlechterpolitik einen Unterschied, auch bei Krieg und Frieden. ■

ISRAEL

Was wäre wenn ...

Es gibt Momente, da gelingt etwas Besonderes. In Israel war das im Juni 2005 mit der Verabschiedung der Ergänzung Nr. 4 zum Gesetz über die gleiche Beteiligung von Frauen von 1951 (Amendment 4 to the Equal Representation of Women Law) der Fall. Eine Koalition feministischer Organisationen hatte diesen Tag gut vorbereitet.

Der neue Gesetzestext war von der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates aus dem Jahr 2000 inspiriert worden, geht

aber über deren allgemeine Forderung nach Beteiligung von Frauen in Fragen von Krieg und Frieden noch hinaus. Er will zusätzlich gewährleisten, dass Frauen aus den verschiedenen ethnischen, religiösen und sozialen Gruppen des Landes verantwortlich einbezogen werden.

Was sich dadurch alles ändern könnte, haben die Rechtsanwältinnen von Itach-Maaki («Wir mit Dir») in Fragen gekleidet: «Wie würde die Welt aussehen, wenn Frauen Friedensverhandlungen leiten und Konflikte zwischen Nationen mit widerstreitenden Interessen lösen würden? Und wenn sie dann auch noch Entscheidungen zum Leben nach einem nationalen Trauma treffen würden? Wie würde die sozioökonomische Kluft zwischen den verschiedenen Gruppen in Israel angegangen werden, wenn Frauen aus allen gesellschaftlichen Gruppen die Gelegenheit hätten, Konzepte für die zu verfolgende Politik auszuarbeiten? Was wäre anders in den Beziehungen der verschiedenen Gruppen in Israel, wenn jüdische, muslimische und christliche Frauen bei Entscheidungen für das ganze Land zusammenarbeiten würden?»



Friedenstaube in Acre, im Norden Israels

Doch die schönen Bestimmungen mit dem revolutionären Potential sind offenbar schnell zu den Akten gelegt worden. Itach-Maaki, eine Vereinigung von «Rechtsanwältinnen für soziale Gerechtigkeit» hat sich 2007 vorgenommen, das zu ändern. «Women's Voices – Women's Impact» heißt ihr Projekt dazu. Sie wollen Gender Mainstreaming und Diversität in der Arbeit der Regierung verankern, wenn es um Konflikte und Sicherheit geht. Die Frauen der 2001 gegründeten Juristinnenvereinigung haben in dieser Sache mit der mit Frauenförderung beauftragten Behörde Kontakt aufgenommen und dem zuständigen Ausschuss des Parlaments einen Bericht vorgelegt. An das Oberste Gericht haben sie – gemeinsam mit anderen Organisationen – eine Petition gerichtet, weil keine Beduinen-Frauen an einer Kommission beteiligt wurden, die Vorschläge für den Umgang mit Beduinen-Siedlungen im Negev machen sollte. Das Gericht hat Sympathie für dieses Anliegen durchblicken lassen und Zustimmung signalisiert, die Petition aber wegen der bereits weit fortgeschrittenen Kommissionsarbeit nicht angenommen.

Und schließlich haben die Itach-Vertreterinnen mit den Direktoren von sechs Ministerien Gespräche über den Stand der Dinge und deren sich aus dem Gesetz ergebenden Verpflichtungen geführt. Ende Dezember 2008 haben sie sich, wieder gemeinsam mit anderen Frauenorganisationen, auch noch an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewandt, damit die UN darauf achten, dass Israel seinen Verpflichtungen aus der Resolution 1325 nachkommt, was im Hinblick auf die politische Situation eine gewisse Dringlichkeit hatte.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist die einzige Organisation, die dieses bahnbrechende Vorhaben aus den Reihen der Itach-Rechtsanwältinnen unterstützt. «Die Ernsthaftigkeit und Professionalität, mit der die Frauen arbeiten» beeindruckt uns mächtig», sagt Romy Shapira vom Tel Aviver Büro der Stiftung, «und die Sache ist der Heinrich-Böll-Stiftung sowieso wichtig.»



Frauen ist es nicht erlaubt, mit fremden Männern im Taxi zu fahren

NIGERIA

Operation Frieden

Alle Jahre wieder eskalieren Konflikte in Nordnigeria so sehr, dass die Fernsehbilder um alle Welt gehen. Es gibt Tote, brennende Häuser und Straßensperren. Damit sich solche Bilder möglichst nicht wiederholen, bildete der Gender Awareness Trust (GAT), eine 1990 gegründete Organisation mit Sitz in Kaduna und Abuja, mit finanzieller Hilfe der Heinrich-Böll-Stiftung 2007/2008 24 Frauen (jeweils die Hälfte Muslima und Christinnen) für Friedensarbeit aus.

Diese Frauen führten dann zu zweit Fortbildungsveranstaltungen in zwölf Kommunen des Bundesstaates Kaduna mit insgesamt 270 Teilnehmern (darunter 47 Prozent Frauen) durch. Dazu wurde eine leicht verständliche Broschüre zur UN-Resolution 1325 auf Pidgin-Englisch und Hausa erstellt. GAT hat in Kaduna Erfahrungen gemacht, wie sie auch Frauen aus anderen Teilen der Welt berichten: Frauen, die während und nach Unruhen eine beruhigende und vermittelnde Rolle gespielt haben, dürfen hinterher nicht am Tisch der Friedensverhandlungen teilnehmen. Sie haben sich deshalb vorgenommen, mehr Frauen in die schon vorhandenen Gremien und Initiativen für ein friedliches Miteinander zu bringen.

Das ist mühselig, denn die für «Ruhe und Ordnung» Verantwortlichen haben ganz andere Vorstellungen von Friedensarbeit. Die meisten Bundesstaaten im Nordwesten haben interreligiöse Komitees eingerichtet: Da ernannt ein Mann, der Gouverneur, so die Beobachtungen von GAT, andere Männer. Und auf den Straßen fahren Männer in Polizeiautos herum. Im Bundesstaat Kaduna tragen sie Uniformen mit der Aufschrift «Operation Yaki» – Operation Krieg.

Die GAT-Frauen lassen sich von den Polizeisirenen nicht verunsichern: Sie setzen ihre Friedensarbeit an der Basis fort. Langsam, aber beharrlich.

Literatur

UNDERSTANDING UN SECURITY COUNCIL RESOLUTION 1325 ON WOMEN, PEACE AND SECURITY: PREVENTIVE PEACEBUILDING PROJECT FOR COMMUNITY WOMEN, 2008 (GAT 2008)

www.getaware.org

KAUKASUS

Omnibus 1325

Für die von Männern dominierten Gesellschaften des Kaukasus ist die Einbeziehung von Gender-Aspekten in die Konfliktanalyse und -bearbeitung ein Novum. Das von der Heinrich-Böll-Stiftung mitfinanzierte und -organisierte Fortbildungsprogramm für Mediatoren «Omnibus 1325» will Frauen und Männer dafür sensibilisieren und ausbilden. Im Zentrum des Projekts stehen Qualifizierungskurse im Kaukasusgebiet und in Deutschland: Grundkurse (2006–2007), Aufbaukurse (2007) und eine Seminar- und Studienreise nach Deutschland (2008). Während die Grundkurse sich hauptsächlich mit den inhaltlichen Zusammenhängen von Gender, Kultur und Konflikt befassen, geht es in den Modulen des Aufbaukurses um Methodik, Haltung und Einstellung des Trainers.

66 Personen, überwiegend Frauen, konnten an den drei Grundkursen teilnehmen. Los ging die Reise mit einem 10-tägigen Seminar für den Südkaukasus im georgischen Bakuriani, einem einsamen Ort in den Bergen. Die Nordkaukasier trafen sich in zwei Etappen, erst in Novochechok, der Hauptstadt der Don-Kosaken, und später in Sochi am schwarzen Meer. Den Nord-Süddialog über die kaukasischen Berge hinweg gewährleistete ein Armenier. Im Mai 2007 kamen zum dritten Grundkurs jeweils 10 Personen aus den Nord- und aus dem Südkaukasus nach Trabzon an der türkischen Schwarzmeerküste. Der Ort wurde deshalb gewählt, weil ein Treffen in der Region durch die zahlreichen Konfliktlinien im Kaukasus schwierig geworden wäre.

Für einige Personen wurde durch die Teilnahme am Kurs eine tiefgreifende, persönliche Veränderung ausgelöst. Bis dahin, so sagten sie am Ende, hätten sie den geschlechtsbezogenen Traditionalismus ihrer Gesellschaften kaum reflektiert und als unveränderbar hingenommen.

Zu den Folgetreffen «Frieden sichtbar machen» im September 2007 in Rostov am Don und in Tiflis kamen fast alle der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vorherigen Grundkurse wieder zusammen. Sie konnten sich jeweils mit fünf Absolventinnen und Absolventen des deutschen Kurses austauschen. Drei Tage wurde gemeinsam gelernt: an «Best Practice»-Beispielen aus dem Südkaukasus und Deutschland und der Diskussion der eigenen Schwierigkeiten im Kreis von Kollegen. Höhepunkt des Treffens in Tiflis war die Abendveranstaltung mit den Frauen in Schwarz (WiB) aus Belgrad. Die feministisch-pazifistische Grundhaltung der Belgrader Frauen löste bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die aus Gesellschaften kommen, deren kollektive Feindbilder weitgehend akzeptiert sind, eine intensive Diskussion über das eigene Selbstverständnis aus.

Am Aufbaukurs in Istanbul im November 2007 haben 20 Absolventen der Grundkurse teilgenommen, jeweils 10 aus dem Nord- und Südkaukasus. Sie erarbeiteten während der Kursmodule eigene thematische Einheiten und erprobten diese innerhalb und außerhalb des Kurses mit anderen Gruppen.

Im Oktober 2008 fand in Deutschland ein Treffen der kaukasischen und der deutschen OMNIBUS-Kurse statt. Ein Teilnehmer aus Aserbeidschan zeigte sich beeindruckt von der Scham der Deutschen für den Faschismus: «Bei uns gibt es so etwas nicht – wir schämen uns nicht für die Vergangenheit, wir versuchen vielmehr, sie zu rechtfertigen.»

An dem viertägigen Seminar trafen die Teilnehmenden mit Vertreterinnen und Vertretern von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen aus Argentinien, Chile, El Salvador, Kuba, Kolumbien und Nicaragua zusammen – ein erster Schritt für einen Dialog über die Praxis von genderbewusster Friedens- und Menschenrechtsarbeit.

Am Ende der drei Jahre ist ein international zusammengesetzter «Expertenpool» gewachsen, der seinerseits Bildungs- und Beratungsleistungen im Bereich Gender in der gewaltfreien und konstruktiven Konfliktbearbeitung und Friedensarbeit anbietet. Das ist genügend Treibstoff, damit der Omnibus seine Fahrt fortsetzen kann.

Die Erfahrung aus der pädagogischen Arbeit der Mobilien Friedensakademie OMNIBUS Linie 1325 im Kaukasus und in Deutschland bildeten die Grundlage für das Ende 2008 publizierte Handbuch «Gender in der Friedensarbeit. Pädagogische Anregungen und Erfahrungen». Das Handbuch liegt in russischer und in deutscher Sprache vor und ist bei OWEN e.V. zu erhalten.

www.omnibus1325.de

KROATIEN

Auf hohem Niveau, seit Jahren beständig und gut vernetzt

Frauenbibliotheken und -dokumentationszentren sind integraler Bestandteil jeder Frauenbewegung. Sie sammeln frauenspezifische Daten, bewahren die Geschichte der Frauenorganisationen und unterstützen frauenpolitischen Aktivismus. Oft sind sie auch die Basis für lokale nationale und internationale feministische Vernetzung.

Seit 1992 entstanden auch in den postkommunistischen Ländern autonome Frauendokumentationszentren; die Zenska Infoteka in Zagreb, Kroatien, war eine der ersten. Gegründet wurde sie von der Historikerin und Archäologin Durda Knezevic, die sich schon im sozialistischen Jugoslawien in der feministischen Organisation «Frauen und Gesellschaft» engagiert hatte.

Zenska Infoteka sammelt und verbreitet Informationen, unterhält eine Präsenzbibliothek, veröffentlicht Bücher und eine Zeitschrift, veranstaltet Seminare und internationale Konferenzen, unterstützt Forschungstätigkeit und erstellt auch selbst Studien. Die Bibliothek verfügt über fast 4.000 Bücher und 800 Zeitschriften. Von *Brot und Rosen*, der eigenen Zeitschrift, sind bereits 32 Ausgaben erschienen. Jedes Heft hat einen Themenschwerpunkt und berichtet zusätzlich über die kroatische Frauenszene. Daneben veröffentlicht Zenska Infoteka Bücher von kroatischen Autoren und Übersetzungen ausländischer feministischer Literatur, Klassiker ebenso wie Neuerscheinungen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt die jährlichen internationalen Seminare «Frauen und Politik», die Infoteka seit 1966 veranstaltet. Dazu kommen 25 bis 30 Frauen an das Inter University Centre in Dubrovnik, einer renommierten Einrichtung für Postgraduiertenstudien. «Ganz in der Nähe der historischen Altstadt diskutieren dann im Land lebende Frauen mit Teilnehmerinnen aus anderen Teilen der Welt über die Konflikte in Lateinamerika und Asien. Auf diese Weise nimmt Kroatien an internationalen Debatten teil.» Vedran Horvat, Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Kroatien, sieht darin einen Gewinn für sein Land.

www.zinfo.hr

IV.2

VERGANGENHEITS- BEWÄLTIGUNG

Auch wenn sich eine Gesellschaft von einer Diktatur befreit, einen Krieg oder Konflikt hinter sich gelassen hat, so liegt doch lange noch ein Schatten der repressiven Vergangenheit auf dem Land und beeinflusst Politik und Kultur. Bei allen unterschiedlichen Erfahrungen brauchen alle diese Länder eine bewusste Aufarbeitung der Zeiten von Willkür, Unterdrückung und Gewalt, bei der vor allem die Opfer ihr Recht auf Erinnerung und Wiedergutmachung einfordern können. Die Wahrheit muss ans Licht, sie darf nicht weggeschlossen werden, sonst ist eine Versöhnung unmöglich. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat es sich seit ihrer Gründung zur Aufgabe gemacht, gesellschaftliche Initiativen zu unterstützen, die die Aufarbeitung von Diktaturerfahrungen und somit ein Stück Gerechtigkeit ermöglichen. ■

RUSSLAND

Frauengedächtnis (in Zusammenarbeit mit Memorial)

Russische Archive waren nie wirklich frei zugänglich für Forscherinnen und Forscher. Zwar wurden nach dem Ende der Sowjetunion viele Archive geöffnet, selbst des KGB, aber überall blieben große Lücken, und die staatlichen Geheimniskrämer behinderten den Zugang nach Kräften. Spätestens seit Putin 2000 Präsident wurde, schließen sich die Archiv-Türen wieder. So liegt es immer mehr an guten Verbindungen und glücklichen Zufällen

*OFT WURDEN DIE ALLEIN
ZURÜCKBLEIBENDEN KIN-
DER IN SPEZIELLE KINDER-
HEIME GESTECKT, UM SIE
DEN ELTERN SYSTEMA-
TISCH ZU ENTFREMDEN
UND SIE UMZUERZIEHEN.*

(meist in Kombination), wenn plötzlich ein kleiner Aktenschatz aus den meist betongrauen Archivkellern auftaucht. So war es auch beim «Frauengedächtnis». 2001 erhielt Memorial aus Kasachstan die Akten von mehr als 8.000 Frauen, die während des Großen Terrors 1937–38 als «Ehefrauen von Volksfeinden» für acht und mehr Jahre in ein spezielles Lager bei Akmolinsk in der kasachischen Steppe gesteckt wurden. Gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung wurde schnell ein bis heute andauerndes Projekt daraus.

Über die Leiden und Leidenswege von Frauen im Gulag gab es bis dahin hauptsächlich Biographisches und kaum wis-

senschaftliche Untersuchungen. Gemessen an der Zahl der Männer waren es wenige, in absoluten Zahlen jedoch mehrere Hunderttausend. Noch weniger wussten die Forscher/innen von den Millionen Frauen, die zu Hause, oft vergeblich und alltäglichen Schikanen und Diskriminierungen ausgesetzt, auf ihre im Gulag verschwundenen Männer warteten. Wenig war auch vom Schicksal der Kinder solch unglücklicher Eltern bekannt.

Am Anfang des Projekts stand ein einfaches Erinnerungsbuch. 2003 gab Memorial einen dicken, silbrigen Band unter dem Titel «Gefangene des ALZhIR» heraus. ALZhIR ist eine typisch Gulag-sowjetische Abkürzung und bedeutet «Akmolinsker Lager für Ehefrauen von Volksfeinden». Dieses Buch versammelt nüchtern, auf jeweils ein paar Zeilen gepresst, die Kurzbiographien von mehr als 8.000 Frauen.

Das Echo war über Erwarten groß. Vor allem viele Kinder oder besser: viele Töchter der internierten Frauen meldeten sich bei Memorial, aber auch einige wenige der überlebenden Lagerinsassinnen selbst. Offenbar rührte das Buch an einem Tabu. Schnell erkannten die Historikerinnen und Historiker von Memorial sowohl die moralische Verpflichtung als auch die wissenschaftliche Chance. Das Projekt nimmt erstmals in der historischen Forschung Bezug auf die besondere Lage von Frauen, die unter den totalitären Bedingungen der Sowjetunion Repressionen ausgesetzt waren. Seit 2004 werden von Memorial-Mitarbeiterinnen Interviews mit Frauen aufgezeichnet, die entweder selbst in einem der Lager waren oder die außerhalb damit zurechtkommen mussten, dass der Ehemann, der Vater oder die Mutter inhaftiert wurden. Oft wurden die allein zurückbleibenden Kinder in spezielle Kinderheime gesteckt, um sie den Eltern systematisch zu entfremden und zu «echten Sowjetmenschen» umzuerziehen. Die Erzählungen der verhafteten Frauen und der Kinder handeln oft von meist tragisch-vergeblichen Versuchen, nach der Freilassung wieder zueinander zu finden.

Insgesamt hat Memorial bis Ende 2008 knapp 350 Interviews mit diesen Frauen und ihren Kindern aufgenommen, transkribiert und analysiert. 2009 ist geplant, diese Interviews mit einem umfangreichen Apparat im Internet öffentlich zugänglich zu machen – natürlich anonymisiert und mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Interviewten. Bis heute melden sich immer noch neue Betroffene oder werden von Memorial-Mitarbeiterinnen gefunden. Die Interviews gehen also weiter. Memorial hat eine Reihe von Powerpoint-Präsentationen entwickelt, die vor allem auf regionalen Konferenzen mit Geschichtslehrern vorgestellt werden und im Schülergeschichtswettbewerb «Der Mensch in der Geschichte – Russland im 20. Jahrhundert» angewandt werden. Das Projekt wurde inzwischen zu einem Projekt «Familiengedächtnis» ausgeweitet.

www.memo.ru

SERBIEN

Immer noch auf den Straßen von Belgrad

Schwarz gekleidet und schweigend. So standen sie seit dem 9. Oktober 1991 jeden Mittwoch auf Straßen und Plätzen, die Frauen in Schwarz von Belgrad. Sie demonstrierten gegen den Krieg und machten so aller Welt deutlich, dass die Regierung nicht in ihrem Namen handelte. Weil das Ende der Balkankriege zwar die Waffen zum Schweigen gebracht, aber die Konflikte nicht gelöst und die Ängste nicht beseitigt hat, stehen sie auch heute noch regelmäßig da. Sie protestieren gegen das Verschweigen, Verdrängen und Umdeuten der Vergangenheit, sie verlangen, dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.



Demonstration der Frauen in Schwarz

Der Feminismus der Frauen in Schwarz zielt auf radikale Umgestaltung der Verhältnisse, er ist antinationalistisch, antimilitaristisch, antifundamentalistisch, er richtet sich gegen Homophobie, steht für internationale Solidarität und eine andere Globalisierung. Mit Veranstaltungen aller Art, Trainings und einer umfangreichen Publikationstätigkeit streiten sie innerhalb Serbiens und über ihre gute internationale Vernetzung auch weit über dessen Grenzen hinaus gegen patriarchalische Strukturen und alles, was sie stützt und schützt. Durch ihre Zusammenarbeit mit feministischen Initiativen in den anderen Ländern Südosteuropas sind sie seit Jahren wichtige Brückenbauerinnen über die ehemaligen Frontlinien hinweg.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist ihnen dabei seit langem verbunden. Seit Anfang der 90er Jahre gehört die Stiftung zu den wichtigsten ausländischen Kooperationspartnerinnen und Förderinnen der Frauen in Schwarz. 2007 unterstützte sie das Projekt «Fundamentalismus heute: demokratische und feministische Antworten». Die damit verbundenen Veranstaltungen in Serbien und Bosnien-Herzegowina waren gut besucht, das Buch zum Thema war ein noch größerer Erfolg; es musste 2008 nachgedruckt werden. Im Rahmen der Auseinandersetzung mit der zunehmenden Klerikalisierung und dem umstrittenen neuen Kirchen- und Religionsgesetz von 2006 haben sich die Frauen in Schwarz mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu einer «Koalition für den Säkularstaat» zusammengetan. Der wachsende Einfluss der serbisch-orthodoxen Kirche, die Rufe nach einem Verbot der Abtreibung und die Stimmungsmache für eine pronatalistische Politik haben die Frauen alarmiert. 2008 haben sie «Säkularisierung und die Frauen» zu einem Hauptthema gemacht. «Wir wollen Demokratie und nicht Theokratie» war das Motto ihrer Kampagne. Diese Arbeit stellt die logische Fortsetzung des Engagements

aus den Kriegsjahren des vorausgegangenen Jahrzehnts dar – gegen ethnische Gewalt, Nationalismus und Militarisierung von Staat und Gesellschaft.

«Ich bin wegen unserer gemeinsamen Zukunft hier», hatte Kada Hotić im Juni 2005 bei der Eröffnung der Ausstellung «Srebrenia – Erinnerung für die Zukunft» gesagt. Die Vize-Vorsitzende der Mütter der Enklave Srebrenica und Zepa, die selbst den größten Teil ihrer Familie durch den Genozid in Srebrenica verloren hatte, war zur Eröffnung der von der Heinrich-Böll-Stiftung organisierten Ausstellung nach Belgrad gekommen. Die Frauen in Schwarz kämpfen seit langem für eine umfassende Konfrontation mit der Vergangenheit – individuell, kollektiv, moralisch und politisch. 2005 haben sie damit begonnen, die Gender-Dimension beim Umgang mit der Vergangenheit gezielt in den Blick zu nehmen. In Trainingskursen haben sie den Widerstand von Frauen gewürdigt und die Gefühle von Bitterkeit, Machtlosigkeit und Schuld in konstruktive Bahnen aktiven Engagements zu lenken versucht. Mit Blick auf die Zukunft wurde die unverzichtbare Rolle von Frauen beim Aufbau einer Kultur des Friedens herausgestellt und eine feministische Ethik propagiert: Eine Haltung des Widerstands und des Eintretens für andere. Anschließend haben sie mit diesen Kenntnissen und Konzepten in verschiedenen Teilen des Landes Workshops abgehalten, an denen insgesamt 200 Frauen teilgenommen haben. 2009 wird mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung ein 60-minütiger Dokumentarfilm über Vergangenheitsbewältigung aus feministischer Sicht gedreht. «Wir hinterlassen Spuren» wird er heißen und auch das vielfältige künstlerische Engagement der Frauen in Schwarz und die Ästhetik des Widerstands zeigen.

www.zeneucnom.org



«ALL DAS, WAS MAN ÜBERHAUPT
VERLIEREN KANN, HATTE ICH
DOCH SCHON VERLOREN! ALSO
BLIEB NUR DIE FRAGE: WAS WILL
ICH MIT MEINEM LEBEN
ANFANGEN?»

Saima Jasam

Schon als kleines Mädchen hörte Saima nicht auf zu fragen. «Warum sind wir anders, und warum werde ich anders behandelt?». Damals hieß sie noch Sanjeevani Mehra, lebte in einem wohlbehüteten Elternhaus in Lahore/Pakistan und spürte als 1964 geborenes Kind einer wohlhabenden Hindu-Familie tagtäglich, dass sie einer Minderheit innerhalb der muslimischen Mehrheit angehörte. Als im pakistanisch-indischen Krieg 1971 die anderen Schulkinder auf der Straße patriotisch «Lang lebe Pakistan» riefen, ließen die Gleichaltrigen sie nicht mitfeiern. «Du darfst das nicht, du gehörst doch nicht zu uns!». Nicht zum ersten Mal fühlt sich Sanjeevani ausgeschlossen und will von den Eltern die Gründe für diese Ungerechtigkeit wissen. «Warum können wir nicht so sein wie die anderen?» Trotzdem verspürt sie in diesen Jahren auch zum ersten Mal Solidarität und ahnt vielleicht die lebensbejahende politische Kraft, die daraus für ihr späteres Arbeitsleben erwächst.

Dass sie als Minderheit und als Frau nicht die gleichen Rechte wie andere hat, bekam sie auch 1981 grausam zu spüren. Vor ihren Augen hatte ein muslimischer Mob ihre Eltern ermordet – aber anders als ihr nur zwei Jahre älterer Bruder durfte sie nach diesem traumatischen Erlebnis ihre Schulbildung zunächst nicht fortsetzen oder gar studieren, sondern wurde für mehrere Jahre zu den einzigen Verwandten nach Indien geschickt. Das empfand sie als eine Art Verbannung und als diskriminierende Ungerechtigkeit. Warum? Nur weil sie eine Frau war?

Und warum sprach das Erbrecht der Hindus ihrem Bruder das ganze Vermögen zu? Und warum musste sie 1989 nach ihrer Rückkehr nach Lahore zum Islam konvertieren, ihren Vornamen in Saima ändern, und das nur, weil sie einen jungen Mann namens Jasam heiraten wollte? Eine Liebesheirat gegen den Widerstand beider Familien. «Ich weiß genau, dass meine einzigen Verwandten in Indien mir den Übertritt zum Islam bis heute nicht verziehen haben», sagt Saima Jasam. Leise aber bestimmt fügt

sie noch hinzu: «Vielleicht waren sie genau wie meine muslimischen Schwiegereltern auch froh darüber, dass ich nach dem frühen Unfalltod meines Mannes auch noch mein ungeborenes Kind verlor».

Wieder geht sie als junge Pakistani nach Indien. Und hier beginnt ein Jahr, das Saima Jasam als bestimmend für ihr weiteres Leben bezeichnet. «All das, was man überhaupt verlieren kann, hatte ich doch schon verloren! Also blieb nur die Frage: Was will ich mit meinem Leben anfangen?»

Vor allem wollte Saima eine gute Ausbildung, und so holte sie einiges nach. Neben dem Masters in Geschichte kommt noch ein Abschluss in Entwicklungspolitik in Den Haag hinzu, ein Diplom in «Women studies» auf den Philippinen, und sie schrieb ein Buch über «Gewalt im Namen der Ehre». Dieses Thema ist für Saima zu Anfang ihrer beruflichen Arbeit bei Amnesty International genauso bestimmend, wie auch seit 1993 in ihrer Funktion als Mitarbeiterin der Heinrich-Böll-Stiftung Lahore.

Man kennt und respektiert Saima Jasam in der Zivilgesellschaft Pakistans und man kennt sie als Gesicht der Heinrich-Böll-Stiftung, der sie nach eigener Aussage ihren bisherigen politischen Werdegang verdankt. Man weiß auch, dass ihre weitere Expertise auf dem vitalen Feld der Friedens- und Sicherheitspolitik Südasiens liegt, insbesondere bei der Aussöhnung mit Indien und interreligiöser Harmonie. Dies liegt ihr genauso am Herzen wie ihrem Vater, der nach einem blutigen Anschlag auf ihn nur sechs Monate vor seinem gewaltsamen Tod den Verbrechern öffentlich verziehen hatte. ■

Anhang

GUNDA-WERNER- INSTITUT FÜR FEMINISMUS UND GESCHLECHTER- DEMOKRATIE

Das Gunda-Werner-Institut (GWI) in der Heinrich-Böll-Stiftung ist ein besonderer Ort, wo geschlechterpolitische Themen gebündelt und die Auseinandersetzung um Feminismus und Geschlechterdemokratie aktiv betrieben und gefördert werden.

NAMENSGEBERIN DES INSTITUTS

Gunda Werner (1951–2000)

Die Namensgeberin des Instituts, Gunda Werner war eine «streitbare Feministin» und Pionierin des Konzepts Geschlechterdemokratie. Als lesbische Intellektuelle wollte sie etwas Neues ausprobieren und feministische Analysen und Strategien mit geschlechterdemokratischen Ansätzen in ein neues Spannungsfeld bringen.

Gunda Werner (1951–2000) prägte seit 1996 das Konzept der Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie als innovativen Ansatz in der Heinrich-Böll-Stiftung.

ZIELE UND AUFGABEN

- Geschlechterthemen offensiv politisieren
- Feministische und geschlechterdemokratische Ansätze kritisch reflektieren
- Frauenrechte und Partizipation umsetzen, Netzwerke fördern und unterstützen
- Diskurse zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft ermöglichen
- Gender-Kompetenzen durch Beratung aktiv vermitteln

STRATEGIE

- feministische Theorie und Praxis voranbringen und Agenda Setting betreiben
- Gender-Kompetenzen ausbauen und emanzipatorische Netzwerke stärken
- Gleichstellungspolitik(en) und Gender Mainstreaming fördern

ARBEITSSCHWERPUNKTE**Wir bündeln Kräfte**

Geschlechterpolitik und feministische Analysen und Strategien haben in der Heinrich-Böll-Stiftung einen festen Platz. Geschlechterpolitik ist eines ihrer wichtigsten Markenzeichen, Geschlechterdemokratie zentraler Bestandteil des Leitbildes. Es wird konsequent in der politischen Bildungsarbeit, in der Organisation und bei der Studienförderung umgesetzt.

Wir denken Zukunft

Das GWI befördert die gesellschaftliche Emanzipation und Gleichberechtigung von Männern und Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft. Aus konsequenter Geschlechterperspektive werden deshalb politische Handlungskonzepte analysiert, gesellschaftliche Diskurse und Theorien reflektiert. Kontroverse Debatten greift das GWI auf – in der Bundesrepublik und im europäischen Kontext. Konferenzen und Tagungen, das Wissensportal im Internet und Publikationen sind die Foren des Austausches und der Wissensvermittlung.

Beim «Green Ladies Lunch» treffen sich regelmäßig zu aktuellen geschlechterpolitischen Themen engagierte Frauen aus grünen und anderen frauenpolitischen Zusammenhängen – quer durch alle Generationen und kulturelle Gruppen.

Das «Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse» ist ein bundesweites Netzwerk von Männern aus der Männer- und Geschlechterforschung, der Männerbildung und -beratung sowie der (Männer-)Politik. Das GWI unterstützt das Forum als Koordinationsstelle organisatorisch, finanziell und ideell. Die Tagungsdokumentation «Männer laden ein: Geschlechterdialoge» finden Sie unter

www.gwi-boell.de/de/web/361_1115.htm

WIR VERNETZEN UND SENSIBILISIEREN**z. B. Friedens- und Sicherheitspolitik**

Internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik fehlt weitgehend eine Geschlechterperspektive. Gegen diese Geschlechterblindheit wollen wir sensibilisieren und politische Veränderungen auf den Weg bringen. Unser Anspruch ist es, Konfliktprävention und Post-Konfliktbearbeitung mit Geschlechtergerechtigkeit konsequent zu verbinden. Gemeinsam mit feministischen Netzwerken drängen wir auf die Umsetzung der UN-Resolution 1325. Diese verlangt nämlich, dass Frauen über Krieg und Friedensverträge mitentscheiden. Mehr zu dem Thema finden Sie im Buch *Hoffnungsträger 1325 – Eine Resolution für eine geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa*.

www.gwi-boell.de/de/web/361_1307.htm

WIR ÜBERPRÜFEN KONZEPTE**z. B. Geschlechterpolitiken in Europa**

Das GWI spürt geschlechterpolitisch emanzipative Politikkonzepte in Ländern Europas auf und überprüft deren Übertragbarkeit auf die deutsche und die EU-Politik. Das Institut nimmt feministische und geschlechterpolitisch zukunftsweisende Ansätze unter die Lupe und stellt positive Beispiele vor, die – mit Blick auf die EU-Politik – nach neuen Strategien suchen. Neue Konzepte werden vorgestellt, dokumentiert und diskutiert, Erfahrungen ausgewertet.

WIR ANALYSIEREN ZUSAMMENHÄNGE**z. B. Selbstbestimmtes Leben**

Soziale Sicherungssysteme sind ein Schlüssel für eine geschlechterdemokratisch verfasste Gesellschaft. «Eigenständige Existenzsicherung» ist die Basis für gleichberechtigte Geschlechterarrangements. Das GWI führt in Fachgesprächen, Workshops und Dossiers die Auseinandersetzung um Themen wie Grundsicherung/Grundeinkommen, Renten- und Steuerpolitik und Kriterien für geschlechtergerechte Lebensperspektiven. Ziel ist es, neue Modelle für gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter anzuregen.

So z. B. mit der Broschüre «Soziale Sicherheit neu denken. Bedingungsloses Grundeinkommen und bedarfsorientierte Grundsicherung aus feministischer Sicht.»

www.gwi-boell.de/de/web/361_1114.htm

WIR VERMITTELN KOMPETENZEN**z. B. Gender-Beratung und -Training**

Die nachhaltige und breite Integration von feministischen und geschlechterdemokratischen Zielen in politische und organisatorische Praxis ist nur möglich, wenn ausreichend Gender-Wissen und -Kompetenzen entwickelt werden. Das GWI unterstützt diesen Prozess kontinuierlich durch Weiterbildungs- und Beratungsangebote, in Kooperation mit der Weiterbildungsakademie «Green Campus» sowie Gender-bezogene Beratung und Qualifizierung innerhalb der Heinrich-Böll-Stiftung.

WIR ZEIGEN**PERSPEKTIVEN AUF****z. B. Wissensportal**

Mit dem Internetportal www.gunda-werner-institut.de verfügt das GWI über ein einmaliges Angebot zu feministischen und geschlechterpolitischen Informationen. Hier werden Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten in unterschiedlichen innovativen Formen aufbereitet, Erkenntnisse, Ergebnisse und Aktivitäten breit publiziert. Das Wissensportal reduziert den «digitale divide» – die digitale Trennung des Zugangs zu Information nach Geschlecht und Region.

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
GUNDA WERNER INSTITUT****Institutsleitung**

Gitti Hentschel und Henning von Bargen

www.gunda-werner-institut.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung

AFRIKA

Regionalbüro Ostafrika/Horn von Afrika

Heinrich Böll Foundation, Forest Road
P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-3744227/3750329
F +254-20-3749132
E nairobi@hbfa.com **W** www.hbfa.com

Landesbüro Nigeria

Heinrich Böll Foundation
16 A, Diya Oladipo Crescent, 2nd Ave. Extension
S.W. Ikoyi, Lagos
T +234-1-4721465
E info@boellnigeria.org
W www.boellnigeria.org

Regionalbüro Südliches Afrika

Heinrich Böll Foundation
The Avalon Building
123 Hope Street, Gardens, 8001 Cape Town,
Südafrika
T +27-21-4616266 **F** +27-11-4474418
E info@boell.org.za **W** www.boell.org.za

Landesbüro Äthiopien

Heinrich Böll Foundation
Off Bole Medhanealem, House no 2264
P.O. Box Number 3174, Code 1250,
Addis Abeba, Äthiopien
T +251-1-6631100 **F** +251-1-6185488
E info@hbfa.addis.org.et

ASIEN

Regionalbüro Pakistan/Afghanistan

Heinrich Böll Foundation
76-B, Nisar Road, House 76-B
Lahore-54800, Pakistan
T +92-42-6666322 **F** +92-42-6664899
E gregor.enste@hbfasia.org
W www.hbfasia.org

Regionalbüro Südostasien

Heinrich Böll Foundation
91/9 Mu 14, Ban Mai Lang, Mor Soi 1,
Suthep Road, 50200 Chiang Mai, Thailand
T +66-53-810430-2 **F** +66-53-810124
E sea@hbfasia.org **W** www.hbfasia.org

Landesbüro Kambodscha

Heinrich Böll Foundation
House No. 34, Street 222, Sangkat Benng Raing,
Khan Dann Penh
Phnom Penh, Kambodscha
T +85523210535 **F** +85523216482
E seidel@hbfasia.org

Landesbüro Indien

Heinrich Böll Foundation,
C-20, 1st Floor, Qutub Institutional Area,
New Delhi 110016, Indien
T +91-11-26854405 **F** +91-11-26516695
E india@hbfasia.org **W** www.boell-india.org

Landesbüro Afghanistan

Heinrich Böll Foundation, Qala-e-Fathullah,
Street 1, House Nr. 25, Kabul, Afghanistan
T +93-799-492458
E bente.scheller@hbfasia.org
W www.boell-afghanistan.org

Landesbüro China

Heinrich Böll Foundation
8, Xinzhong Xijie, Gongti Beilu
Asia Hotel, Office Building No. 309, 100027
Beijing, China
T +86-10-66154615-0
F +86-10-66154615-102
E info@boell-china.org **W** www.boell-china.org

EUROPA

Regionalbüro Europäische Union

Heinrich Böll Foundation, Rue d'Arlon 15, B-1050
Bruxelles
T +32-2-7434100 **F** +32-2-7434109
E brussels@boell.eu **W** www.boell.eu

Regionalbüro Ost-/Mitteleuropa (Warschau)

Fundacja Heinricha Bölla
ul. Zurawia 45 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-5942333 **F** +48-22-5942337
E hbs@boell.pl **W** www.boell.pl

Regionalbüro Ost-/Mitteleuropa (Prag)

Zastoupeni Heinrich-Böll-Stiftung
v Ceske republice
Spálená 23, (Eingang Spálená 21)
CZ – 110 00 Praha 1, Tschechien
T +420-251814173 **F** +420-251814174
E info@boell.cz

Landesbüro Ukraine

Heinrich-Böll-Stiftung
wul. Antonowyttscha (Gorkogo) 37/13,
Büro 10, 03150 Kiew, Ukraine
T +380443907078 **F** +380442875650
E savin@boell.org.ua

Landesbüro Türkei

Heinrich-Böll-Stiftung, İnönü Cad. Haci
Hanim Sok. No. 10/12
34439 Gümüssuyu – Istanbul, Türkei
T +90-212-2491554 **F** +90-212-2523136
E info@boell-tr.org **W** www.boell-tr.org

Landesbüro Russland

Heinrich Böll Foundation,
Grusinskij Pereulok 3-231,
RU 123056 Moskau, Russland
T +7-495-2541453 **F** +7-495-9358014
E info@boell.ru **W** www.boell.ru

Regionalbüro Südkaukasus

Heinrich Böll Foundation
38, Zovreti Str., 0160 Tbilisi, Georgien
T +995-32-380467 **F** +995-32-912897
E info@boell.ge **W** www.boell.ge

Regionalbüro Südosteuropa

Fondacija Heinrich Böll
Dobracina 43, 11000 Belgrad, Serbien
T +381-11-3033833 **F** +381-11-2180049
E hbs-bgd@hbs.rs **W** www.fondacija-boell.eu

Landesbüro Bosnien und Herzegowina

Fondacija Heinrich Böll, Cekalusa 42
71000 Sarajevo, Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260450 **F** +387-33-260460
E h.boell@bih.net.ba

Landesbüro Kroatien

Fondacija Heinrich Böll, Berislaviceva 20
HR-10000 Zagreb, Kroatien
T +385-1-4812530 **F** +38514818977
E hbskroatien@net.hr

LATEINAMERIKA

Regionalbüro Brasilien

Fundação Heinrich Böll, Rua da Gloria 190, ap. 701
2024 1180 Rio de Janeiro – Gloria, Brasilien
T +55-21-32219900 **F** +55-21-32219922
E boell@boell.org.br
W www.boell-latinoamerica.org

Regionalbüro Cono Sur

Fundación Heinrich Böll,
Avenida Francisco Bilbao 882
Providencia
752-0063 Santiago de Chile, Chile
T +56-2-5840172 **F** +56-2-5840172-101
E info@boell.cl

Regionalbüro Mittelamerika/Mexiko/Karibik (Mexiko-Stadt)

Fundación Heinrich Böll,
Calle José Alvarado No. 12
Colonia Roma Norte, Delegación Cuauhtémoc,
CP 06700, México, D.F., Mexiko
T +52-55-52641514 **F** +52-55-52642894
E asistente@boell-latinoamerica.org.mx
W www.boell-latinoamerica.org

Regionalbüro Mittelamerika/Mexiko/Karibik (San Salvador)

Fundación Heinrich Böll, Residencial Zanzibar,
Pasaje A-Oriente No. 24
San Salvador, El Salvador
T +503-22746812 **F** +503-22746932
E enlaces@boell.org.sv
W www.boell-latinoamerica.org

NAHER OSTEN

Landesbüro Israel

Heinrich Böll Foundation, Nahalat Binyamin 24,
65162 Tel Aviv, Israel
T +972-3-5167734/35 **F** +972-3-5167689
E hbstl@boell.org.il **W** www.boell.org.il

Regionalbüro Mittlerer Osten

Heinrich Böll Foundation, 266, Rue Gouraud,
Gemmayzeh, Beirut, Libanon
P.O. Box 175510, Gemmayzeh, Beirut, Libanon
T +961-1-562926 **F** +961-1-562978
E boell@terra.net.lb **W** www.boell-meo.org

Regionalbüro Arabischer Naher Osten

Heinrich Böll Foundation,
Tal az-Zaatar St. 6, Ramallah
Palestine, P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina
T +972-2-2961121 **F** +972-2-2961122
E info@boell-ameo.org **W** www.boell-ameo.org

NORDAMERIKA

Regionalbüro Nordamerika

Heinrich Böll Foundation, Chelsea Gardens
1638 R Street, NW, Suite 120,
Washington, DC, 20009, USA
T +1-202-4627512 **F** +1-202-4625230
E info@boell.org **W** www.boell.org

Die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern sind überall auf der Welt in Bewegung geraten. Wirtschaftliche und kulturelle Umwälzungen bringen immer neue Lebens- und Arbeitsformen hervor. Wenn dies auch zum Vorteil von Frauen geschieht, dann ist dies meist das Ergebnis feministischer Netzwerke, kleiner wie großer Gender-Organisationen und einzelner mutiger Frauen. Sie wehren sich gegen ihre soziale und politische Exklusion, gegen die Verarmung ihrer Lebenswelt, gegen Unterdrückung und Gewalt. Auch sexuelle Minderheiten wehren sich gegen Unterdrückung und Diskriminierung und suchen Verbündete überall auf der Welt. Es gibt auch immer mehr Männer, die sich für eine geschlechtersensible Politik engagieren. Doch die neue Geschlechterdynamik hat auch Gegenkräfte mobilisiert, die alte Rollenzuweisungen und Privilegien verteidigen, zum Teil unter Berufung auf Tradition und Religion. Verglichen mit der Situation der Frauen vor 100 Jahren sind zwar große Fortschritte zu verzeichnen. Aber das Machtungleichgewicht zwischen den Geschlechtern besteht weitgehend zugunsten der Männer fort. Dabei braucht die Politik längst eine feste Geschlechterperspektive in allen Bereichen – egal, ob es um Wirtschaft, Sicherheit oder Umwelt geht. Politik kann erst dann erfolgreich sein, wenn sie alle Geschlechter einbezieht. Geschlechtergerechtigkeit ist ein ambitioniertes Ziel. Die Heinrich-Böll-Stiftung setzt sich mit vielen Verbündeten weltweit dafür ein. Diese Publikation gibt einen Überblick über dieses Engagement.